7. Ausgabe · 43. Jahrg. Einzel-Nummer 20 Pf. Österreich 30 Groschen — Bayernausgabe — „Freiheit und Brot!" — Bayernausgabe — München, Freitag, 10. Januar 1930

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Herausgeber Adolf Hitler

Verlag Frz. Eher Nachf. G. m. b. H., München 2 NO, Thierschstr. 11/15 / Fernr. 20647 20648 / Drahtanschr. „Beobachter München" / Postscheckkonto München 11346, Wien 79921 / Bank Münchener Industriebank e. G. m. b. H. / Schriftleitung München Schellingstraße 39/I / Fernruf 20801—20803 / Sprechstunden tägl. von 10—11 Uhr vorm.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Erscheint tägl. in 2 Ausgaben: Reichsausg. Bezugspr. monatl. M. 3.20; Bayernausg. monatl. M. 3.45 jeweils zuzügl. Postbestellgeld M. —.36 / Anzeigenpr.: Die 31,5 mm br. u. 1 mm hohe Zeile oder 15 Pf. / Im Textteil die 65 mm breite und 1 mm hohe Zeile 60 Pf. / Anzeigenschluß 12 Uhr vormitt. am Tage vor Erscheinen. / Anz.-Abt.: Thierschstr. 11 / Fernruf 20 6 47

Glänzende Rechtfertigung des Volksbegehrens

Militärische und wirtschaftliche „Sanktionen" — Tardieu behandelt Deutschlands „Vertreter" wie Lakaien
Sie schweigen dazu — Beleidigende Entschuldigung — Theater um die Tscherwonzen-Fälschung

Eine ungeheure Blamage der „deutschen Vertreter"

„Agence Havas" plaudert sie aus — Eine „Entschuldigung", die das Gegenteil darstellt

Berlin, 9. Jan. In Berliner Kreisen der Erfüllungspolitik hat es „peinlichstes Aufsehen" erregt, daß die französische amtliche Agentur Havas aus der bekanntlich sehr heftigen Auseinandersetzung im Haag zwischen den Vertretern der Deutschen Republik und Frankreichs freche Worte des französischen Ministerpräsidenten Tardieu der Öffentlichkeit übergeben und diese nun erfahren hat, daß sich die Curtius und Genossen alles bieten lassen. Nach der amtlichen französischen Agentur soll Tardieu in der scharfen Auseinandersetzung mit den deutschen Ministern u. a. folgendes gesagt haben:

„Sie versichern, daß Ihre feierliche Verpflichtung, den Young-Plan auszuführen, allein genügt, um alle Pfänder zu ersetzen, die wir früher in der Hand hatten. Wir alle haben das Vertrauen zu der feierlichen Verpflichtung der hier anwesenden Reichsminister. Indessen lassen unsere Beratungen hier fortwährend irreführende Feststellungen auftauchen. **Sie fordern, daß man Vertrauen zu Ihnen haben soll und Sie scheinen kein Vertrauen zu sich selbst zu haben.** Als gestern die Rede von dem endgültigen Charakter des in Kraft zu setzenden Abkommens war, **ließ die allgemeine Aussprache bei Ihnen beunruhigende Revisionsabsichten erkennen.** Dasselbe war heute **Dienstag vormittag der Fall in der Frage der Zahlung der Rückstände im Falle eines Moratoriums.** Dasselbe beginnt heute abend von neuem bei Gelegenheit der vorbehaltenen Einnahmen. Sie sagen, **daß Sie den Young-Plan annehmen, und jedesmal, wenn man seine genaue Anwendung festlegen will, lehnen Sie ab.** Eine derartige Haltung führt uns dazu,

an Ihrer allgemeinen Verhandlungsfähigkeit zu zweifeln.

Die Frage mußte ich früher oder später stellen. Ich ziehe es aber vor, sie bereits heute zu stellen, da Ihre Haltung unsere Arbeitsgrundlage völlig verändern kann!"

Auf deutscher Seite herrscht unterschiedslos die Auffassung, daß diese Erklärung eine sofortige deutliche Zurückweisung von seiten der deutschen Regierung notwendig macht, aber man weiß nur nicht, wie man die eingesteckte Beschimpfung bagatellisieren kann. Der unumwundene Hinweis, daß die Haltung der deutschen Abordnung auf der zweiten Haager Konferenz dazu führe, an ihrer allgemeinen Verhandlungsfähigkeit zu zweifeln, hat besonders starkes Durcheinander hervorgerufen. Der Hinweis, daß die deutsche Abordnung scheinbar kein Vertrauen zu sich selbst habe, stellt eine Erklärung dar, die mit der internationalen Höflichkeit nicht zu vereinbaren ist, aber eine solche braucht man der heutigen Republik gegenüber auch nicht zu üben.

Von französischer Seite verlautet, daß Tardieu zu einer „Richtigstellung" seiner Erklärung bereit wäre, falls dies von Seiten der deutschen Abordnung gewünscht würde (um das deutsche Volk über die wahre Behandlung seiner „Vertreter" hinwegzutäuschen).

Eine Ohrfeige nach der anderen

Im Walde von Compiègne fing es an. Da stand der erste deutsche Erfüllungspolitiker, der erste als solcher legitimierte Republikaner, der Mann, der glaubte, daß Parlamentarierreden Bajonette besiegen, daß Fiktionen, wie das „Weltgewissen" Realitäten, wie schußfertige Kanonen überwinden könnten, vor dem französischen General, der mit einem Wort den Schwätzer erledigte: „Sie haben!" „— — Sie haben hier nicht zu verhandeln, sondern zu unterschreiben!"

Und als Erzberger ging, da drehte sich dieser General zu seinen Offizieren herum und sagte nur einen Satz: „Das also ist das Deutsche Reich!"

Das also — das war der Sinn seiner Worte — ist die Vertretung des Volkes, das trotz unerhört ungünstiger Verhältnisse seine Fahnen siegreich in alle feindlichen Länder, in fremde Erdteile getragen hatte, des Volkes, vor dem noch vor Monaten mein Land gezittert hat. Vor so was haben wir, hat die Welt Angst gehabt! Vor so was, mit gehorsamer Verbeugung, lackierter Miene, mit Cutaway und goldenem Kneifer!

Und langsam mögen sich bei dem General, der das Schicksal der Feindvölker in Händen hielt, die Schleier gesenkt haben, über das Bild, das er bis jetzt bewußt oder unbewußt im Herzen trug, das Bild der wehenden Adlerfahnen von Roßbach und Hohenfriedberg, der zerfetzten Stürmer mit dem Landwehrkreuz vor Leipzig, der Sieger von Sedan und Paris, das Bild der Bölcke und Richthofens, des Feldgrauen mit der Handhabe des Maschinengewehrs in verkrampfter Faust, des Stahlhelmträgers, der blutend die feindliche Handgranaten auf den Gegner zurückwarf, das Bild des Mannes mit dem ruhig-ernsten Blick, der das Reich geschaffen.

An dieses Bildes Stelle trat jene Verkörperung der Erbärmlichkeit, die sich Parlamentarier, Demokrat, Verständigungspolitiker nennt. Und diesen Szenenwechsel begriffen alle kleinen und großen Führer, die jenseits der Fronten standen. Mit diesen Erben des Reiches verhandelte man höchstens zum Schein, denen zu diktieren war das Richtige!

Und so gingen Deutschlands, des Deutschen Reiches Vertreter, angeschrien und beschimpft von der Menge, durch die Nebenpforte, die für Lakaien, in das Versailler Schloß, um zu unterschreiben: „Wir sind schuld am Kriege gewesen, wir werden bezahlen, alles bezahlen, was ihr, ihr ‚demokratischen' ‚Kollegen', von der anderen Seite verlangt."

Und so ging es weiter. Nicht immer im Ton des Waldes vor Paris oder des Schlosses von Versailles. Nein, wie man zu einem Geisteskranken spricht: „Jawohl, du bist der Kaiser von Rußland", wie man einem elend verprügelten Hund nachher einen Knochen hinwirft, so klopfte schließlich Loucheur dem Reichskanzler Wirth leutselig auf die Schultern, was dieser, anstatt mit derselben plumpen Vertraulichkeit oder besser mit einer schallenden Ohrfeige zu erwidern, mit denkbar freundlichem Lakaienlächeln quittierte. Oder, o welche Ehre, ließ sich unser unvergeßlicher Stresemann mit Briand in Locarno photographieren. Trotzdem am Rheine die Rouziers sich mit einem entwaffneten Volke alles erlaubten.

Jetzt „verhandeln" wieder deutsche Vertreter mit denen des ewigen Frankreichs, des Erbfeinds. Die behandeln sie, wie sie es verdienen.

Ihr eigenes Volk haben sie belogen: „Nein, nicht einzeichnen, wir bekommen mindere Lasten, die Besatzung, die Sanktionen fallen weg."

Vertreter des Bürgertums sind es, die anstatt der Sozialdemokraten, die eigentlich dahin gehörten, die erste klatschende Ohrfeige in Empfang nehmen: doch Sanktionen! Um dann noch mehr einzustecken, die Quittung für ihr Verhalten ihren eigenen Blutsgenossen gegenüber: „Sie scheinen kein Vertrauen zu sich selbst zu haben." „Ihre Haltung (welche Tardieu meinte, weiß man!) führt uns dazu, an Ihrer allgemeinen Verhandlungsfähigkeit zu zweifeln!"

Welch ungeheure Verachtung! Da helfen keine Dementis! So schätzt man die Vertreter des Teiles des deutschen Volkes ein, das sich zu der neuen Fahne bekennt.

Uns brennt diese Ohrfeige doppelt auf den Wangen, trotzdem sie uns eigentlich nicht galt. Weil wir Deutsche sind! Weil uns alle das angeht! Schmach und Schande über 11 Jahre lang.

Es mußte so kommen. Damit das Schicksal sich erfüllt. Und unsere Zeit kommt.

Schon jetzt sei gesagt: Wir 6 Millionen, wir 10 Millionen mit den Kindern, die zu uns gehören, die wir nicht benebelt sind, für Volksentscheid stimmten, wir pfeifen auf eure Diktate, wir pfeifen auf das, was diese „Männer" im Haag auch für uns unterschreiben wollen.

Wenn die Männer unseres Vertrauens mit euch „Siegern" verhandeln, dann steht ihr solange, wie wir stehen, und erkennt ihr die Gerechtigkeit an, die wir als die Grundlage jedes Verhandelns fordern. Dann werden wir nämlich gemeinsam mit euch untersuchen, wer Schuld am Kriege hatte.

Role.

Erklärungen, die die Ohrfeigen nicht ungeschehen machen

Die deutsche Abordnung „erklärt" — Es ist nicht wahr, was sie sagen, denn die „Vertreter" haben gekniffen

Von seiten der deutschen Abordnung wird ferner festgestellt, **daß das Havaskommuniqué den Wortlaut der Erklärung wiedergibt, die der französische Ministerpräsident in der gestrigen Abendsitzung der sechs Großmächte abgegeben hat.**

Die Erklärung enthält jedoch zwei grobe Unrichtigkeiten;

1. in dem Kommuniqué heißt es, die deutsche Abordnung scheine kein Vertrauen zu sich selbst zu haben, **während nach der deutschen Darstellung Tardieu erklärt hat, es bestehe kein Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes. (Und deswegen die Sanktionsforderung!);**

2. wird auf deutscher Seite bestritten, daß der Satz über den auf französischer Seite gehegten Zweifel an der deutschen allgemeinen Verhandlungsfähigkeit gefallen sei. Diese beiden Punkte bedürfen somit einer sofortigen Klärung. Die deutsche Abordnung hat sofort von der französischen Abordnung eine Richtigstellung dieser Unrichtigkeiten verlangt. Es wird von zuständiger deutscher Seite ausdrücklich erklärt, daß im Falle des Ausbleibens einer einwandfreien und eindeutigen Richtigstellung die deutsche Abordnung sich gezwungen sehe, hieraus die Konsequenzen zu ziehen. **(Nämlich die Haken zusammenzuklappen und das Maul zu halten, wie gewohnt!)**

Der deutsch-französische Zwischenfall beigelegt

Die amtliche Mitteilung.

Haag, 9. Januar. Die französische Abordnung gab gestern Abend auf Grund von längeren Verhandlungen mit der deutschen Abordnung folgende amtliche Mitteilung heraus, durch die der Zwischenfall, der durch die Erklärung des französischen Ministerpräsidenten Tardieu geschaffen war, als beigelegt erklärt wird: Das amtliche Kommunique hat nach dem deutschen Text folgenden Wortlaut:

„Bezüglich gewisser Äußerungen, die Herrn André Tardieu zugeschrieben werden, und die er während der letzten Sitzung des Ausschusses für die deutschen Reparationen getan haben soll, wird von französischer Seite folgendes festgestellt:

In Wirklichkeit **und wie es überreichlich das Fehlen jeglichen Zwischenfalles innerhalb des Ausschusses beweist, (d. h., daß die „deutschen Vertreter" gekniffen haben!)**, hat sich Herr Tardieu, als er die Bedingungen für das wechselseitige Vertrauen, das die Haager Verhandlungen beherrscht, präzisierte, sich darauf beschränkt, seinen deutschen Kollegen die Nachteile einer zu ausführlichen Erörterung über Einzelfragen auseinanderzusetzen. **(Das ist eine neue Unverschämtheit!)** Er hat darauf hingewiesen, daß solche Erörterungen die Gefahr in sich bergen, die für einen Erfolg der Konferenz notwendige Atmosphäre zu zerstören.

Die deutschen Delegierten, deren persönlicher guter Wille und deren Verhandlungsaktivität Tardieu unterstrich, indem er auf die Schwierigkeiten ihrer Aufgabe hinwies, haben im übrigen, während sie ihre Stellungnahme in der Sache aufrecht erhielten, **keinerlei Einwendungen gegen die von dem französischen Ministerpräsidenten angewandten Ausdrücke erhoben."**

„Nur einige deutsche Blätter haben sich aufgeregt"

Eine Erklärung Tardieus.

Haag, 9. Januar. Der französische Ministerpräsident Tardieu gab gestern abend vor der Kammer Erklärungen ab, wonach der allgemeine Eindruck der bisherigen Verhandlungen günstig sei. In der Donnerstagsitzung der sechs einladenden Mächte werde bereits der Text zur Regelung der offenen Streitfragen vorliegen. **Die fortgesetzte persönliche Fühlungnahme zwischen den einzelnen Abordnungen habe sich günstig ausgewirkt** (welcher Hohn!) und zur endgültigen Festlegung der Streitgegenstände geführt. Die Sanktionsfrage werde in direkten Besprechungen zwischen der deutschen und der französischen Abordnung erledigt werden. Die bisherigen Verhandlungen zeigen mit Gewißheit, daß man auf der Konferenz zu einem Abschluß gelangen werde. Die Tage vom Donnerstag bis Samstag würden genügen, um die Hauptfragen grundsätzlich zu klären. Es bleibe dann nur noch die Aussprache über die Regelung der technischen Fragen. Einige Minister würden im Haag bleiben, um einzugreifen, falls in den Verhandlungen der Sachverständigen Schwierigkeiten entstehen sollten. **Es treffe nicht zu, daß die deutsche Abordnung über seine gestrige Erklärung beunruhigt sei. Lediglich einige deutsche Blätter hätten sich 24 Stunden nach der Abgabe der Erklärung darüber aufgeregt. Der Zwischenfall sei durch direkte Fühlungnahme zwischen den beiden Abordnungen beigelegt worden. (!!)**

---

§ 430 bleibt

Die „Agence Economique et Financière" zu den Haager Verhandlungen.

Paris, 9. Januar. Die „Agence Economique et Financière" läßt sich am Mittwochvormittag von ihrem Sonderberichterstatter aus dem Haag drahten, **daß die einmütige Herzlichkeit, die die Verhandlungen beherrsche** — eine etwas eigenartige Auffassung nach dem gestrigen Zusammenstoß zwischen den französischen und deutschen Unterhändlern — **keine Beunruhigung (Frankreichs!) wegen des Schlußergebnisses zulasse.** Nach übereinstimmender Auffassung sei die Unterzeichnung des Youngplanes in keiner Weise gefährdet. Der Donnerstag werde für die Regelung des Moratoriums, die „Sanktionen" und das Datum der Zahlungen entscheidend sein. Dr. Schachts Anwesenheit werde dazu beitragen, die Regelung zu erleichtern. Mit Ungeduld werde Tardieus Vorschlag in der „Sanktions"frage erwartet.

Das Blatt weiß zu berichten, daß die im Youngplan vorgesehenen Garantien für ausreichend erklärt werden sollen, **daß aber im Falle der Nichterfüllung des Youngplanes der Verzug und der schlechte Wille Deutschlands vom Haager Schiedsgerichtshof anerkannt werden müßten.**

Dann werde Artikel 430 des Versailler Friedensvertrages mit all seinen Sanktionsmaßnahmen zur Anwendung kommen.

Unter allen Umständen werde die Konferenz ihre Arbeiten zwischen dem 17. und 18. Januar beenden, ganz abgesehen von den Reisen, die Jaspar, Briand und Tardieu nach Brüssel, Genf und Paris unternehmen müßten.

Zuchthaus für die Unterzeichner des Young-Planes!

„Sanktionen" in vollem Umfange in Sicht

Artikel 430 des Versailler „Vertrags" soll maßgebend sein — Dazu noch französischer Hohn

Den Kampf gegen das Volksbegehren bestritt die schwarz-rot-gelbe Schwindelvereinigung u. a. auch mit der Erklärung, durch die Annahme des Youngplans fielen alle „Sanktions"möglichkeiten der Feind- — oder wie sie sich auszudrücken beliebten — Gläubigerstaaten fort.

Nun ist die Bescherung da. **Nicht nur wirtschaftliche, sondern auch militärische „Sanktionen" werden in den „Vertrag" aufgenommen. Der Artikel 430 Versailler „Vertrag" bekommt seine volle Gültigkeit wieder. Damit dürfte auch sogar ein Teil des Vertrages von Locarno — zu unseren Ungunsten, versteht sich! — illusorisch werden.**

Das ist das Ende! Alles, was die Vertreter des Volksbegehrens voraussagten, ist eingetroffen; teilweise noch schlimmer.

*

Paris, 9. Januar. Die Agentur **Havas** berichtet u. a., daß die Stellungnahme zur „Sanktions"frage von der französischen Delegation am Mittwochvormittag in einer längeren Beratung unter dem Vorsitz Tardieus festgelegt worden sei.

Da die Reparationskommission, die bisher eine etwaige Nichterfüllung des Reiches festzustellen hatte, nach Annahme des Youngplanes fortfalle, handle es sich darum, zu wissen, wer zukünftig Feststellungsorgan sein werde. Die französische Regierung habe früher die Bildung eines Schiedsgerichtes vorgeschlagen. Die deutsche Abordnung habe das abgelehnt, da es nicht möglich sei, ein neues juristisches Organ zu schaffen, **wenn das internationale Schiedsgericht im Haag diese Aufgaben übernehmen könne.** Die französische Regierung habe sich diesem Vorschlag, der Frankreich alle Sicherheiten gebe, zu eigen gemacht.

Wenn das Internationale Schiedsgericht im Haag eine Zahlungsverweigerung Deutschlands feststelle, und Deutschland nach dieser Feststellung sich dennoch weigere, die Zahlungen auszuführen, so sei es „selbstverständlich" (!), daß die Gläubigermächte gegenüber dem Reich, das mit eigenen Händen den Youngplan zerreiße, wieder auf die Rechte des Versailler Vertrages, also auch auf die Anwendung von „Sanktionen", und zwar wirtschaftlichen und militärischen, zurückgreifen würden.

Die französischen Vorschläge

Haag, 9. Jan. Wie der Vertreter der Telegr.-Union erfährt, ist der französische Entwurf in der Sanktionsfrage am Mittwoch nachmittag der deutschen Abordnung übermittelt worden. Die Note trägt den Charakter eines Memorandums, geht von französischer Seite aus und ist als Verhandlungsgrundlage gedacht.

In dem Notenentwurf ist vorgesehen, daß Streitigkeiten aus dem Youngplan zunächst **durch das im Youngplan vorgesehene Schiedsgericht behandelt werden sollen.** Den streitenden Parteien soll es dann offenstehen, den ständigen internationalen Gerichtshof im Haag anzurufen. **Falls der Youngplan nicht eingehalten werden kann, sollen die Bestimmungen der bestehenden Verträge — also der Versailler Vertrag — wieder voll in Kraft treten.** Offen scheint die Frage gelassen zu sein, in welcher Weise eine Entscheidung des Haager Gerichtshofes durchzuführen ist.

Von deutscher Seite ist der französischen Abordnung nach Erhalt der Note mitgeteilt worden, daß die Note zunächst einer eingehenden Prüfung unterzogen werden müsse.

*

Haag, 9. Januar. Über den Inhalt der am Mittwoch überreichten „Sanktionsnote" werden folgende Einzelheiten der Note in Konferenzkreisen verbreitet:

Die Note soll feststellen, daß, wie bereits von der T.-U. gemeldet, **der internationale Haager Gerichtshof nach der Entscheidung des Schiedsgerichts des Youngplans von den beteiligten Parteien angerufen werden kann.**

Die Note soll nun vorschlagen, daß eine gegen Deutschland gerichtete Entscheidung des internationalen Haager Gerichtshofes die Möglichkeit wirtschaftlicher und handelspolitischer Maßnahmen auslösen soll. Weiter soll die Note darauf hinweisen, daß für den Fall eines völligen und endgültigen Bruches der auf Deutschland nach dem Youngplan lastenden Verpflichtungen durch die deutsche Regierung die Gläubigermächte zu militärischen Maßnahmen berechtigt sind.

Eine Bestätigung dieser Inhaltsangaben von deutscher Seite war bisher noch nicht zu erreichen. Die Darstellung kann daher nur unter Vorbehalt gegeben werden.

„Besprechungen"

Haag, 9. Januar. Die französische Abordnung hat, wie verlautet, im Laufe des Mittwochvormittags in vertraulicher Form Reichsaußenminister Dr. Curtius über die dieser Tage erwartete englisch(!)-französische Note in der „Sanktions"note unterrichtet. Der Zeitpunkt für die Überreichung der Note steht noch nicht fest.

Zwischen der englischen, französischen und italienischen Abordnung sind am Mittwochvormittag weitere Besprechungen über die endgültige Festlegung des Textes der „Sanktions"klausel geführt worden. Zwischen Tardieu und Snowden fand eine längere Besprechung statt, die dieser Frage galt. Es verlautet, daß von italienischer Seite Bedenken gegen das Vorgehen der englischen und französischen Abordnung in der „Sanktions"frage geltend gemacht worden sind.

Von alliierter Seite verlautet, daß die Note als ein Vorschlag für die rechtliche Anpassung der Sanktionsbestimmungen des Artikels 430 des Versailler Vertrages an den Youngplan aufzufassen sei.

Weitere Verhandlungen in dieser Frage stehen bevor. Die deutsche Abordnung scheint bisher nur oberflächlich über den tatsächlichen Inhalt und die Bedeutung der Note unterrichtet worden zu sein.

Zehn Jahre „Freie“ Stadt Danzig — Zehn Jahre Polonisierung

Von **Gerhard Krüger**, Danzig.

Am 10. Januar 1930 jährt sich zum zehnten Male der Tag, da die deutsche Stadt Danzig gerade von denjenigen Mächten, die immer für das Recht der kleinen Völker und der Minderheiten einzutreten vorgaben und vorgeben, vom deutschen Mutterlande losgerissen wurde. Das neuerstandene Polen beanspruchte einen Zuweg zum Meer, einen Hafen an der Ostsee. Und die „Sieger“ des Weltkrieges diktierten dem entwaffneten Deutschland einen „Friedensvertrag“, der die Schaffung eines neuen Staatengebildes an der Ostsee, des Stadtstaates Danzig, vorsah. Was ging es die Feindmächte an, daß Danzig eine rein deutsche Stadt war und — das sei gleich betont — trotz aller polnischen Übergriffe noch ist? Ebenso belanglos erschien den Gegnern Deutschlands die Tatsache, daß es an der ganzen Ostseeküste wohl keine Stadt — mit Ausnahme Lübecks — gibt, die auf eine so große und alte deutsche Kulturtradition zurückblicken kann wie Danzig. Ein Federstrich setzte sich über alle organischen Bindungen der Stadt an das deutsche Volkstum hinweg. Und ein Mann, der noch heute an der Spitze einer sogenannten „deutschen“ Reichsregierung stehen darf, fand sich, der dieses Gewaltdiktat unterzeichnete. Danzigs Bevölkerung protestierte auf allen großen Plätzen der Stadt. Es konnte nichts helfen. Die deutschen Truppen, kaum aus den Schützengräben zurückgekehrt, mußten die alte Garnisonsstadt wieder verlassen; und an ihrer Stelle rückte englische und französische Besatzung ein.

Blickt man auf die Entwicklung, die Danzig von diesem Zeitpunkt an genommen hat, zurück, so muß man — wenn man die Lage klar und nüchtern, d. h. ohne Selbstbetrug beurteilt — zu dem Ergebnis kommen: Jedes dieser zehn Jahre Eigenstaatlichkeit bedeutet für die deutsche Stadt Danzig einen Schritt weiter in der Polonisierung. Man hat im Laufe dieser Zeit in Danzig mehr als einmal gefürchtet, Polen würde irgendeinen Gewaltstreich gegen die Stadt unternehmen. Aber nichts trat ein! Polen mochte die Zweischneidigkeit eines solchen Mittels erkannt haben. Eines steht fest: es hat diesen Weg gar nicht nötig, es gibt einen besseren, der es wohl langsamer, dafür aber sicherer in den Besitz des begehrten Ostseehafens bringen wird. Und dieses Mittel hat Polen gewählt: den Weg der kalten Polonisierung.

Verständigungspolitik auch in Danzig

Danzig befindet sich Polen gegenüber grundsätzlich in Abwehrstellung, während Polen ebenso grundsätzlich stets der angreifende Teil ist. Die Aufgabe des vom Völkerbund für Danzig eingesetzten Hohen Kommissars ist es, stets zwischen den vertragsmäßigen Rechten des Freistaates und den vertragswidrigen, immer neuen, immer anspruchsvolleren Forderungen der polnischen Regierung eine möglichst gangbare Kompromißformel zu finden. Es ist nur zu selbstverständlich, daß bei diesem System der Kompromißentscheidungen ein Recht nach dem anderen an Polen übergeht. Es nützt nichts — wie man es deutscherseits so gerne tut —, sich selbst über das Schicksal der Stadt zu beruhigen, indem man darauf hinweist, daß 97 Prozent der Einwohnerschaft Danzigs Deutsche sind.

Die Danzig bedrohende polnische Gefahr wird größer, wenn man erkennt, daß viele Danziger sich gar nicht des wachsenden polnischen Einflusses bewußt sind. Die zehn Jahre seit Begründung des Freistaates haben genügt, um den Danziger daran zu gewöhnen, polnische Aufschriften in den Eisenbahnwagen und an Geschäftshäusern, polnische Briefkästen, polnische Matrosen, Beamte und Kaufleute in den Straßen zu sehen. Wenn sein Beruf — als Eisenbahnbeamter etwa — ihm nicht Stunde für Stunde die unermüdliche Kleinarbeit Polens wieder und wieder vor Augen führt, dann vergißt er allzu rasch, daß er mitten in einem Kampfgebiet lebt.

Darüber hinaus scheinen auch diejenigen, deren Beruf und vornehmste Aufgabe es ist, mit allen Kräften für das bedrängte Deutschtum einzutreten, selbst Behörden und Presse, ja, sogar nationale Kreise — obwohl diesen der gute Wille durchaus nicht abgesprochen werden soll —, noch gar nicht zu ahnen, um was es eigentlich geht. So machte vor einiger Zeit die führende bürgerliche Tageszeitung Danzigs anläßlich einer Betrachtung über das Defizit im Haushalt und den Rückgang der Einnahmen der Danziger Post den durchaus ernstgemeinten Vorschlag, Polen sollte doch seine Konkurrenzpost im Freistaatgebiete möglichst einschränken, damit der durch diese verursachte Einnahmeausfall wieder in die Staatskasse fließe und so der Etat ein wenig besser balanciere. Mit seiner Begründung, für Danzig bedeute die Million, um die es sich handelt, sehr viel, für Polen aber recht wenig, hatte das Blatt nur zu recht. Dennoch zeigt dieses Beispiel die geradezu naive Gutgläubigkeit, von der die meisten politischen Kreise und somit auch die offizielle Danziger Politik immer noch beherrscht sind. Man glaubt trotz aller schlechten Erfahrungen noch immer bei der Gegenseite auf den guten Willen zu einer Verständigung hoffen zu können. Man erkennt noch immer nicht, daß in der Abschnürung der Lebensmöglichkeiten Danzigs durch Polen ein brutales System liegt, dessen eines Glied eben diese polnische Konkurrenzpost ist. Unter der Führung des wirtschaftlich an einem guten Einvernehmen mit Polen stark interessierten ostjüdischen Holz-Großkaufmanns Jewelowski erstrebt der Danziger Senat „Verständigung“ mit einem Staat, dessen Endziel es ist, Danzig in sich aufzuschlucken.

Polens „Schwert“ Gdingen.

Die polnische Regierung sucht ihr Ziel, die Polonisierung Danzigs, dadurch zu erreichen, daß sie das Deutschtum von außen und innen wirtschaftlich unterhöhlt und im Innern gleichzeitig Schritt für Schritt zurückdrängt. Danzigs Wirtschaft wird — soweit sie sich noch nicht in polnischer Hand befindet — grundsätzlich ausgeschaltet. Alle Geschäfte werden direkt von Polen aus abgewickelt. So ist aus der Handelsstadt Danzig ein Durchgangshafen geworden. Die größte Gefahr für Danzig aber bildet der neue polnische Hafen Gdingen — oder wie ihn die Polen ganz offen nennen — das „Schwert“ Polens gegen Danzig. In diesem, mit größtem Kostenaufwand angelegten künstlichen Hafen (in zwei Jahren wurden 100 Millionen Goldfranken ausgegeben) sucht Polen sich einen Weg zu schaffen, der es ermöglicht, Danzig ganz zu umgehen und somit den Lebensnerv des Freistaates zu durchschlagen. Nach seiner Fertigstellung wird es dem Gdinger Hafen möglich sein, 50 Prozent der gesamten polnischen Ein- und Ausfuhr zu bewältigen, was einen Jahresumschlag von 10 Millionen Tonnen bedeutet. Schon jetzt machen sich die Auswirkungen dieses Konkurrenzhafens, der bereits 50 Prozent des Danziger Kohlenumschlags erreicht hat, stark bemerkbar. Der Verkehr im Danziger Hafen nimmt im gleichen Maße ab, wie er sich in Gdingen vergrößert. Welchen wirtschaftlichen Aufschwung das frühere Fischerdorf in kürzester Zeit genommen hat, mögen einige Zeitungsmeldungen, die natürlich in irgendeiner verschwiegenen Ecke des Handelsteiles standen, beweisen. Ford baut in Gdingen ein Montagewerk, das ganz Polen und die Randstaaten mit Automobilen versorgen soll. Ein Reisschälwerk ist errichtet, das in einem Vierteljahr allein ins Ausland 6000 Tonnen Reis geliefert hat und nunmehr — um den gewaltigen Export bewältigen zu können — zur Anschaffung einer eigenen Schiffsflotte übergegangen ist. Die Folge dieser amerikanischen Entwicklung Gdingens von einem Fischerdorf zum bedeutenden Handelsplatz ist, daß ein großer Teil der Niederlassungen ausländischer Firmen von Danzig nach dem neuen Hafen verlegt werden. Ja, sogar Danziger Firmen (z. B. die Firma Alldag unter Mitnahme ihrer Riesen-Verladeeinrichtungen) wandern nach Gdingen ab. Wer alles dies sieht, der lächelt nicht mehr über den Kunsthafen Gdingen, der stets halbfertig bleiben wird, der weiß: Dort wird das Schicksal Danzigs entschieden.

Hand in Hand mit dieser Umklammerung Danzigs durch Polen geht eine zähe Arbeit des Polentums von innen. Ich will nur kurz auf die älteren Erfolge des Polentums hinweisen, auf die Beschneidung der sämtlichen Einnahmequellen des Freistaates, auf die Schaffung der polnischen „Hafen“post, auf die Beaufsichtigung der Danziger Zollverwaltung und die Besetzung der bedeutendsten Hafenverwaltungsposten durch Polen. Das System, das in jedem, auch in dem kleinsten, polnischen Übergriff liegt, läßt sich am besten an der in polnischer Verwaltung befindlichen Danziger Staatsbahn aufzeigen. Polen schert sich um keine Verträge und Entscheidungen. Obwohl die Amtssprache deutsch ist, ist der Schriftverkehr der Staatsbahndirektion mit den unterstellten Behörden grundsätzlich polnisch. Von jedem Danziger Eisenbahner werden polnische Sprachkenntnisse verlangt. Und auf Grund dieser Bestimmung wird Stellwerk für Stellwerk planmäßig polonisiert. Bei Neueinstellungen zieht die Direktion über die einzelnen Bewerber genaueste Erkundigungen bei der diplomatischen Vertretung der Republik Polen ein. Tausende von Danziger Eisenbahnuniformen werden nicht in Danzig, sondern in Polen in Auftrag gegeben.

Die polnische Kulturpropaganda.

Vom Direktionsgebäude der Danziger Staatsbahn geht auch die Polonisierungsarbeit des polnischen Schulvereins aus. Der polnische Staat und dessen Behörden auf dem Freistaatgebiet tun alles, um die Arbeit des Vereins zu unterstützen. Die polnische Post gewährt ihm ermäßigte Tarife. Die Eisenbahnfahrt zum Schulort ist völlig kostenlos. Das Schulgeld ist äußerst gering und wird bei Mittellosigkeit der Eltern ganz erlassen. Im Jahre 1927 hat der Verein für seine Bestrebungen 193 600 Gulden und 229 193 Zloty ausgegeben; diese Summe wird seitdem um ein Bedeutendes überboten worden sein. Vom Schulverein werden eine Handelshochschule, ein Gymnasium, zwei Spielschulen, neun Kindergärten, eine drei- und eine einklassige Volksschule unterhalten. Dazu kommen noch die finanziellen und sonstigen Unterstützungen, die der polnische Staat dem polnischen Studierenden an der deutschen Technischen Hochschule in Danzig gewährt.

Dieser polnischen Kulturpropaganda wird deutscherseits kaum nennenswerter Widerstand entgegengesetzt. Das gegenwärtige Deutschland hält es nicht für seine Pflicht, sich mit gleicher Kraft wie Polen für völkische Kulturarbeit in dem umkämpften Gebiet einzusetzen. Und alle Hoffnungen, die Danzig auf den Eintritt des Mutterlandes in den Völkerbund gesetzt hatte, sind zunichte geworden. Die deutschen Außenpolitiker hielten es für wesentlicher, die europäische Einigkeit, d. h. die Einigkeit der Gegner Deutschlands, zu erhalten, als eine tatkräftige Deutschtumspolitik zu treiben.

Wir Nationalsozialisten Danzigs sehen es als unsere Pflicht an, bei jeder Gelegenheit darauf hinzuweisen, wie das offizielle Deutschland und die auch in Danzig herrschenden Parteien des gegenwärtigen Systems immer und immer wieder am Deutschtum der alten Hansastadt Verrat üben. So setzten sich — diese Tatsache sei hier als letztes symptomatisches Beispiel angeführt — kürzlich die „deutschen“ Sozialdemokraten im Zoppoter Stadtparlament für einen polnischen Antrag ein, der das Spielen und Singen des Deutschlandliedes im Zoppoter Kurhaus verbieten wollte. Gegen diese Politik der Charakterlosigkeit wollen wir Nationalsozialisten den völkischen Widerstandswillen des Danziger Deutschtums wecken. Unsere höchste Aufgabe aber ist es, Danzig so lange deutsch zu erhalten und gegen den Ansturm des Polentums zu verteidigen, bis ein nationalsozialistisch gewordenes Restdeutschland in der Lage sein wird, uns in diesem Kampf so zu unterstützen, daß die für uns einzig denkbare Lösung des Danziger Problems erreicht werden kann: die Rückkehr Danzigs ins Deutsche Reich!

Um die „Reparationen“ der Oststaaten

Ein Kompromißvorschlag für Ungarn

Ein Vorschlag zur Lösung der ungarischen Tributfrage

Haag, 8. Jan. Der Kompromiß-Entwurf für eine Einigung zwischen Ungarn und den Erpressermächten der Kleinen Entente, der von der französischen und italienischen Abordnung ausgearbeitet wurde, enthält folgende Punkte:

1. Ungarn soll sich für die Zeit vom Jahre 1943 bis 1966 zu einer Jahreszahlung verpflichten, die nach italienischer Auffassung 15, nach französischer 20 Millionen Goldkronen betragen soll.

2. Die Optantenfrage soll in der Weise geregelt werden, daß die verschiedenen Schiedsgerichte durch ein Abkommen zwischen Ungarn und der Kleinen Entente für die Dauer von drei bis fünf Jahren geschlossen werden. In dieser Zeit soll versucht werden, die verschiedenen Entschädigungsansprüche durch direkte Verhandlungen zwischen den Optanten und den Regierungen der Kleinen Entente zu regeln, wie dies z. B. zwischen Baron Banffy und Rumänien bzw. dem Baron Daniel und Jugoslawien geschehen ist. Sollte nach Ablauf der genannten Fristen eine Einigung nicht erzielt worden sein, so sollen die Prozesse erneut vor die gemischten Schiedsgerichte gebracht werden. Für die etwa zu zahlenden Entschädigungen wird ein Teil der ungarischen Jahreszahlungen herangezogen, der bei der internationalen Bank niedergelegt und diskontiert wird. Ein etwaiger Überschuß soll unter den Gläubigermächten der Kleinen Entente verteilt werden.

*

Die Weltbank

Raubstaaten fordern Einfluß — Stürmische Verhandlungen in Sicht

Paris, 8. Januar. Auch die französische Presse, die bisher in einem uferlosen Optimismus schwamm, der ihr durch taktische Erwägungen diktiert war, bekommt Besorgnis über den Fortgang der Haager Verhandlungen. Gleichwohl bleibt aber der Eindruck bestehen, daß man in der **französischen Delegation von der deutschen Standhaftigkeit bei der Verteidigung der deutschen These durchaus nicht überzeugt ist, und französischerseits mit einem Umfall rechnet.**

Die einzige wirkliche Gefahr erblicken die Franzosen in dem bevorstehenden Erscheinen Dr. Schachts im Haag. Der „Temps“ stellt besorgt die Frage, in welcher geistigen Verfassung Dr. Schacht wohl eintreffen werde, und ob er wohl ehrlich an der Gründung der B.J.Z. mitzuarbeiten beabsichtige.

Parker Gilbert, der Generalagent, habe seinen diesbezüglichen Pessimismus Tardieu „nicht vorenthalten“. Wohl hätten Dr. Curtius und die anderen deutschen Vertreter sich stark gemacht, den Widerstand Schachts zu brechen, doch sei es fraglich, ob ihre Kraft, zu überzeugen, ihrem guten Willen gleichkäme.

*

Sollte diese Angabe des „Temps“ zutreffen, so hätte Parker Gilbert erneut mit seinem Doppelspiel begonnen, das vor und während der Youngverhandlungen zu den unliebsamen Erörterungen zwischen ihm und dem Reichsbankpräsidenten führte. Die Propaganda der Alliierten gegen Dr. Schacht dürfte im übrigen nur zeigen, wie sehr der Reichsbankpräsident mit seinem Memorandum über die Verfälschung des Youngplanes ins Schwarze getroffen hat.

Dr. Seipel beabsichtigt die Gründung einer „Staatspartei der Stände“

Wien, 9. Januar. Das „Neue Wiener Extrablatt“, das Blatt des Landbundes, bringt in größter Aufmachung die Nachricht, **daß Dr. Seipel die Absicht habe, die Christlich-Soziale Partei fallen zu lassen und an deren Stelle eine „Staatspartei der Stände“ zu gründen.**

Das Blatt erklärt: Die sensationelle Silvesterrede Dr. Seipels enthielt bekanntlich einen bemerkenswerten Abschnitt über die Notwendigkeit einer Reform der Christlich-Sozialen Partei. Auf Grund zuverlässiger Informationen können wir mitteilen, daß Dr. Seipel den Plan hat, eine „Staatspartei der Stände“ zu gründen, an Stelle der Christlich-Sozialen Partei, die unter Heranziehung verschiedenster Kreise eine neue Einheitsliste für die kommenden Wahlen darstellen solle. In diesem Zusammenhang erscheint auch die Rede, die Dr. Steidle in Klagenfurt gehalten hat, in einem neuen Licht.

*

Wien, 8. Januar. Über die Sitzung der Christlich-Sozialen am Mittwoch, wird folgendes Kommunique ausgegeben: Bei der heutigen Sitzung der Bundesparteileitung der Christlichsozialen Partei erstattete Bundeskanzler a. D. Dr. Seipel Bericht über die politische Lage und stellte konkrete Vorschläge über die Errichtung eines Länder- und Ständerates zur Diskussion. Die Bundesparteileitung nahm nach eingehender Aussprache die Vorschläge des Parteiobmannes zur Kenntnis, wobei sie es begrüßte, daß von der Partei aus die Initiative in der wichtigen Frage der Schaffung einer Ständevertretung ergriffen werde. Die Vorschläge werden nunmehr in den Landesparteileitungen behandelt werden. Die Bundesparteileitung wird am 15. Januar neuerdings zusammentreten, um die Berichte über die Ergebnisse der Beratungen entgegenzunehmen.

Die Young-Armee wächst

Berlin, 9. Januar. In der Woche vom 30. Dezember 1929 bis 4. Januar 1930 hat der Arbeitsmarkt eine weitere starke Belastung erfahren. Eine Entspannung, die man von der wieder einsetzenden milden Witterung für die Außenarbeiten hätte erwarten können, trat nicht ein. Auch sonst haben wichtige Betriebe, die vor den Festwochen aussetzten, ihre entlassene Belegschaft noch nicht wieder zurückgerufen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung betrug nach den Vormeldungen der Landes-Arbeitsämter am Jahresende rund 1 770 000, das sind noch immer fast 70 000 mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres und 570 000 mehr als zur Jahreswende 1927/28.

Kleine Nachrichten

„Staatssekretär“ Schäffer nach dem Haag abgereist. Berlin, 9. Januar. Staatssekretär Schäffer vom Reichsfinanzministerium ist am Dienstag abends nach dem Haag abgereist, um dem Reichsfinanzminister Bericht über die Bankerottlage der Republik zu erstatten.

*

Neue Senkung des Privatdiskonts in Berlin. Berlin, 9. Januar. Nachdem in der letzten Woche zweimal eine Herabsetzung des Berliner Privatdiskonts um 1/8 v. H. erfolgt war, wurde an der Berliner Mittwochbörse neuerlich eine Senkung des Satzes um 1/8 v. H. von 6¾ auf 6⅝ v. H. festgesetzt.

*

Das große Geschäft. Die jüdisch-amerikanische Filmgesellschaft Warner Bros. rechnet, daß sie mit ihrem jüdischem Al-Jolson-Tonfilm „Singing fool“ bei seinem „Siegeslauf um die Welt“ 9½ bis 10 Millionen Dollar einnehmen werden. Der „singende Narr“ ist in Deutschland in der Ufa abgerollt.

*

Die Juden kaufen den Welfenschatz. Die drei Frankfurter Antiquitätenfirmen, die den Welfenschatz kaufen, sind J. und S. Goldschmidt, J. M. Hackenbroch und I. Rosenbaum. Der erst- und der letztgenannte sind sicher Hebräer.

*

Sacketts Botschafter in Berlin. Berlin, 9. Jan. Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Washington hat Präsident Hoover dem Senat die Ernennung Senator Sacketts zum Botschafter in Berlin zugehen lassen.

*

Beratung über die deutschen Zahlungstermine. Haag, 8. Januar. Die Sachverständigen des Young-Planes, unter ihnen auch Geheimrat Kastl als deutscher Sachverständiger, traten am Mittwoch nachmittag zu einer Sitzung zusammen, um über die Frage des Termins der deutschen Monatszahlungen zu verhandeln.

*

Macdonald über die Londoner Flottenkonferenz. London, 8. Jan. Ministerpräsident Macdonald ist am Mittwoch abend von Elgin in Schottland wieder nach London abgereist. Über die Aufgaben der Flottenkonferenz erklärte Macdonald, daß die Konferenz sich mit allen Klassen von Kriegsschiffen, vom Großkampfschiff bis zum Unterseeboot, beschäftigen werde. Über die Aussichten der Konferenz sprach sich Macdonald sehr optimistisch aus.

Hauptschriftleitung: Alfred Rosenberg
Chef vom Dienst: Wilhelm Weiß
Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Walter Buch
Für Anzeigen: Ernst v. Westernhagen
Verlag: Franz Eher Nachfolger, G. m. b. H.
Walter Buch in Solln b. München, alle übrigen in München
Rotationsdruck: Münchner Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn, München.

Den Rufer im Streite, ich acht' ihn am End',
Und müßt' ich als Feind ihn hassen,
Doch den Zwischenrufer im Parlament,
Der nichts als Zwischenrufe kennt,
Den will ich dem Pöbel lassen. Franz Herold.

Die Flucht des Hauptmannpreisträgers

Die Wiener Staatsanwaltschaft sucht nach dem Schriftsteller Jakob Haringer, der „auf Reisen ist“, seit er sich wegen seines Plagiats an einem Bühnenstück Alwin Raths: „Der Mönch und Jacobäa“ verantworten soll. Dieser Schriftsteller erhielt 1925 für sein Räubermärchen den Hauptmann-Preis.

*

Wahrhaftig, Gerhart Hauptmann kann sich dazu gratulieren, daß just ein solcher „Schriftstehler“ Träger des Preises wurde, der seinen Namen trägt. Dieser Jakob Haringer hat aber nicht nur plagiiert, sondern, wie wir hören, auch Bücher in größerer Anzahl entwendet. Auch in einen Teppichschmuggelprozeß war er bereits einmal verwickelt, wobei man ihn auf seinen „Geisteszustand“ untersuchte.

Man sieht, wohin man blickt, in dieser Geldsackdemokratie überall Fäulnis, überall Korruption. Nicht zuletzt bei ihren geistigen Trägern, zu denen man ja auch den Jakob Haringer zählen muß. Ist er doch ein besonderer Günstling des braunschweigischen marxistischen Unterrichtsministers, in dessen Herz er sich wohl vor allem durch sein „Leichenhaus der Literatur“ sang, das den Untertitel führt: Oder über Goethe. Es erschien im Berliner Strom-Verlag.

Sehen wir zu, welche „Werturteile“ dieser Hauptmannpreisträger über seine „Kollegen vom Parnaß“ — denn er hält sich für einen Dichter — fällt. Der Lyriker Dehmel, der als Freiwilliger ins Feld zog, wird Dämlich genannt; Hugo von Hofmannsthal als größter Schuft, als Vieh bezeichnet. „Kellermann, Ponten, Hasenclever, Werfel, Hauptmann, Schnitzler: elendes Gewäsch, natürlich bei allen mit sozialer Tunke: Die Dollarfürstin, die ein Spital gründet usw.“

Nun sind alle die Schriftsteller, die er da nennt, anerkannte „Größen“ des neugeistigen Deutschlands, drei von ihnen, nämlich Kellermann, Werfel und Schnitzler, Juden und einer, Hugo von Hofmannsthal, Judenstämmling. Was sagt übrigens Gerhart Hauptmann zu dem Werturteil, das über ihn der mit seinem Preise Gekrönte fällt?

Über Goethe.

„Herrlich, wie dieser Massenmörder Goethe vertrottelt war, dieser Vater aller Curt Mälerchen!“ — „Es liegt mir ferne, diesen Verbrecher zu kapitelisieren, seine Schweinereien und Trotteleien aufzuzeichnen, ich habe Wichtigeres zu tun, sei es auch überhaupt bloß nichts zu tun. (Letzteres stimmt haargenau. D. Sch.) Ich verweise auf das Treffliche, was Heine, Börne (beide Juden bekanntlich. D. Sch.), Grabbe, Nietzsche und andere Ehrliche und Kluge über dies Aas festgestellt.“

Dann schimpft er weiter über „teutsches Professorendreckgeschwerl“, wobei aber sein Stil verrät, daß er bei diesem „Geschwerl“ viel zu kurz in die Schule ging. Darum schreibt er wohl auch „Dilletant“.

„Man sehe doch selbst, was das Volk (das, was sich dafür ausgibt) liebt: „Memoiren“ der Rotzbuben und Metzer Wilhelms, Ludendorffs, dazu Wagnerkitsch (wie ein Hund, dem man den Schwanz ausreißt. Schon als Kind hörte ich mir seine „Musik“ nur mit dem Buckel an) und diesen vertrottelten, verblaßten Höfling.“

Nachdem er Goethe noch einen Stinkkerl, das größte literarische Diebsreptil genannt, ruft er aus: „Ti, wahrlich in jedem Wiener Gassenhauer steckt mehr Lebensfilosofie (so geschrieben und gedruckt. D. Sch.) als in eurem ganzen goethe-intellektuellen Spengler-Rathenau-Kayserling-Steinerkröten-Gewinsel.“

Also dieser Hofdichter der roten Internationale durfte sich auch Anrempelungen eines — man höre und staune! — Rathenau und Rudolf Steiner erlauben, ohne daß ihm dafür der galizische „Vorwärts“ oder andere marxistische Blätter auf die Finger geklopft hätten!

Das ist Jakob Haringer! Reif fürs Irrenhaus oder für Sowjetjudäa! Vielleicht ist er auch nach dem Osten geflüchtet — dieses größte literarische Diebsreptil, mit welchem Ausdruck er wahrscheinlich sich selbst charakterisieren wollte, als er Goethe meinte!

Trösten wir uns mit dem Gedanken, daß die literarische Kuriositätenkammer eine Unmasse solcher Schimpftraktätchen aus allen Zeiten birgt; hergestellt von den Untermenschen! Neu für unsere traurige Gegenwart ist es jedoch, daß ein solcher Schmierfink mit einem Preise gekrönt wurde, der den Namen eines, wenn auch nicht großen, so doch achtenswerten deutschen Dichters trägt! Und diesen Preis „erschlich“ er sich mit einem Plagiat! Jetzt ist er Mitarbeiter der „M.N.N.“.

Rote Weihnachten

Kommunistisches Varieté in Berlin.

Die große Armenbibel ist aufgeschlagen. Argumente aus dem Reich der Druckerschwärze sind Körper und Klang geworden. Ein Zug brausenden und doch zugleich kühlen Lebens weht uns entgegen. Apokalyptische Stimmung breitet sich aus. Was sich bei Mosse und Ullstein manchmal findet, aber meist zwischen Zeilen gleisnerischer Worte versteckt, das schallt uns hier offen, stolz und frech entgegen: Wir wollen nichts von eueren Rechtsbegriffen, von Volkstum und Jenseits wissen. Uns kann kein Gott erlösen, wir können nur an euerem Tod genesen. Es krächzen die Raben, die Galgenvögel — eine der auftretenden Spieltruppen trug diesen äußerst symbolischen Namen — sie hassen das Licht, sie lieben das Dunkel; sie künden von Krieg und Zerstörung.

Zwei Schritte vor …, die Arme gehen auf und nieder, ruckweise wie Pleuelstangen. Es jauchzt die Maschine; sie hat des Menschen Seele verschlungen. — Scharf gegliedert arbeiten die Spielkollektive, Sinnbilder russischer Wirtschaftsformen. Jeder ist eine Nummer, aber er fühlt sich wohl dabei, weil er weiß, daß der andere auch nicht mehr Grütze im Kopfe hat, dafür aber den gleichen Haß gegen die, welche geistig und sittlich anders sind, den gleichen Haß gegen alles über den Menschen Hinausragende. Atheismus äugt uns als fanatische Religion entgegen.

Weihnachten muß hier ein Kampftag werden, ein Tag des Hasses. Es mußte viel geschehen, daß das Fest der Liebe in diesen Köpfen solche Gestalt annehmen konnte. Ein Krippenlied wird mit quäkenden Kehlen angestimmt. Dann geht der Sang in wildgewordenen Hohn über. Eine hohläugige Vision von Gebärmaschinen geistert durch die geifernden Worte. Keine Krippe ist aufgestellt, kein mildblickendes Marienbild, dafür eine Pappfigur mit Helm und dem Abtreibungsparagraphen 218.

Heidi, wie geht es krachend über das morsche Gebäude der Sozialdemokratischen Bruderpartei her. „Das hat Gott gewiß gut gemacht, daß er die S.P.D. erdacht. Denn wenn die S.P.D. nicht wär', wo käm' denn dann der Schwindel her?“, so singt tränenfeuchten Blickes auf der Bühne die Karikatur einer sozialdemokratischen Liedertafel, um schließlich vor innerer Müdigkeit einzunicken. Durch den Saal zieht eine republikanische Siegesallee. Sozialistische Talmigrößen blähen sich im Frack und Schupogewande. Reichskanzler „Brüller“ tritt „persönlich“ vor die Rampe, läßt seinen Gummiknüttel durch die Luft sausen und enthüllt am Schluß das Denkmal der Republik. Wir sehen ein gerupftes, mit den Farben zweier Flaggen angestrichenes Wappentier, dessen volkstümliche Bezeichnung wir uns hier versagen müssen.

Das ländliche Kollektiv, der Kulakentod, auch Belohnung gesinnungstüchtiger Faulheit genannt, wird uns als Singspiel dargeboten. Was kümmert es den bewußten Proletarier, wenn seine Volksgenossen, die deutschen Bauern, von der G.P.U. an den Bettelstab gebracht werden?

„Was trennt euch denn bloß?“ höhnt eine Bourgeoiskarikatur auf den Brettern. „Uns trennt eine Welt“, hallt es als Antwort durch den Saal. Die inneren Werte einer alten, teilweise gewiß erneuerungsbedürftigen Kulturwelt werden durchwegs geleugnet oder auf den Kopf gestellt. Westlicher Großstadtgeist und tatarische Wildheit haben Hochzeit gemacht.

Es wird ein apokalyptischer Kampf werden.

Ganz Israel gemeinsam

Im „Berliner Tageblatt“ vom 19. Dezember 1929 finden wir folgende neckische Notiz:

„Vor dem 2. Strafsenat des Reichsgerichts fand heute Termin in dem Fall des jungen Manasse Friedländer statt, der, wie erinnerlich, im Januar 1929 seinen Bruder Waldemar und dessen Freund Tibor Foeldes erschossen hatte und vom Schwurgericht in Berlin zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden war. In der heutigen Verhandlung beantragte Rechtsanwalt Artur Brandt, der den Angeklagten auch vor dem Schwurgericht verteidigt hatte, das Verfahren gemäß § 205 StPO. vorläufig einzustellen, da der Angeklagte in Geisteskrankheit verfallen sei. Er sei auch mit Rücksicht auf seinen Geisteszustand vor wenigen Tagen durch Beschluß des Kammergerichts gegen 10 000 M. Kaution aus der Haft entlassen worden. Der 2. Strafsenat schloß sich diesem Antrag an und verkündete folgenden Beschluß: Die heutige Verhandlung wird ausgesetzt. Es wird angeordnet, daß der Angeklagte durch Medizinalrat Dr. Leppmann (Berlin) auf seinen Geisteszustand zu untersuchen ist.“

Da hätte man's also geschafft und den „jungen Manasse“ (wie väterlich doch das Haus Mosse spricht, wenn es sich um den Samen Abrahams handelt!) frei bekommen! Deutsche „Fememörder“ hält man jahrelang fest, verurteilt sie zum Tode oder sperrt sie ins Zuchthaus. Sie haben ja Deutschland von Verrätern retten wollen. Und das erschüttert die Republik heftig.

Aber hoffentlich entwickelt sich der junge Manasse bald zu einem hoffnungsvollen verfassungstreuen „Arbeiterführer“.

Wir wissen, wie emsig Israel bemüht ist, die Todesstrafe abzuschaffen. Immer wenn es um die Eisenbahnmörder Schlesinger oder Landesverräter ging, da ertönte von der Klagemauer Jerusalems ein „Aufschrei der Humanität“, da ja schließlich nur Gojim gelitten hätten. Nun ist es in Palästina etlichen Angehörigen des auserwählten Volkes an den Kragen gegangen, als die Araber sich gegen die zionistische Diktatur empörten. Die Folge war ein Riesenprozeß gegen die „Pogromhetzer“ nebst vielen Todesurteilen!

Und ganz Israel ist doch sonst dagegen. Aber da es sich um Juden handelt, so schreit das „Allgemeine Jüdische Familienblatt“ (15. November 1929) voller Entzücken:

„Diese“ (d. h. die verurteilten Araber) „haben kein Recht mehr zu leben … Wir verlangen eine gerechte Bestrafung ihrer Taten. Das Recht bestraft solche Mörder mit dem Tode … seid keine Humanitätsnarren: schafft keine arabischen, hinter Kerkermauern schmachtenden Märtyrer.“

Das Wort „Du sollst alle Völker fressen“ ist also heute noch so aktuell wie vor 3000 Jahren.

Buchbesprechungen

Ernst P. Radusch, Das Geheimnis des Blutes, Verlag C. G. Hendeß, Köslin 1928. 142 Seiten mit 37 Abbildungen.

Eine wissenschaftlich sehr gründlich unterbaute und doch zugleich volkstümlich und allgemeinverständlich geschriebene Arbeit. Sehr gut verwertet sind z. B. die neuesten Ergebnisse der Chemie über das Blut, treffend auch die Ausführung über Rassenmischung sowie die über Kultur und Zivilisation. Weiter ist recht aufschlußreich der Abschnitt über die Kultur der Germanen, der mit vielen Abbildungen passend illustriert ist. Besonders interessant sind hier der „Steinkalender“ und die astronomischen Hügel. Vorzüglich endlich ist das Kapitel über Wodan und Frowa, Donar, Loki, Ziu, die Stellung der Frau bei den Germanen, und dann noch die Deutung der uralten Märchen vom Sterntaler, Rotkäppchen, Dornröschen, Aschenputtel, Frau Holle, Hänsel und Gretel mit dem Schluß „Was wurd die Ruine?“, Das Kreuz und Weihnachtszauber. Dank seinem gediegenen Inhalt kann man dieses wertvolle Buch besonders als Geschenkwerk empfehlen. Da.

Münchener Beobachter

Tägliches Beiblatt zum „Völkischen Beobachter" — Ausgabe Z vom 10. Januar 1930

Skandal um die Bayer. Volkspartei

Schwere Vorwürfe gegen den Reichspostminister a. D. Dr. Stingl

„Jeder Regierungspartei ihren Skandal", ist heute die Parole. Das scheint zum guten Ton zu gehören, gleichsam zum Beweis der Qualifikation für das Regieren. „Ein Politiker muß Geschäfte machen können, sonst taugt er nichts", meinte Barmat kürzlich.

Heute ist die Bayer. Volkspartei dran, oder vielmehr einer ihrer besten Männer, einer, den sie für würdig hielt, die weißblauen Farben in der Berliner Regierung zu vertreten, der Reichspostminister a. D. Dr. Stingl.

Die Hauptorgane der Demokraten, „Frankfurter Zeitung" und „Berliner Tageblatt" scheinen über die unfreundliche Sprache ihrer süddeutschen Koalitionsfreunde bei dem Sklarek- resp. Böß-Skandal verschnupft zu sein. Sie sind daher bestrebt, zu beweisen, daß auch im Süden nicht alles so sauber ist, wie es sein müßte, und decken folgende nette Geschichte auf:

Dem Sohn des Reichspostministers Stingl wurde von seinem Vater bei den Deutschen Kabelwerken, A.-G., in Berlin, bei denen er selbst Aufsichtsrat ist, vor einigen Jahren eine Stelle beschafft.

Trotzdem Stingl jun. keine Fachkenntnisse besaß, gestaltete sich diese sehr einträglich, besonders als der Sohn des damaligen Ministers eines Tages einen Riesenauftrag der Münchener Postverwaltung, also einer Behörde, die dem Vater unterstand, nach Hause brachte. Es handelt sich um das gesamte Kabel München—Partenkirchen—Mittenwald, das 1¼ Millionen kostete. Die Provision betrug, wenn man der Renommage des Stingl jun., der überall wie ein Protz aufgetreten sein soll, glauben darf, 50 000 Goldmark.

Im allgemeinen soll die Reichspost bei Vergebung derartig großer Aufträge mehrere Firmen berücksichtigt haben. Tatsächlich konnten die Deutschen Kabelwerke die Lieferfrist nicht innehalten.

Der Leiter der Abteilung, der den Auftrag vergab, soll der heutige Reichsminister Schätzel gewesen sein. Weiter wird behauptet, daß der Minister a. D. Stingl in München von der Post eine Luxusvilla weit unter dem normalen Mietpreis zur Verfügung gestellt bekommen habe.

In Berlin soll man über die Vergebung des Auftrages an die Deutschen Kabelwerke unter den geschilderten Umständen den Satz geprägt haben: „Es ‚stingelt' zum Himmel!"

Das Reichspostministerium erklärt amtlich dazu:

„Die vom Reichspostminister a. D. Dr. Stingl bei seiner Versetzung in den Ruhestand bezogene Wohnung hat dieser auf Grund einer besonderen Ermächtigung der Reichsregierung inne, und zwar nur für sich, nicht auch für seine Hinterbliebenen. Das Haus wurde von der Deutschen Reichspost nach der Inflation zu einem verhältnismäßig billigen Preise erworben. Einrichtung und Ausstattung sowie der Kaufpreis sind vom Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost und vom Rechnungshof des Deutschen Reichs geprüft und anerkannt. Der Mietpreis, den Dr. Stingl zahlt, entspricht den für Dienstwohnungen bestehenden Bestimmungen.

Die durch den Sohn des Reichspostministers a. D. Dr. Stingl vermittelte Vergebung des Bezirkskabels München—Partenkirchen—Mittenwald erfolgte an die Deutschen Kabelwerke A.-G., weil diese Firma im Preis und in den Lieferbedingungen das günstigste Angebot gemacht hatte. Die Lieferung war im Interesse der Einheit der Kabelführung aus technischen Gründen an eine Firma und nicht an mehrere Firmen zu vergeben. Auch sonst hat eine Bevorzugung der Deutschen Kabelwerke A.-G. in keinem Falle stattgefunden, die genannten Werke haben vielmehr bei einzelnen Lieferungen zum Teil erheblichen Schaden erlitten."

Hierzu äußert sich das „Berliner Tageblatt":

„Diese amtliche Erklärung läßt den Kern der Angelegenheit leider unberührt. Es steht also fest:

1. Der Sohn des Postministers wurde, ohne irgendwelche Fachkenntnisse zu haben, Vertreter der Kabelwerke.

2. Er verschaffte seiner Firma einen Riesenauftrag der Postverwaltung, deren Chef sein Vater war, und verdiente dabei 50 000 Mark.

3. Minister Stingl trat nach seiner Pensionierung in den Aufsichtsrat der Firma ein, für die sein Sohn mit solchem Erfolg tätig gewesen war.

Es handelt sich hier, das muß offen und ernsthaft ausgesprochen werden, um eine verwerfliche Verquickung von Politik und Geschäft, und es ist außerordentlich bedauerlich, daß die amtliche Erklärung, über die Hauptsachen hinweggleitend, den Sachverhalt so darzustellen versucht, als ob alles in schönster Ordnung sei. Zu fragen wäre noch, ob etwa die Kabelwerke, für die Stingl Vater und Sohn auch heute wirken, etwa noch weiterhin eine derartige Monopolstellung genießen sollen, wie sie ihnen damals eingeräumt worden ist, und ob ihnen etwa noch neuerliche Vorteile seitens der Postverwaltung zugeflossen sind, nachdem sie es verstanden haben, sich deren früheren Chef zu attachieren."

Es scheint schon richtig zu sein: Es stinglt!

Aus Bayerns Gauen

Auf der Spur eines Totschlages.

Vilsbiburg, 8. Januar.

Im Straßengraben bei Johannesbrunn wurde am Montag Karl Straßer von Buchloh tot aufgefunden. Die Gendarmerie und der herbeigerufene Arzt stellten einen Schädelbruch fest, der, wie man zuerst annahm, durch einen Sturz in den Straßengraben verursacht wurde. Inzwischen wurde aber die Leiche gerichtlich seziert und untersucht, wobei sich zweifelsfrei als Todesursache Totschlag ergab. Die weiteren Erhebungen gelten der Aufklärung dieses Vorfalles.

Großer Felssturz im Inntal.

Oberaudorf, 8. Januar.

Am Luegsteiner See ging eine Steinlawine nieder. Seit Jahrhunderten ist eine derartige Katastrophe im Inntal nicht mehr vorgekommen. Ein Fels von zirka 350 Kubikmeter hatte sich von den Steilwänden des Luegsteiner Sees gelöst und große Stein- und Erdlawinen gingen unter fürchterlichem Getöse in den See nieder. Die Bewohner des Burgberges und sogar die Dorfbewohner sind durch den entstandenen Lärm aus dem Schlafe geweckt worden.

*

Sein Kind mit Essigessenz vergiftet.

Lauterecken. Um sich der bevorstehenden Hochzeit zu entziehen, vergiftete der Arbeiter Otto Schneider in Becherbach das acht Monate alte Kind seiner Braut mit Essigessenz. Schneider, der bestreitet, der Vater des Kindes zu sein, hat die Tat eingestanden.

Der Leichenfund in Oggersheim.

Oggersheim. Entgegen der ersten Annahme hat die Untersuchung des Leichenfundes auf dem Bahnkörper in der Nähe von Oggersheim ergeben, daß der getötete Reisende Renner aus Halle a. d. Saale wohl eher einem in seinen Einzelheiten noch nicht völlig aufgeklärten Unglücksfalle zum Opfer gefallen ist. Man vermutet, daß Renner aus dem fahrenden Zuge stürzte, bewußtlos liegen blieb und schließlich von einem entgegenkommenden Zuge getötet wurde.

Schweres Autounglück.

Auerbach i. Opf. Ein Nürnberger Kaufmann fuhr am Dienstag mit seinem Personenkraftwagen nach auswärts. Auf der Straße bei Neuhaus a. d. Pegnitz fuhr das Auto aus noch unbekannter Ursache plötzlich die Böschung hinab und wurde dabei vollständig zertrümmert. Der Kaufmann erlitt einen Schädelbruch und sonstige schwere Verletzungen. Sein Vater, der ebenfalls mitfuhr, kam mit leichteren Hautabschürfungen davon. Die beiden Verunglückten mußten in das Nürnberger Krankenhaus eingeliefert werden.

Eineinhalb Jahre Gefängnis für einen Autowildling.

Koburg. Der Landwirt Gottlieb Schäfer von Lohhof bei Kaltenbrunn, der Ende November vorigen Jahres nach einer durchzechten Nacht betrunken mit seinem Auto ein auf dem Gehsteig gehendes Liebespaar überfuhr und dabei den Schlosser Knöpfel aus Koburg tötete, wurde vom Schöffengericht Koburg zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Der Antrag auf vorläufige Haftentlassung wurde abgelehnt.

Vom Zuge überfahren und getötet.

Hof. Am Montag wurde im Bahnhof Oberkotzau die ledige 49jährige Händlerin Fanny Häusler, als sie die Gleise überschreiten wollte, von der Maschine eines Zuges erfaßt und auf die Seite geschleudert. Sie wurde mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus Hof verbracht, wo sie an den Folgen des Unfalles verstarb.

Wahlen zu den Bauernkammern

Am Sonntag, den 9. März, finden in Bayern die Wahlen zu den Kreis- und Bezirksbauernkammern statt, außerdem wird die Wahl zur Landesbauernkammer vorgenommen. Bei allen Kreisbauernkammern sind 30 und bei den Bezirksbauernkammern 15 Mitglieder zu wählen. Wahlleiter sind bei den Wahlen zu den Kreisbauernkammern die Regierungspräsidenten, bei den Wahlen zu den Bezirksbauernkammern für unmittelbare Städte die ersten Bürgermeister, sonst die Bezirksamtsvorstände.

Als Leiter der Wahl zur Landesbauernkammer wird Oberregierungsrat Friedrich Resch im Staatsministerium für Landwirtschaft und Arbeit bestimmt. Die Wahlvorschläge, über deren nähere Ausgestaltung die Staatsministerien des Innern und für Landwirtschaft und Arbeit eine entsprechende Bekanntmachung erlassen haben, sind bis spätestens 16. Februar bei den zuständigen Stellen einzureichen.

Die Blamage der Bayerischen Volkspartei im Rathaus

Wie die Schwarzen die Roten unterstützen und es nicht wahrhaben wollen

stb. Auch die zweite Sitzung des neuen Stadtrats mit der Tagesordnung der Bildung der Ausschüsse fand das ungeteilte Interesse voller Zuhörertribünen. Dieses Interesse der Öffentlichkeit ist der Ausdruck der Bedeutung, die der Einzug der doppelten Anzahl von Nationalsozialisten diesem Stadtparlament ausgeprägt hat. Die schon am ersten Sitzungstag klar und eindeutig ansetzende Linie nationalsozialistischer Rathauspolitik wird auch in Zukunft richtunggebend nicht nur für Bayern, sondern für alle größeren deutschen Gemeinwesen sein, in denen die nationalsozialistischen Stadträte in ausschlaggebender Anzahl eingezogen sind. Diese Kommunalpolitik läßt sich auf die einfache Formel bringen: Nationalistisch und sozialistisch ohne Rücksicht auf Parteikonstellationen. So kommt es, daß unsere Vertreter im Rathaus ihre Schläge nach rechts und links austeilen, „wie's trifft — — bald so, bald so". Besonders eindringlich wurde diese synthetische Arbeit unserer Vertreter im Stadtrat in der zweiten Sitzung am Mittwoch offenbar, die allen Parteien eindringlich zu Gemüte geführt hat, daß sie ohne die Stimmen der Nationalsozialisten nichts Ersprießliches mehr leisten können.

Dem interessanten Sitzungsverlauf entnehmen wir des beschränkten Raumes halber die folgenden wesentlichen Gesichtspunkte:

Der II. Bürgermeister Dr. Küfner teilte zunächst mit, daß die 3 Fünfzehner-Ausschüsse: Hauptausschuß, Haushaltausschuß und Werkausschuß gebildet sind und die übrigen Ausschüsse nach dem Beschluß des letzten Stadtrates vom 3. Januar mit je 7 Mitgliedern zu besetzen seien. Er gibt einen Antrag der „Ausschuß-Gemeinschaft der 22", unterzeichnet mit den Namen Würz, Weiß, Deisenberger und Humar bekannt, wonach der Beschluß des Stadtrats vom 3. Januar, weil auf einem Mißverständnis beruhend, aufzuheben und die Siebener-Ausschüsse wieder in Elfer-Ausschüsse umzuwandeln seien. (Bewegung und Unruhe.)

Hierauf gibt Dr. Küfner die Besetzung des Ältestenausschusses bekannt, der wie bisher aus den beiden Bürgermeistern und je 2 Mitgliedern sämtlicher Fraktionen (bzw. 1 Mitglied) zusammengesetzt ist, bekannt. Die nationalsozialistische Fraktion ordnet die Stadträte Esser und Fiehler und als Stellvertreter Amann und Weber in diesen Ausschuß ab.

Ebenso in den Hauptausschuß und in den Haushaltausschuß. In den Werkausschuß werden die nationalsozialistischen Stadträte Amann und Weber und als Stellvertreter Esser und Fiehler delegiert.

Es bleibt bei den Siebener-Ausschüssen.

Stadtrat Gerstl (B.Vpt.) begründete den Antrag der Ausschußgemeinschaft, die von der Absicht getragen sei, niemanden von der praktischen Arbeit auszuschließen, was bei den Siebener-Ausschüssen unmöglich sei. Wenn Sie Gerechtigkeit den kleinen Gruppen gegenüber walten lassen wollen, müssen Sie entweder auf die Neuner-Ausschüsse zurückgreifen, oder unserem Antrag stattgeben, Elfer-Ausschüsse zu bilden. Es ist bei den Siebener-Ausschüssen übersehen worden, daß das Übergewicht der berufsmäßigen Stadträte hier viel stärker ist als in den Neuner-Ausschüssen.

Pg. Hermann Esser:

Am letzten Freitag haben die Nationalsozialisten den Antrag gestellt, um die kleinen Gruppen des Stadtrates berücksichtigen zu können, Elferausschüsse zu bilden. Der Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, daß man dafür sorgen müsse, die Ausschüsse zu vereinfachen, da die Stadträte infolge ihres Berufes nicht allzusehr in Anspruch genommen werden dürfen und weil kleinere Ausschüsse leichter arbeiten. Die Zeiten ändern sich und damit die Menschen, aber nur gewisse Menschen. Die Öffentlichkeit soll erfahren, daß in der Ausschußgemeinschaft nicht alles so harmlos abging. Bei den Neunerausschüssen wäre die Sache einfach gewesen. Da hätte man den Nationalsozialisten einen Sitz gegeben, das hätte genügt, trotzdem dieselben noch einmal so stark sind als früher. Dagegen war bei den Siebenerausschüssen die Arbeit des Verteilens der Sitze eine schwierigere. Denn es ist nicht leicht, 3 Sitze auf 22 Stadträte zu verteilen, die 5 Parteien angehören, von denen jede etwas haben will. Es bestand die Gefahr, daß die Gemeinschaft in die Brüche ging, wenn nicht alle einen Happen bekommen. Das mußte vermieden werden. Es wurde gestern den ganzen Tag darüber verhandelt, um die Sache wieder zusammenzuleimen. Wenn die Menschen viel haben, wollen sie noch mehr. Das gilt besonders für die Herren von der Bayerischen Volkspartei (Heiterkeit). Wir legen Wert darauf, uns die Vorteile zu sichern, die Sie selbst neulich hervorgehoben haben. Wir sind nicht damit einverstanden, daß den Herren berufsmäßigen Stadträten ein derartiges Mißtrauensvotum ausgestellt wird, wie es die Bayerische Volkspartei soeben getan hat. Jene haben alles Interesse daran, daß München ein blühender Gemeindekörper bleibt, und wir sind überzeugt, daß sie sich bei ihrer Arbeit von den gleichen Grundsätzen leiten lassen, wie wir Nationalsozialisten. Aus diesen Gründen bleiben wir auf den Siebenerausschüssen bestehen.

*

Die Kommunisten fordern im Interesse ihrer Beteiligung Fünfzehnerausschüsse.

Stadtrat Humar (Hausbesitzer) erinnert daran, daß bei der Ablehnung der Elferausschüsse in der letzten Sitzung noch niemand gewußt habe, ob die Neunerausschüsse bleiben.

Pg. Stadtrat **Fiehler:** Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein. Der Hereingefallene ist die Bayerische Volkspartei. Wir haben letzthin erklärt: Wir verlangen Elferausschüsse, weil das die gerechtesten Ausschüsse sind mit einem Proporz von 5:4:2. Sie haben erklärt, mit allen möglichen fadenscheinigen Gründen, daß dies nicht möglich sei. Siebenerausschüsse sind immer noch gerechter als Neunerausschüsse. Wir sind keine Hanswursten, daß es uns einfällt, Sie aus der Grube herauszuziehen. Wir haben erklärt, wir werden die Konsequenzen ziehen, die darin bestanden, daß wir Sie (zur B. Vpt.) hereinfallen ließen. Ihre edle Absicht war schon im alten Stadtrat, aus möglichst „unpolitischen" Gründen keine Zehnerausschüsse zu bilden, weil wir den zehnten Sitz dabei bekommen hätten. Das ist eine unehrliche Handlungsweise. (Oberbürgermeister Scharnagl rügt diesen Ausdruck.)

Die Deutschnationalen erklären sich für Elferausschüsse.

Der kommunistische Antrag auf Bildung von Fünfzehnerausschüssen wird gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag auf Elferausschüsse wird mit 29 Stimmen der Nationalsozialisten und Marxisten gegen 22 Stimmen (Ausschußgemeinschaft) abgelehnt. **Es bleibt also bei den Siebener-Ausschüssen.**

Die „Mißverständnisse" der „Bayer. Volkspartei".

Die „Ausschußgemeinschaft der 22" möchte noch einen weiteren Beschluß der letzten Stadtratssitzung vom 3. Januar umstoßen durch den Antrag: Der Lokalbaukommissions-Beschluß (mit dem der von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Stadtrat Hans Schmid mit den Stimmen der Bayerischen Volkspartei als einziger Vertreter des Stadtrats in diese wichtige Kommission gewählt wurde) wird aufgehoben, da er auf Grund eines Mißverständnisses zustande kam.

Stadtrat Dr. Berthold (B. Vpt.) begründet diesen Antrag mit dem Appell nicht an den Gerechtigkeitssinn des Hauses (großer Lärm links), sondern an das Prestige des Hauses. Für das Zufallsresultat des letzten Beschlusses war das Moment der Überraschung (!) maßgebend. Wir waren uns nicht klar über die Zahl der Vertreter (!) in der Lokalbaukommission (Fiehler ruft: Das ist nicht wahr, das ist ausdrücklich festgestellt worden!) Es sei ein Gebot des Anstandes (großer Lärm links), dafür zu sorgen, daß der Fehler dieses Beschlusses wieder gut gemacht werde.

Oberbürgermeister Dr. Scharnagl unterstützt diese eigenartige Begründung und nennt es unbillig, eine Vertretung, die auf Grund eines Mißverständnisses zustande kam, fünf Jahre bestehen zu lassen. Er empfiehlt der Hauptgruppe, nämlich der Ausschußgemeinschaft (Zuruf bei den Soz.: Die Hauptgruppe sind wir!) das Vorschlagsrecht für die Körperschaft einzuräumen, die nur einen Vertreter des Stadtrats besitzt, und aus Billigkeitsgründen dem Antrag stattzugeben.

Pg. Hermann Esser:

Wenn jemand glaubt, daß der neue Stadtrat dazu da ist, um Beschlüsse, die einmal gefaßt sind, in der nächsten Sitzung wieder über den Haufen zu werfen, so täuscht er sich. Wir kündigen hiermit an, daß wir dieses niederschmetternde Schauspiel für die Öffentlichkeit unter keinen Umständen mitmachen, das alles andere ist, als was die Herren im Munde führen, nämlich die Wahrung der parlamentarischen Würde einer öffentlichen Körperschaft. Wir haben am letzten Freitag mit voller Überzeugung über die Sache abgestimmt, und ich habe noch während der Abstimmung den Zwischenruf gemacht: daß wir es unerhört finden, wenn die Bayerische Volkspartei für den Vertreter der Sozialdemokratie stimmt. Die Herren haben mir zurückgerufen: Das geht Sie nichts an, Sie haben uns keine Vorschriften zu machen! Von einer Überrumpelung zu sprechen, ist mehr als dürftig. Es handelt sich einfach darum, daß die Ausschußgemeinschaft der 22 geplatzt ist, mit Recht, weil die Deutschnationalen erklärt haben, daß sie nicht mehr mitmachen, wenn man als ersten Vertreter einen Sozialdemokraten in die Lokalbaukommission wählt und Herrn Deisenberger herauswählt. Die Deutschnationalen haben deshalb ihren Austritt erklärt. Weiterhin hat man versucht, alles daranzusetzen, um die Sache wieder in Ordnung zu bringen, und man hat lange über die Forderung der Deutschnationalen verhandelt.

Die stärkste Gruppe im Hause sind zu unserem tiefen Bedauern die Sozialdemokraten. Es steht also nach diesem Gesichtspunkt der sozialdemokratischen Partei zweifellos das Recht der Besetzung zu. Alles, was dagegen vorgebracht wird, ist fadenscheinig. Wenn Sie (B. Vpt.) schon von der stärksten Gruppe sprechen, so ist es in der Ausschußgemeinschaft die Bayerische Volkspartei. Selbst die bürgerliche Mitte ist kein homogener Körper, da jedes Mitglied eine andere Überzeugung hat. (Zuruf links: Wenn sie überhaupt eine politische Überzeugung haben!) Im großen und ganzen sitzen die Vertreter von vier Gruppen hier, von denen keine in der Öffentlichkeit so stark gewesen wäre, aus eigener Kraft in den Stadtrat einzuziehen. **Diese Leute, die nicht stark genug sind, um nur einen Mann in den Stadtrat zu bringen, sollen Rechte erhalten, die geradezu ungeheuerlich sind, nämlich genau solche Rechte wie eine Fraktion, die 50 000 Wähler hat.** Die Kommunisten werden überhaupt ausgeschaltet — ich stelle das nur fest — das ist keine Gerechtigkeit.

Wir haben letzten Freitag gebeten, Herrn Deisenberger in die Lokalbaukommission zu entsenden, weil wir überzeugt waren, daß ein Mann in diese Kommission gehört, der ein anerkannter Fachmann ist. Wir können nicht über unseren eigenen Antrag hinausgehen, das werden die Herren von der Linken begreifen. Wenn wir Ihnen am Freitag empfohlen haben, Herrn Deisenberger zu wählen, dann werden wir nach fünf Tagen keinem anderen Vorschlag zustimmen können. Wir bleiben daher auf unserem Vorschlag stehen.

Nach dem Schlußwort Dr. Bertholds beantragt Esser zur Geschäftsordnung, das Protokoll der letzten Sitzung zu verlesen, damit die Möglichkeit besteht, sich ein Bild von dieser Abstimmung zu machen und die Behauptungen des Herrn Berthold zu widerlegen, was anders nicht mehr möglich ist.

In der Abstimmung wird der Antrag der Verlesung abgelehnt.

Der Antrag der Ausschußgemeinschaft, den Stadtratsbeschluß vom 3. Januar aufzuheben, enthält als Begründung den Beisatz: „weil auf einem Mißverständnis beruhend".

Esser beantragt, diesen Zwischensatz zu streichen. Ein weiterer Antrag Humar, die ganze Angelegenheit zu vertagen, wird unter großer Unruhe des Hauses abgelehnt, ebenso der Antrag Esser auf Streichung des Zwischensatzes.

Der Antrag der Ausschußgemeinschaft wird dann mit 32 gegen 17 Stimmen angenommen.

Esser erklärt für die nationalsozialistische Fraktion, daß diese nicht deshalb dafür stimmte, weil ein Mißverständnis vorliegt, sondern weil sie auf ihrem Vorschlag in der vorigen Sitzung bestehen bleibt.

Stadtrat Maurer glaubt feststellen zu müssen, daß die Nationalsozialisten zugestimmt haben, daß es sich um ein Mißverständnis gehandelt hat. (Infolge der Ablehnung des nationalsozialistischen Antrags durch die Sozialdemokraten!)

Stadtrat Gerstl schlägt namens der Ausschußgemeinschaft für die Lokalbaukommission Herrn Deisenberger vor und als Ersatzmann Herrn Dott von der Sozialdemokratie. Diese schlägt Stadtrat Hans Schmid vor.

Der Vorschlag Gerstl wird mit den Stimmen der Ausschußgemeinschaft und der Nationalsozialisten angenommen, also Herr Deisenberger gewählt. Als Stellvertreter wird Hans Schmid mit allen gegen 8 Stimmen (Nationalsozialisten) gewählt.

„Schieber des Ruhms"

Erstaufführung im Schauspielhaus.

Für die geistige Unfreiheit in unserer glorreichen deutschen Demokratie ist es auch bezeichnend, daß über die deutschen Bühnen keine Dramen gehen, deren Handlung in innigem Zusammenhange mit dem Weltkriege und den daraus entstandenen Lebensanschauungsfragen stände. Was die Piscator-Bühne in Berlin an sogenannten Kriegsstücken brachte, was ein Ernst Toller mit seinem „Hinkemann" zusammensudelte, diese kommunistisch-marxistischen Zerrspiegeleien kommen dabei nicht in Betracht. Aber noch keine deutsche Bühne gab ein Stück aus deutscher Feder, herausgeboren aus dem Frontgeist oder aus der sozialen Umschichtungstragikomödie der Nachkriegszeit; keine blutaufpeitschende Satire auf das Schiebertum der Finanz und der Politik der Gegenwart.

Sogenannte Siegerstaaten, wie England und Frankreich, sind weniger zimperlich. Ein englisches Schützengrabendrama „Die andere Seite" war es, die jenen Deutschen, die nicht an der Front waren, einen wenn auch nur höchst blassen Begriff davon beibrachte, was es hieß, im Stahlgewitter des Trommelfeuers den Schweinehund in sich zu überwinden, schweigend seine Pflicht zu tun und schweigend zu sterben für das Vaterland. Vaterland? Für das Vaterland der Schieber dahinten? So höhnt der siegesstolze Franzose, der die halbe Welt aufgeboten hatte, um Revanche für 1870/71 an den bis in den Tod verhaßten Deutschen zu nehmen …

Hat der Franzose Raynald dem Grabmal des Unbekannten Soldaten ein literarisches Denkmal gesetzt, so Marcel Pagnol und Paul Nivoix den „Schiebern des Ruhms", dem sie den Untertitel geben: Patriotenkomödie.

Der Unteroffizier Heinrich Bachelet ist gefallen, als er mit seinem Maschinengewehr den Rückzug seines Bataillons deckte. Diese Heldentat, womit auch der Durchbruch der zurückflutenden französischen Front verhindert wurde, ist bereits so legendär geworden, daß sie schon in den Lesebüchern der französischen Schulen steht. Und auf den Heldentod seines einzigen Sohnes baut der kleine französische Staatsbeamte Bachelet seine weitere Laufbahn auf, die ihn zum Schlusse sogar auf einen Ministersessel hebt. Aber der Sohn ist ja gar nicht derjenige, welcher …, ach, nein, der, der das Maschinengewehr bediente, der liegt auch mit den Millionen unter dem Grabmal des Unbekannten Soldaten … Der Sohn erlitt wohl eine schwere Hirnverletzung durch Kopfschuß, so daß er sogar seinen eigenen Namen vergessen hatte, als er, aus der deutschen Gefangenschaft entlassen, einem französischen Irrenhause überwiesen wurde, aber der Held, der das Maschinengewehr bediente, ist er nicht. Eines Tages, nach fast zehn Jahren, kehrt ihm sein Gedächtnis wieder, und er kehrt heim ins Vaterhaus …

Niemand eigentlich zur Freude. Sein heißgeliebtes Eheweib, Germaine, hat sich inzwischen anderweitig verheiratet, ist Mutter geworden, sein Vater steht eben im Begriffe, Deputierter in der Kammer zu werden auf Grund der Legende von dem Heldentode seines Sohnes. Ums Himmels willen, es darf nicht aufkommen, daß sein Sohn lebt, denn sonst fällt die ganze, gegen die Kommunisten und Sozialisten aufgestellte Kandidatenliste der Patrioten mit Pauken und Posaunen durch. Und der Unteroffizier Heinrich Bachelet macht zum Schlusse die Tragikomödie einer brutal-egoistischen Wirklichkeit mit; er verzichtet sogar darauf, fürderhin als Sohn seines Vaters zu gelten, um seinem Erzeuger nicht die Karriere zu verderben …

So lebt der Unteroffizier Heinrich Bachelet unter einem falschen Namen weiter, während die französische Jugend beiderlei Geschlechts sich an der Legende von dem Heldentode Heinrich Bachelets erbaut … Die „Schieber des Ruhms", von denen nicht ein einziger Pulver roch, aber triumphieren …

Soll man diese „Patriotenkomödie" als eine Satire auf die Heldenverehrung einwerten? Als ein Drama unter dem Motto „Nie wieder Krieg"? Darüber wurde ich mir allerdings nicht klar. Wohl aber könnte man den Schluß daraus ziehen: Wir alle, die wir den Kopf im Weltkriege hingehalten haben, waren die Dummköpfe, die anderen, die sich weit vom Schusse hielten und ihre dreckigen Schiebergeschäfte machten, die Gescheiten!

Eine wahrhaft glänzende Darstellung verhalf diesem Stücke, das beweist, wie geringschätzig man auch in Frankreich über den Parlamentarismus denkt, und daß dort die Frontkämpfer recht unangenehme Menschen sind wie auch bei uns in Deutschland, zu einem starken Erfolg. Kurt Horwitz als Vater Bachelet, Karl Kyser als Berlureau, Ewald Balser als der Unteroffizier Bachelet, Ferdinand Martini als Grandel, Otto Framer als Graf Lieuville, Joseph Eichheim als Richebon, Walter Lantzsch als Blancard und Ehmi Bessel als Germaine Bachelet seien besonders genannt.

J. St-g.

Was der Rundfunk bringt!

Programmwoche vom 12. bis 18. Januar 1930.

Auf musikalischem Gebiet verzeichnen wir eine Reihe bedeutender Übertragungen: Am Sonntag Webers „Freischütz" aus dem Nationaltheater; am Donnerstag „Die Schöpfung", Oratorium von Joseph Haydn unter Leitung von Edwin Fischer aus dem Odeon. Kammermusik Münchner Komponisten hören wir am Montag (Werke von K. Pottgießer, O. E. Crusius, Flick-Steger und S. Geierhaas).

Von den bedeutenden Gästen der Woche seien nur Schmidt-Lindner mit einer Hausmusikstunde am Freitag, Frederic Lamond mit einem Liszt-Schumann-Abend am Dienstag und Rona Valdez und Kenneth Walton, London, mit einer Liederstunde jüngerer englischer Komponisten am Mittwoch im Zusammenhang mit dem Groß-Britannischen Abend am nämlichen Tage erwähnt.

Im literarischen Programm kommt am Freitag das Hörspiel „Krug-Aktien 117" vom Auditor unter der Spielleitung von Rudolf Hoch zur Aufführung. Das Stück, das speziell für den Rundfunk geschrieben ist, behandelt ein wirtschaftliches Thema. In der Stunde des Autors liest am Montag der Tiroler Dichter Bernhard Jülg.

Am Dienstag kommt unter dem Titel „Nacht und Träume" eine Folge von Lyrik und Musik durch Anneliese Rehse und Albert Spenger zum Vortrag. Im Vortragsbereich wird diesmal das Thema Jugend von drei verschiedenen Seiten behandelt. Einmal erzählt ein junger Schriftsteller, wie er zu seinem Beruf kam, dann spricht Dr. Otto Menne in der Stunde der Arbeit über den jungen Menschen, der in den allgemeinen Wirtschaftskampf eintreten muß. Endlich äußert sich Oskar A. H. Schmitz über die Frage: „Hat die Jugend recht?"

Ein neuer Hörbericht „Reise und Verkehr" sei erwähnt. Dann eine Hörfolge: 70 Minuten Großbritannien in 70 Namen der großbritannischen Geschichte. Das musikalische Unterhaltungsprogramm ist äußerst reichhaltig. Aus Nürnberg hören wir am Sonntag eine bunte Stunde: „Fränkische Metzelsuppe" und ein Militärkonzert am Samstag. Dienstag und Mittwoch sorgen bunte Stunden für die Unterhaltung der Hörer.

Für Samstagabend wurde Robert Koppel gewonnen. Seine Schlagervorträge umrahmen einen heiteren Einakter von Uzarski „Das Wachsfigurenkabinett". Die Schallplattenfreunde kommen mit einem großen Wunschabend am Montag zu ihrem Recht. Freitag spielt das Rundfunkorchester beliebte Märsche und Walzer und Mittwochnacht importiert uns Professor Georg Baumgartner Tanzmusik aus Daventry.

Durch die Blume.

Franz bringt seine Weihnachtszensur nach Hause. — „Na, der wievielte bist du denn geworden?" fragte ihn der Vater. — „Wenn ich noch einen raufkomme," erwidert Franz vorsichtig, „dann bin ich der Vorletzte."

Vorsichtig.

„Vater, heute haben wir in der Schule gelernt, daß die Tiere jeden Winter den Pelz wechseln." — „Pst, leise, mein Kind …! Deine Mutter kann dich hören."

Weiter mild

Unter dem Einfluß einer vor Island gelegenen Depression ist das kontinentale Hochdruckgebiet nach Südwest-Europa abgewandert. In der Höhe hat bereits wärmere ozeanische Luftzufuhr eingesetzt und zur Bewölkungszunahme Anlaß gegeben. Da die zyklonale Tätigkeit ihren Fortgang nehmen wird, haben wir für die kommenden Tage wieder mit mildem und unbeständigem Wetter zu rechnen.

Aus der Landeshauptstadt

Münchens Stadtrat im Jahre 1929

Bürgermeister Dr. Küfner gab in der Sitzung des Stadtrats vom Mittwoch bekannt, daß im Jahre 1929 an Sitzungen stattfanden:

Stadtrat 45 (1928: 45), Hauptausschuß 47 (47), Haushaltausschuß 35 (32), Ältestenausschuß 17 (21), Schulausschuß 8 (4), Sozialer Ausschuß 9 (12), Sparkassenausschuß 5 (6), Werkausschuß 24 (22), Wohnungsausschuß 8 (12), Bauunterausschuß 37 (43), Bibliothekenunterausschuß 0 (0), Krankenhausunterausschuß 0 (2), Sozialer Unterausschuß, Tarifkommission 1 (3), Verwaltungsunterausschuß 4 (7), Sitzungsausschuß 1 (2), Ratskellerkommission 3 (5), Theaterkommission 6 (7), Stadtratskommission für Wohnungszuweisung 25 (27), Beirat für Leibesübungen (vormals Sportausschuß) 0 (0), Beirat und Ankaufskommission für die städtischen Kunstsammlungen 11 (12), Spitalausschuß 11 (5), Konzertverein 3 (5), Lokalbaukommission 48 (49), Wohlfahrtshauptausschuß 4 (7), verschiedene Wohlfahrtssitzungen 9 (1), verschiedene Schulsitzungen 3 (1), Stadtjugendamt und Geschäftsausschuß 22 (18), Referentenbesprechungen 6 (8), Kunstbeirat für das Gewerbeschulwesen 3 (0), Spruchausschuß 26 (26), Vorberatender Ausschuß d. W.H.A. 0 (1), Literaturbeirat 5 (1), Besoldungsordnung 0 (15), Sonstige Sitzungen 174 (142). Gesamtzahl 621 (615).

Gegenüber dem Jahre 1928 ist eine Mehrung von sechs Sitzungen eingetreten.

Anträge wurden im vergangenen Jahr insgesamt 151 (Nr. 923 mit 1076 und 5 Anträge ohne Nummer) gestellt. Nach den eingezogenen Erkundigungen bei den einschlägigen Referaten sind von sämtlichen Anträgen 24 noch unerledigt. Ein Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen, einige Anträge wurden auf Wunsch des Antragstellers zurückgestellt, von den übrigen wird sich ein großer Teil in den ersten Sitzungen des neuen Jahres erledigen lassen.

In der vergangenen Wahlperiode 1925/29 wurden insgesamt 1053 Anträge gestellt.

Ein betrügerischer Einkassierer. Ein betrügerischer Einkassierer erschien am 14. Dezember vorigen Jahres vor einer Wohnung am Gotzingerplatz und verlangte von dem öffnenden Dienstmädchen den Betrag von 18.50 Mark für die vom Dienstherrn bestellten Bücher. Ohne jede Kontrolle zahlte das Dienstmädchen den Betrag, erfuhr aber dann, daß es betrogen wurde. Der Täter nannte sich Gleisl, ist 40 bis 45 Jahre alt, korpulent und hat volles bartloses Gesicht.

Aus Unvorsichtigkeit erschossen. Ein 32 Jahre alter im Schlacht- und Viehhof beschäftigter städtischer Angestellter hantierte gestern mittag so unglücklich mit dem Betäubungsapparat, daß ihm der Schußbolzen in den Unterleib drang. Der Verunglückte wurde in die Chirurgische Klinik eingeliefert, wo er alsbald verstarb.

Den Verletzungen erlegen. Am Dienstagnachmittag ereignete sich in einer Marmorfabrik, wie schon gemeldet, ein schwerer Unfall. Der in dem Betrieb angestellte Marmorsäger Martin Stiel geriet in eine Transmission, wurde mehrmals herumgeschleudert und schwer verletzt. Stiel ist nun im Krankenhaus, wohin man ihn schaffte, seinen Verletzungen erlegen.

Ungeklärter Tod. Die Mordabteilung der Polizeidirektion München entsandte zwei Beamte ihrer Abteilung nach Frontenhausen zur Aufklärung des rätselhaften Todes eines alten Bauern. Am Montag wurde außerhalb Radelkofen in einem Straßengraben der 75 Jahre alte Austragsbauer Straßer von Buchlob bewußtlos mit einer schweren Schädelverletzung aufgefunden. Man brachte den Mann in das nahe Krankenhaus, wo er starb. Die Sektion ergab, daß Straßer vielleicht einem Mord zum Opfer gefallen ist. Straßer war zuvor im Wirtshaus in Radlkofen und wollte dann in seine Behausung, die ¾ Stunden entfernt ist, heimgehen.

Erhebungen über den rätselhaften Tod sind nun im Gange.

Praktische Arbeiterkurse München e. V. Die Praktischen Arbeiterkurse, die technische Abteilung der Volkshochschule, machen auf den Beginn neuer und die bereits vereinbarte Fortsetzung der vor Weihnachten begonnenen Kurse aufmerksam. Neu beginnen die Kurse: „Kalkulation" von Dr.-Ing. L. Schwarz (Mittwoch, 8. 1. 1930), „Rundfunkempfangsanlagen" von Dr.-Ing. F. Bergtold (Dienstag, 14. 1. 1930), „Chemie der Öle, Fette, Lacke" von Dr.-Ing. H. Gall (Mittwoch, 5. 2. 1930), sämtliche in der Technischen Hochschule. — Einschreibungen zu vorstehenden Kursen werden von Mittwoch, 8. 1., bis einschließlich Freitag, 17. 1., in der Technischen Hochschule, Saal 108, Eingang Theresienstraße, von 6—8 Uhr, und in der Geschäftsstelle der Volkshochschule, Isartor, entgegengenommen.

Der Stenographen-Damenverein „Gabelsberger" München erteilt Unterricht in Einheitsstenographie, und zwar nur für Damen in Abendkursen an folgenden Schulen: Domschule, Schwanthaler-, Hohenzollern- und Boschetsriederschule. Die Kurse werden in drei Abteilungen gegeben: Anfänger-, Fortbildungs- und Übungskurs. Einschreibung: 9. und 10. Januar, abends 7—9 Uhr, an den genannten vier Schulen. Kursbeginn: 13. Januar. Der Besuch der Kurse ist sehr zu empfehlen, da dem Verein erstklassige Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Nähere Auskunft gibt Fr. Joh. Mayr, Maillingerstraße 15/III r.

Kinderheim und Heilstätte Maria Quell. Die im Jahre 1925 gegründete prächtige Anstalt Maria Quell in Armstorf bei Dorfen hat eine neue Leitung erhalten. Die Franziskanerinnen in Au am Inn, die schon mehrere bekannte Anstalten, wie Ramsau, Stockdorf und andere versorgen, haben auch die erzieherische und wirtschaftliche Führung dieses Heimes übernommen. Die bisherige bewährte Oberin der Erziehungsanstalt Ramsau, M. Ignatia Hauser, ist als Oberin der Anstalt Maria Quell berufen worden.

Wochenprogramm der Vorträge im Deutschen Museum: Dienstag, den 14. Januar, 8 Uhr Führungsvortrag von Dr. Fuchs: „Elektrische Strahlen", die Erforschung der Kathoden-, Röntgen- und Radium-Strahlen. Lichtbildvorträge der Bayer. Lichtbildstelle: Montag, 13. Januar, nachmittags 5¼ Uhr: „Alte Edelsitze in Bayern" (Architekt Jul. Kempf). Montag, 20. Januar, nachmittags 5¼ Uhr: „Aus der Entwicklungsgeschichte der Kinomatographie" (Prof. Dr. Ammann). Dienstag, den 14., Donnerstag, den 16., und Samstag, den 18. Januar, nachmittags 5¼ Uhr: Filmvortrag „Weißenburg in Bayern". Der Eintritt zu den Film- und Lichtbildvorträgen ist für Museumsbesucher frei.

Der Allgemeine Deutsche Musikverein nach Leipzig eingeladen. Wie dem Landesdienst der Telegraphen-Union aus Leipzig gemeldet wird, hat die Stadt Leipzig den Allgemeinen Deutschen Musikverein, Sitz München, der zuletzt in den Jahren 1885 und 1896 in Leipzig seine Festtagung abgehalten hatte, eingeladen, im Jahre 1931 seine Gesamttagung wieder in Leipzig zu veranstalten. Die Einladung ist auf Anregung des Musikdirektors Bruno Walter ergangen. Wie man hört, wird der Allgemeine Deutsche Musikverein dieser Einladung mit großer Wahrscheinlichkeit Folge leisten.

Café Luitpold. Am Donnerstag, den 9. Jan., findet im Café Luitpold die Proklamation des offiziellen Prinzen Karneval, Carl II. von Monachistan, statt. Die Residenz des Prinzen ist auch dieses Jahr wieder im Café Luitpold, das mit seinen humorvollen, herrlichen Dekorationen eine Sehenswürdigkeit bildet. Am Mittwoch, den 15. Januar, ist der pomphafte Einzug und die Inthronisierung des Prinzen im Deutschen Theater und wird in den Tageszeitungen und den Plakaten alles Weitere noch bekanntgegeben.

Die Narrhalla, die im letzten Jahre an Ansehen und Mitgliederzahl anerkanntermaßen sehr gewonnen hat, ist mit die Hauptträgerin des Münchener Faschings. Sie leistet die wichtigste Arbeit für den Faschingszug, sie steht in Verbindung auch mit den großen Karnevals-Gesellschaften der anderen Faschingsstädte, sie erfüllt repräsentative Aufgaben und ist für diese Aufgaben auch gegenüber Behörden und der Öffentlichkeit verantwortlich. Die Narrhalla ist daher allein als die große Münchener Karnevals-Gesellschaft zu betrachten, ihre repräsentative Vertretung ist der Elferrat und der von ihr gewählte Prinz ist der offizielle Münchener Prinz Karneval.

Doch ein Faschingszug? In einer von der Narrhalla veranlaßten Aussprache kam man, laut „M.N.N.", einstimmig zu der Ansicht, daß, wenn irgend möglich, ein Faschingszug abgehalten werden soll, allenfalls in Form einer größeren Kappenfahrt unter Einfügung verschiedener wirksamer Gruppen. Die Narrhalla wird sich dem Unternehmen auf alle Fälle zur Verfügung stellen. Die Durchführung eines der Münchener Tradition würdigen Faschingszuges wird allerdings noch davon abhängen, ob die materiellen Grundlagen für das Unternehmen geschaffen werden können.

Film in der Kritik

„Melodie des Herzens".

Wir sind mit einigermaßen großen Erwartungen zum „ersten großen Ufa-Tonfilm" (Sendlinger-Tor-Lichtspiele) gegangen, hatte doch der Tonfilm „Die Nacht gehört uns" eine angenehme Enttäuschung bereitet. Diese Erwartungen wurden nicht befriedigt. Zwar hat der Film „Melodie des Herzens" eine Reihe seelischer Feinheiten, die Dita Parlo spielt die reichlich unwahrscheinliche Rolle eines bäurischen Freudenmädchens (um durch schnellen Verdienst dem Bräutigam zu einem Pferd zu verhelfen) zwar ausgezeichnet, und ohne jede unnötige Beigabe; zwar ist Willi Fritsch lebensecht; zwar sind die Aufnahmen im ungarischen Dorf ausgezeichnet..., aber das ist alles, was den stummen Film angeht, der Tonfilm jedoch hinterläßt nach zwei Stunden im Ohr ein schlechtes Geräusch des Grammophonsnachklingens. Die Worte der Schauspieler sind schwer verständlich, der Gesang verworren, die Geigen klingen wie Blasinstrumente, und die Geräusche sind durchaus nicht charakteristisch.

Es bleibt nach diesem Anfang also noch ein sehr weiter Weg zur Ton-Illusion, wobei wir natürlich unterstreichen wollen, daß es sich hier letzten Endes nicht um Kunst, sondern um Kunstersatz handelt, was eine spätere Zeit, das rein Technische als selbstverständlich nehmend, einst sehr deutlich empfinden wird, wenn die Klangfiguren des Symphonie-Orchesters es unmittelbar umgeben. R.

*

Nach Valentin Pat und Patachon.

st. Karl Valentin wurde in der Schauburg und im Gloria-Palast von den dänischen Humoristen Pat und Patachon (Carl Schenström und Harald Madsen) abgelöst, die diesmal, nach längerer Pause, als „Kannibalen" ihren unwiderstehlichen Humor entfalten. Das Wesen dieses nordischen Humors ist im Grunde mit dem Valentins verwandt; sie wirken mit den einfachsten Mitteln. Diese Mittel sind ihre Mimik (die keine ist, sondern ein ihnen natürliches Sichgeben), ihre Gesten (die nicht gemacht und einstudiert, sondern ihrem Wesen gemäß sind), und ihre Sprache, die so einfach als nur möglich ist und daher immer das Ohr des Volkes findet, diese Mittel sind also ihr leibhaftiges Dasein selbst, das demütig, schüchtern, duldend und verfolgt, dann aber wieder über alles Maß heldenhaft sein kann, wenn es die Situation erfordert. Je verzweifelter und verlorener diese ist, desto überraschender die scheinbare Einfachheit, mit der sich diese Lieblinge des Publikums, das in ihnen ihre eigene Sehnsucht erfüllt sieht, selber retten und jene, die ihnen Gutes erwiesen haben. Pat und Patachon verdanken ihren Welterfolg der tiefen Symbolik ihres Spiels, das nur der auch dem kleinen Mann verständliche Ausdruck des Leides und des Glücks alles Menschentums ist.

„Pat und Patachon als Kannibalen" zählt zu den besten Pat-Filmen Dänemarks. Besser noch als ihre Kannibalen-Rolle, die inmitten echter Schwarzer in Afrika malerisch und grotesk abläuft, ist ihre vorausgehende Rolle in der verrufenen Hafenkneipe „Knock-out" als Kellner, Musiker und Hausknechte zugleich, wo besonders die Kunst Patachons, unerschöpflich an lustigen Einfällen, unübertrefflich an köstlicher Darstellung, eine überragende Leistung darstellt. Weder Valentin noch Pat und Patachon gefallen jedem Kinobesucher. Ihre Würdigung hängt schon an einer gewissen Reife und Lebenserfahrung, und das ist der beste Maßstab für ihre Darstellungskraft.

Die Musik in beiden Theatern zu diesem Film ist sehr gut und trifft besonders den „Ton", den wir uns unter dem Begriff „Afrika" gemeinhin vorstellen.

Sport-Beobachter

Schneebericht

der Bergwacht und des Verkehrsverbandes München und Südbayern (Bayer. und Allgäuer Alpen) e. V.

Allgemeine Übersicht: Die Erwärmung der letzten Tage hat die Schneelage ungünstig beeinflußt, so daß Touren mit Abfahrten selbst nordseitig nur bis ungefähr 1000 Meter durchzuführen sind. Wegen ungenügender Unterlage und Wechselschnee ist Vorsicht geboten.

Ort	Tal alt	Tal neu	Höhe alt	Höhe neu
Oberstdorf	10	—	70	—
Garmisch	10	—	90	—
Hochalm	—	—	90	—
Wank	—	—	60	—
Knorrhütte	—	—	140	—
Ehrwald	30	—	70	—
Rotwand	—	—	70	—
Bodenschneid — Obere Fürstalm	—	—	60	—
Sudelfeld	—	—	60	—
Reit i. W.	30	—	100	—
Berchtesgaden — Wimbachtal	40	—	—	—
Kitzbühel	20	—	50	—
Nafinghütte i. Weertal	—	—	120	—

Winterfahrt Garmisch-Partenkirchen 1930

7. bis 9. Februar.

Die siebente Wiederholung der klassischen Winterfahrt Garmisch-Partenkirchen, die, in den letzten Jahren vom Bayerischen Automobil-Club veranstaltet, jeweils in glanzvollster Weise die deutsche Motorsport-Saison eröffnete, wird in den Tagen des 7. bis 9. Februar 1930 gemeinsam unter gleichen Rechten vom Bayerischen Automobil-Club und Allgemeinen Deutschen Automobil-Club durchgeführt; die offizielle Ausschreibung der beiden Klubs erscheint in den ersten Januartagen.

Das Programm der 7. Winterfahrt ist wesentlich erweitert und verzeichnet in erster Linie zwei Zielfahrten: eine 72stündige (dreitägige) und eine 36stündige Zielfahrt, beide für Kraftwagen und Krafträder. Der Abfahrtsort ist den Bewerbern freigestellt; gewertet wird die zurückgelegte weiteste Entfernung, nach der Luftlinie gemessen. Ankunftszeit in Garmisch-Partenkirchen Freitag, 7. Februar, nachmittags 13—17 Uhr. Dem Besten jeder einzelnen Zielfahrt winkt der Ehrenpokal der Stadt München bzw. der Gemeinden Garmisch und Partenkirchen.

Am 8. Februar folgt das Bergrennen auf der winterlichen Eibsee-Straße (Badersee 766 Meter — Eibsee 980 Meter), Strecke 2800 Meter mit 12—17,5 Prozent Steigung, für Kraftwagen und Krafträder, eine Veranstaltung, die alljährlich Tausende von Zuschauern anzog.

Die Hauptveranstaltung bilden auch diesmal wieder die Rennen auf dem Eis des Eibsees, die am Sonntag, 9. Februar, ab vormittags 10.30 Uhr, vor sich gehen. Am Tag zuvor schon wird der Eibsee dem Training freigegeben sein und nach dem Bergrennen im Mittelpunkt des Interesses stehen. Vor dem Rennen am Sonntag werden Flieger über dem von der Zugspitze überragten See Kunstflüge vorführen; an das Rennen selbst schließt sich wieder ein Vergleichsrennen zwischen Motorfahrzeug und Flugzeug an. Aufstiege von kleinen Stoff-Gasballons zum Preisbewerb des Ballonsuchens ist ebenfalls wieder vorgesehen.

Von größter Wichtigkeit ist, daß die Bergbahn zur Zugspitze bereits bis zur Station Eibsee in Betrieb genommen ist, so daß die An- und Abfahrt zum Eibsee bei der nächsten Winterfahrt weit günstiger sich gestaltet.

Eislauf-Lehrkurs des Bayer. Eissport-Verbandes

Der von der Bayerischen Landesturnanstalt dem Bayerischen Eissport-Verband übertragene Eislauf-Lehrkurs, der auch dieses Jahr in Füssen abgehalten wurde, bedeutet wieder einen vollen Erfolg. Über 40 Teilnehmer hatten sich zu dem Kurs gemeldet.

Als es allerdings am ersten Weihnachtsfeiertage in München taute, als im Radio Füssen das Eishockey-Wettspiel absagte, da sank allerdings die Hoffnung auf das Zustandekommen des Kurses ganz bedeutend. Trotz des ungünstigen Wetters fanden sich aber die Kursteilnehmer am 26. Dezember 1929 morgens fast vollständig an der Bahn ein, und was fehlte, kam am nächsten Tage nach.

Die Erwartungen wurden nicht getäuscht. Dank der vortrefflichen Pflege des Eises durch den Füssener Eislaufverein war es möglich, mit Ausnahme eines einzigen Tages, zu laufen, und zwar meistens bei ganz hervorragendem Eis.

Die Lehrer, welche in dankenswerter Weise der Münchener Eislauf-Verein abgestellt hatte, insbesondere die Herren Schober, Steinschaden und Widmann gingen in ihrer Aufopferung fast über die Grenze des Möglichen hinaus. Es wurde täglich vormittags und nachmittags und wenn es nachmittags nicht möglich, abends bei elektrischer Beleuchtung geübt und im Laufe des Kurses ganz erhebliche Fortschritte erzielt.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Der Kurs war für die Veranstalter und für die Schüler in gleichem Maße eine Befriedigung und ein Erfolg. Der Bayerische Eissport-Verband ist entschlossen, da sich in keinem Orte Bayerns ähnliche günstige Verhältnisse zeigen, nunmehr ständig den Kurs in Füssen abzuhalten. Im nächsten Jahre soll ein allgemeiner Kurs für Schüler aus ganz Bayern mitveranstaltet werden.

Faustkampfabend im Mathäserbräu

Die Faustkampfriegen Jahn und Boxklub 27 versuchten es diesesmal mit einem Mittwoch, statt des üblichen Freitag, wählten auch ein anderes Kampflokal, hatten aber trotzdem einen ganz netten Erfolg zu verzeichnen. Der B.A.B.V. hat sich in München ein Stammpublikum gesichert, das zu jeder Veranstaltung kommt, wenn auch nicht die „Kanonen" auf dem Programm stehen und das ist in vollstem Maße anerkennenswert.

Sport und Urteile waren auf voller Höhe und konnte der Abend in jeder Weise befriedigen. Im Welter- und Mittelgewicht wurden die technisch besten Leistungen erzielt, wobei sich insbesondere die beiden Münchener Huber und Rieder sehr verbessert zeigten.

Ergebnisse:

Leicht: Röchel, BC. 27, schlug Rehm, Jahn, nach Punkten.

Fliegen: Der technisch bessere und im Schlag schnellere Hornberger, Augsburg, holte sich die Punkte gegen den offen kämpfenden Keil, BC. 27, sicher.

Bantam: Schubert, Augsburg, hatte die erste Runde gegen den auf „Warten" kämpfenden Hafstetter, Jahn, noch für sich, doch dann fightete sich der Jahnler langsam in Front und sicherte sich nach flottem erbitterten Kampf die Siegerpunkte.

Feder: Höchtl, BC. 27, setzte sich mit seinem ungestümen Angriffsgeist leicht in Front, doch konnte der Augsburger Fischer am Ende der Schlußrunde soweit durch, daß es noch zu einem Unentschieden reichte.

Leicht: Heckenstaller, Augsburg, hatte ursprünglich Respekt vor der harten Rechten von Braun, BC. 27, fightete dann von Runde zwei ab entschlossen und legte den Münchener mit einem Rechten für die Zeit auf die Bretter.

Welter: Huber, Jahn, machte gegen Pradl, Augsburg, eine sehr gute Figur. Ging keinem Schlagwechsel aus dem Weg und mischt tapfer mit. Die größere Reichweite und Ringerfahrung des Augsburgers setzte sich schließlich immer besser durch und konnte Pradl nach sauberem Kampf einstimmiger Punktsieger werden.

Mittel: Heichlinger, Augsburg, und Rieder, Armin, lieferte ein sehr hübsches Gefecht, bei dem sich das überlegtere Boxen des Augsburgers knapp durchsetzte. R. ist auf Distanz zu ungenau und offen, verriet aber große Formverbesserung. Sieger: Heichlinger.

Halb-Schwer: Söllner, Augsburg, holte sich in einem sehr harten aber technisch wenig hochstehenden Kampf die Punkte gegen den teilweise angenockten Hafner, Jahn.

Schwer: Dirr, Augsburg, ließ Stocker, Jahn, in der ersten Runde austoben, setzte dann einige Herzhaken hinein und siegte in der zweiten Runde durch denselben Schlag k. o. E. S.

Weihnachtsfeiern in München

Deutscher Sportverein München

5. Stiftungsfest und Weihnachtsfeier.

st. Die diesjährige Weihnachtsfeier des bekannten Deutschen Sportvereins München, deren Abteilungen auf allen möglichen Gebieten Träger ehrenvoller Meisterschaften sind, gestaltete sich im vollbesetzten Festsaale des Hotels Union in Verbindung mit dem 5. Stiftungsfest zu einer eindrucksvollen Doppelfeier, der auch der Protektor des Vereins, Prinz Alfons, beiwohnte. Die reichen, künstlerischen, sportlichen und humoristischen Darbietungen waren von Namen getragen, wie dem Tenor vom Gärtnertheater Herrn Kunig, dem beliebten Plauderer und Vortragsmeister Gondrell vom Annast, dem Kunstpfeifer und Virtuosen Peppi Gauser. Die fleißige sportliche Arbeit des Vereins spiegelte sich in den schönen Sportbildern unter Leitung des Hauptsportwartes Hanns Seitz (Leichtathletik), und von Ernst Herrgott (Faltbootriege), sowie in den Vorführungen der Frauen-Leichtathletik-Abteilung unter Leitung von Fritz Freyland. Das Kammerorchester „Phöbus", das Herr Georg Reis dirigierte, umrahmte den genußreichen Abend mit einem klassischen Konzert.

Die Festrede

hielt Dr. Karl Ritter von Halt, und gedachte der Erfolge des vorigen Jahres, besonders des Ulmer Ergebnisses der Fußballmannschaft, die einen eindrucksvollen Sieg nach Hause brachte. Auf der Aschenbahn glänzte die Leichtathletik-Abteilung mit erfreulichen Ergebnissen. Große Erfolge waren den Schneeschuhläufern, der Tennisabteilung und der jungen Faltbootabteilung beschieden.

Der Redner betonte, daß im D.S.V. das Prinzip, die Pflege der Leibesübungen in die breite Masse zu tragen, unter Ablehnung des „Kanonen"-Kult, besonders hochgehalten werde. Wir müssen dafür sorgen, nicht eine neue Heereskraft aufzubauen (doch, auch dafür müssen wir sorgen! D. V.), sondern die sportliche Ausbildung, die unser ehemaliges deutsches Heer pflegte, zu übernehmen und weiterzupflegen und dadurch unsere Mitglieder zu kräftigen, gesunden Frauen und Männern zu erziehen. Man mag der Auffassung sein, daß es vielleicht nicht richtig ist, heute in Frankreich, England oder anderen ehemaligen Feindländern als Deutsche sportlich aufzutreten. Man müsse aber zugestehen, daß gerade dieses Auftreten deutscher Sportleute im Ausland viel mehr als alles andere dazu beitrage, die deutsche Gesinnung hochzuhalten. So zählten unsere Wettkämpfe gegen Franzosen in Paris mit zu den eindrucksvollsten vaterländischen Erlebnissen, die wir Sportleute jemals gehabt haben. Unsere

Fußballmannschaft

hat alle ihre Spiele ungeschlagen beendet. Ebenso der Tennisklub, der heute Weltgeltung errungen habe. In den jüngsten Tagen hat unsere Hockey-Mannschaft in Barcelona hervorragende Siege an ihre Fahne heften und damit das Ergebnis von Amsterdam korrigieren können.

Der Redner beklagte schließlich die innere Zersplitterung zwischen Turnern und Sportleuten: Jene wollen die Austragung deutscher Meisterschaften gemeinsam, wir wollen die Aufgabe der sogenannten „reinlichen Scheidung" und an ihrer Stelle zu einer reinlichen Verbindung gelangen. Im Januar sollen mit den Führern der Turnerschaft neue Einigungsverhandlungen stattfinden. Möge bei allen Kämpfen und Verhandlungen die große deutsche Linie, der Dienst am Volke und Deutschland über alles stehen.

An die gehaltvolle Festrede schloß sich der gemeinsame Gesang des Deutschlandliedes.

Handel

Münchener Schlachtviehmarkt

München, 8. Januar.

Lebendviehmarkt: Gesamtmarktauftrieb: 594 Ochsen, 678 Bullen, 838 Kühe, 244 Jungrinder, 1716 Kälber und 1943 Schweine. Fleischmarkt: (geschlachtete Tiere). Gesamtmarktbestand: 361 Stück Großvieh, 564 Kälber, 420 Schweine, 231 Schafe, 10 Ziegen, 9 Ferkel und 3 Lämmer. — Schlachtviehpreise für ein halbes Kilo in R.Pf.: Lebendviehmarkt: Ochsen: vollfleischige, ausgemästet, höchsten Schlachtwertes 54—57, sonstige vollfleischige 49—53, fleischige 40—48, Bullen 49—53, 45—48, 42—44, Kühe: 42—45, 34—41, 30—33, gering genährte 20—29, Kalbinnen: vollfleischige 50—56, sonstige 40—49, Kälber lebend: beste Mast- und Saugkälber 84—88, mittlere 77—83, gering genährte Kälber 64—76. — Schweine: über 240 Pfund Lebendgewicht 80—84, bis 240 Pfund 81—86, Sauen 62—68, Schafe nicht notiert.

Fleischmarkt: Großvieh geschlachtet in Vierteln: Frischfleisch bester Beschaffenheit 95 bis 105, mittlerer 76—95, geringerer 60—75, Gefrierfleisch Vorderviertel 56, Hinterviertel 66, Kälber 78—96. — Schweine: über 180 Pfund Schlachtgewicht 96—106, bis 180 Pfund 106 bis 117, Schafe: beste Mastlämmer und jüngere Masthammel 80—85, sonstige 60—78.

Marktverlauf: Großvieh sehr schleppend, Auftrieb 2354, Rest 600. Kälber mäßig belebt, Schweine lebhaft, Schafe mäßig belebt.

Münchner Produktenbörse

München, 8. Januar.

Ab südbayerischen Verladestationen wurden nachstehende Großhandelseinkaufspreise je nach Frachtlage der Abgangsstation je Zentner waggonweise in Reichsmark festgesetzt, die sich für handelsübliche Ware mittlerer Art und Güte verstehen und sämtliche Handelsunkosten samt Umsatzsteuer, welche vom Ankauf beim Landwirt bis zur Verladung im Eisenbahnwagen entstehen, einschließen:

Roggen 8.60—8.80 flau, Weizen 12.— bis 12.50 ruhig, Braugerste 8.90—9.80 ruhig, ausgewählte Braugerste über Notiz, Hafer 7.20 bis 7.40 ruhig, Weizenkleie mit Sack 4.40 bis 4.60 abgeschwächt, Grobkleie über Notiz, Roggenkleie mit Sack 4.10—4.40 abgeschwächt. Weizenmehl Spezial 0 40.00—42.75, Roggenmehl 00 27.90—29.65 schwächer. — Rauhfutter und Kartoffeln nicht notiert.

Konkurse in Bayern

Eröffnet: Wilhelm Schüll, verst. Steinbruchverwalter in Richardsreut, KV. Kaufmann Krauß, Waldkirchen, AF. 1. März, PT. 21. März. — Babette Lohr, Kolonialwarengeschäftsinhaberin, Schwandorf, KV. Rechtsanwalt Wittmann, Schwandorf, AF. 3. Februar, PT. 8. Februar. — Fa. Leopold Kaldor, Tuchspezialgeschäft in Fürth, KV. Rechtsanwalt Dr. Escher, Fürth, AF. 4. Februar, PT. 26. Februar. — Michael Heller, Friseur in Bayreuth, KV. Rechtsanwalt Schäffler, Bayreuth, AF. 20. Januar, PT. 29. Januar. — Michael Mall, Schlosser in Memmenhausen, KV. Rechtsanwalt Singer, Krumbach, AF. 8. März, PT. 29. März. — Fa. F. M. Schmitt Söhne, Malzfabrik, Nähr- und Futtermittelwerke in Frankenthal, KV. Rechtsanwalt Koch, Frankenthal, AF. 25. Januar, PT. 8. Februar.

Aufgehoben: Hans Pauck, Inhaber einer Kistenfabrik in Rosenheim (mangels Masse.) — Karl Schlicht, Kaufmann, Rosenheim (Schlußtermin.) — Nachlaß des verstorbenen Franz Wulkow, Apotheker in Wallhalben (Bestätigung des Zwangsvergleichs.) — Hermann Medelein, Kaufmann in Eichenbühl (mangels Masse.)

Theater-Anzeiger

Donnerstag, 9. Januar:

Nationaltheater. „Fra Diavolo". Anfang 7.30 Uhr.

Residenz-Theater. „Was ihr wollt". Anfang 8 Uhr.

Münchener Schauspielhaus. „Grand-Hotel". Anfang 8 Uhr.

Theater am Gärtnerplatz. „Die Herzogin von Chikago". Anfang 8 Uhr.

Münchener Volkstheater. „Hulla di Bulla". Anfang 8 Uhr.

Freitag, 10. Januar:

Nationaltheater. „Aida". Anfang 7 Uhr.

Residenz-Theater. „Der Raub der Sabinerinnen". Anfang 8 Uhr.

Prinz-Regenten-Theater. Zum ersten Male: „Oedipus". Anfang 7.30 Uhr.

Münchener Schauspielhaus. „Flieg, roter Adler von Tirol". Anfang 8 Uhr.

Theater am Gärtnerplatz. „Die Herzogin von Chikago". Anfang 8 Uhr.

Münchener Volkstheater. „Hulla di Bulla". Anfang 8 Uhr.

Stadt-Theater Augsburg.

Donnerstag, 9. Januar:

16. Vorstellung in Platzmiete B. Erstaufführung: „Sanatorium G. u. G." Anfang 7.30 Uhr.

Freitag, 10. Januar:

Vorstellung für die Volksbühne: „Der Zigeunerbaron". Anfang 7.30 Uhr.

Theater in Nürnberg

Donnerstag, 9. Januar.

Altes Stadttheater am Lorenzerplatz: „Jedermann". Anfang 8 Uhr.

Neues Stadttheater am Ring: „Aida". Anfang 8 Uhr.

Freitag, 10. Januar.

Altes Stadt-Theater am Lorenzerplatz: Geschlossene Vorstellung.

Neues Stadt-Theater am Ring: Geschlossene Vorstellung.

Landestheater Koburg.

Freitag, 10. Januar:

Freitags-Dauerkarte, Vorstellung 22. Zum ersten Male: „Susa, das Kind". Anfang 7.15 U.

Stadttheater Würzburg.

Freitag, 10. Januar:

Festvorstellung zu unserem Studentenheims. Ermäßigte Gast[illegible] Erstaufführung: „Die heilige Johanna". Anfang 8 Uhr.

Film des Tages

Gloria-Palast, Stiglmaierplatz, und **Schauburg,** Elisabethplatz „Pat und Patachon als Kannibalen".

Fern-Andra-Lichtspiele, Nymphenburgerstr. 136. „Wildschütz Jennerwein" mit Hans Beck-Gaden, Grit Haid. „Zirkus-Babys".

Regina-Lichtspiele, Kaufingerstr. 23. „Wildschütz Jennerwein" mit Hans Beck-Gaden, Grit Haid.

Scala-Lichtspiele, Türkenstr. 27. „Ein Millionenangebot" mit Dolores Costello. — „Ossi hat die Hosen an" mit Ossi Oswalda, Fritz Kampers.

Karlsplatz-Theater, Am Stachus. „4 Teufel". „Moderne Mütter".

Viktoria-Theater, Lindwurmstr. 25. „Schützet Eure Töchter", „Schwester Maria" mit Werner Pittschau, Iris Arlan.

Filmburg, Fellitzschstraße 7. „Wildschütz Jennerwein" mit Hans Beck-Gaden, Grit Haid.

Rathaus-Lichtspiele, Weinstr. 8. „Die weiße Hölle von Piz-Palü" mit Gustav Diessl, Leni Riefenstahl, Ernst Petersen, Ernst Udet.

Phoebus-Palast, Sonnenstr. „Die Nacht gehört uns" mit Charlotte Ander.

Sendlingertor-Lichtspiele, Sendlingertorplatz. Der erste Ufa-Ton- und Sprechfilm: „Melodie des Herzens" mit Dita Parlo, Willy Fritsch.

Kamera-Kino, Geibelstr. 6. „Die letzte Warnung" mit Laura la Plante. „Der seltsame Fall eines Arztes" mit Conrad Veidt.

Museum-Lichtspiele gegenüber Volksbad. „Manolescu" mit Iwan Mosjukin, Brigitte Helm. „Rund um die Kaktusfarm".

Schloß-Theater, Am Rotkreuzplatz. „Atlantic".

Imperial-Theater, Schützenstr. 1a. „Atlantic" mit Franz Lederer, Theodor Loos.

Carl Gabriels Lichtspiele, Dachauer Straße 16. „Das Wochenendbräutchen" mit Harrison Ford, Marie Prevost.

Hans-Sachs-Pavillon, Hans-Sachsstr. 20. „Vater und Sohn" mit Harry Liedtke. „Sensation im Wintergarten" mit Paul Richter, Claire Rommer.

Oli-Lichtspiele, Orleansplatz 2. „Wildschütz Jennerwein" mit Hanns Beck-Gaden, Grit Haid, Walter Grüters.

Berg-Palast, Wirtstr. 11. „Links der Isar — rechts der Spree" mit Weiß Ferdl.

Tivoli, Kaufingerstraße 14. „Zigeuner-Rache" mit Dolores del Rio. — „Der falsche Sheriff" mit Big Boy Williams.

Kammerlichtspiele, Kaufingerstraße 28. „Die Edele Herrenpartie" mit Maria Paudler, Lydia Potechina, Fritz Kampers, Walter Rilla, Herm. Picha.

Bahnhof-Lichtspiele, Schillerstr. 4. „Vogelfrei" mit Tom Mix. — „So küßt nur eine Wienerin" mit Werner Fuetterer, Evi Eva, Erna Morena.

Capitol, Türkenstraße 89. „Der Schwur des Harry Adams". — „Was eine Frau im Frühling träumt" mit Colette Brettl, Curt Vespermann.

Wittelsbacher-Lichtspiele, Wittelsbacherplatz 3. „Die Sünde einer schönen Frau" mit Marcella Albani, Walter Rilla. — „Die Stunde der Entscheidung" mit Norma Talmadge, Gilbert Roland.

Harras-Lichtspiele, Plinganserstr. 42. „Wildschütz Jennerwein" mit Hans Beck-Gaden, Grit Haid, Walter Grüters.

Franziskaner-Lichtspiele, Ecke Rablstr. „Wildschütz Jennerwein" mit Hans Beck-Gaden, Grit Haid, Walter Grüters.

Leopold-Lichtspiele, Leopoldstr. 80. „Frau im Mond" mit Gerda Maurus, Willy Fritsch.

Marmorhaus, Leopoldstraße 35. „Buster, der Student."

Merkur-Lichtspiele, Gollierstr. 24. „Wildschütz Jennerwein" mit Hans Beck-Gaden, Grit Haid. „Rin-Tin-Tin unter Verbrechern."

Rumford-Lichtspiele, Rumfordstr. 10. „Submarine" mit Jack Holt. — „Der Sheriff von Arizona" mit Hoot Gibson.

Emelka-Theater, Augustenstraße 89. „Bruder Bernhard" mit Walter Grüters, Vera Schmiterlöw.

Luna-Palast, Dachauerstr. 46. „Vogelfrei" mit Tom Mix. — „Achtung! Doppelgänger" mit Richard Talmadge.

Rundfunk

Freitag, den 10. Januar 1930.

6.45 Uhr: Morgengymnastik I.
7.30 Uhr: Morgengymnastik II.
11.05 Uhr: Pressemeldungen. — Zeitangabe. Wetterbericht.
11.20 Uhr: Konzert für Versuche und für die Industrie „Deutsche Grammophon — Die Stimme seines Herrn"-Platten.
12 Uhr: Übertragung der Funkbildwetterkarte der Bayer. Landeswetterwarte.
12.30 Uhr: Mittagskonzert (Kalliope-Platten).
1.55 Uhr: Zeitzeichen.
2 Uhr: Zeitangabe. Wetterbericht. Pressemeldungen. Werbenachrichten. Börsennachrichten.
2.15 Uhr: Programmdurchsage: Das Programm von heute.
2.45 Uhr: Stunde der Frau.
3.45 Uhr: Zeitangabe. Wetterbericht. Neueste landwirtschaftl. Meldungen.
4 Uhr: Weltliteratur. Professor Dr. Robert Faesi. Deutsches Schrifttum in der Schweiz.
4.30—5.15 Uhr: Konzert der Kapelle Ludwig Duval. (Übertragung aus dem Café Maximilian, München.)
5.15 Uhr: Klaviertrio in B-Dur von L. van Beethoven, op. 97.
5.55 Uhr: Zeitangabe. Wetterbericht. Neueste landwirtschaftl. Meldungen.
6.15 Uhr: Erziehungsfunk. Kinderfreundschaften. Vortrag von Lehrer K. Seelmann.
6.45 Uhr: Aktuelle Steuerfragen. Berichterstatter Dr. Joseph Dürheim.
7 Uhr: Hörbericht: Wissenschaft. Gesprochen von Dr. Fritz Gerathewohl.
7.30 Uhr: Unterhaltungsstunde Konfetti.
9 Uhr: Der Autor liest: Robert Faesi.
9.35 Uhr: Konzertstunde Anna Spedner (Cembalo).
10.05 Uhr: Sportwochenschau. Berichterstatter Hans Pregäußer.
10.20 Uhr: Abendmeldungen. — Schneebericht.

Beerdigungen

Am 10. Januar 1930.

Ostfriedhof: Jörg Hermann, Kaufmann, 32 Jahre, 2.30 Uhr; Egginger Rosa, Oberpostschaffnersgattin, 61 J., 2.15 Uhr; Bauer Maria, Spenglerswitwe, 66 J., 3.30 Uhr; Hartstern Johann, Kanzleirat, 75 J., 3 Uhr; Feichtmeier Jakob, ehem. Metzger, 78 J., 2 Uhr; Zeitler Anna, Buchhalterskind, 3 M., 3.15 Uhr; Murr Maria, Monteurswitwe, 47 J., 2.45 Uhr; Fischel Hermann, Reichsfinanzrat, 63 J., 11 U., Feuerbestattung; Widmann Georg, Partieführer a. D., 74 J., 10.30 Uhr, Feuerbestattung; Beugler Gg., Reichsbahninspektor, 69 J., 10 Uhr, Feuerbest.; Stuhlreiter Bernhard, Spielwarenhändler, 44 J., 9.30 Uhr, Feuerbestattung; Stümpfl Maria, Kraftwagenführerswitwe, 58 J., 11.30 Uhr, Feuerbestattung.

Westfriedhof: Münster Helene, Hilfsarbeitersgattin, 74 J., 2 Uhr; Rübsam Georg, Ministerialoffiziant a. D., 68 J., 3 Uhr; Buchhardt Therese, Ingenieursgattin, 25 J., 2.30 Uhr; Langwieder Johann, Maler, 19 J., 3.30 Uhr.

Südlicher Friedhof: Kreutzer Anna, Oberlehrerswitwe, 66 J., kommt nach Uffing.

Nordfriedhof: Reiter Ottilie, Ökonomenswe., 79 J., 1.30 Uhr; Forstner Elisabeth, Schuhmachermeisterswitwe, 68 J., 2 Uhr; Schmid Sebastian, Bürodiener, 63 J., 2.30 Uhr.

Waldfriedhof: Dr. Hermann Friedrich, Obermedizinalrat u. Landger.-Arzt, 69 J., 3 Uhr; Wolf Franz, Hilfsarbeiter, 58 J., 2 Uhr.

Eier, Butter, Schmalz, Fette, empfiehlt Bab. Koller, Viktualienmarkt, Stand 70, gegenüber dem Café Neumann. Telephon 22 6 28.

Klavier-Unterricht erteilt an Anfänger und Fortgeschrittene. Margarete Beriog, München-Neuhausen, Gudrunstraße 3/III. (Auf Wunsch Unterricht im Haus des Schülers.) Begleitung für Violine und Gesang

Fahrräder Göricke Opel Diamant sowie viele andere Marken äußerst günstige Preise. Teilzahlung. Bei Barzahlung gewähren wir hohen Rabatt. M. Dichtl & Söhne, Schleißheimerstraße 20

DER KAMPF UM DEUTSCHES RECHT

Nummer 1 / 1. Jahrgang | Beilage zum „Völkischen Beobachter“ | 10. Januar 1930

Grundlegung der lebensgesetzlichen Rechtslehre

Wir fordern das Recht der blutmäßig gebundenen völkisch-sozialen Gemeinschaft

Von Regierungsassessor Dr. Helmut Nicolai.

„Vertrauenskrise der Justiz“; „Rechtsnot“; „Klassenjustiz“; „mangelndes Rechtsbewußtsein“. Immer wieder ertönen Klagen dieser Art, nicht nur in der billigen Agitation des Tages, sondern auch von ernster, wissenschaftlicher Seite, von der politischen Linken und von der Rechten. Dann wird wieder geklagt über die „Auswüchse des parlamentarischen Systems“, über „Gesetzesmacherei“, die „Kompromißprodukte“ der „Gesetzgebungsmaschine“, und wiederum verlangt man „Demokratisierung der Verwaltung“, „Republikanisierung der Justiz“, man beklagt die „Politisierung“ der Staatsämter auf der einen und fordert sie auf der anderen Seite. Und alles dies dreht sich um die eine Frage: wie gewinnt man Einfluß auf das Recht und die Rechtsanwendung in der Verwaltung und den Gerichten.

Unsere Rechtswissenschaft, mehr auf die technische Meisterung des gegebenen Rechtsstoffes gerichtet als auf kulturell-geistige Durcharbeitung der gesamten hinter ihnen stehenden Probleme, wird mit den Dingen nicht mehr fertig. Auf alle Fragen, die der um ein Recht irgendwie besorgte Deutsche voll innerlicher Bewegung zu stellen hat, antwortet sie mit der um die Mitte des vorigen Jahrhunderts scheinbar endgültig gefundenen These: **Alles Recht geht vom Staate aus**; was in den Gesetzen steht, ist Recht. Der Staat gibt das Recht kraft seiner Macht. Wer die Macht hat, hat das Recht und damit Punkt.

Und dieselben Gelehrten erklären eine Staatsverfassung als Recht, als Staatsrecht und den Staat als ein Rechtsgebilde. Das Völkerrecht wird als außer- und überstaatliches Recht hingestellt, die Völkerbundssatzung als Rechtsgrundlage rechtsverbindlicher Art für die Staaten untereinander.

Ja, kann denn aber der Staat als ein Rechtsgebilde **sich selbst schaffen**, wie Münchhausen sich selbst am Zopfe aus dem Sumpf ziehen?

Kann sich ein **Völkerrecht** bilden über und außer den Staaten, die selbst Quelle alles Rechtes sind? Bildet sich nicht auch nach herrschender Lehre ein Gewohnheitsrecht ohne Hilfe des Staates, neben, ja gegen das von ihm gesetzte Recht?

Das sind offenbare **Widersprüche** logischer Art; und die Erfahrung steht nicht in Einklang mit den Tatsachen. Es ist keine Frage:

unsere herrschende Rechtslehre ist irgendwie falsch.

Es ist auch schon rein der Entstehung, der geschichtlichen Herkunft dieser Rechtslehre nach wahrscheinlich, daß sie falsch ist. Der Rechtspositivismus, der nur das als Recht ansieht, was irgendwie tatsächlich greifbar ist, erscheint in historischer Betrachtung als ein juristisches Korrelat des Materialismus. Das zeigt sich schon in der Art und Weise, wie diese Lehre sich mit der Revolution abfand. Aus dem offenbaren Rechtsbruch des Umsturzes entstand da plötzlich irgendwie Recht. Wodurch? Durch die allgemeine Anerkennung des durch die Macht geschaffenen neuen Zustandes. **Was gestern Unrecht war, ist heute Recht**, und der Hochverräter von gestern nach dem Erfolg des Rechtsbruchs der Staatslenker von heute.

Nach herrschender Rechtslehre ist das selbstverständlich. **Sittlich** ist dies freilich ebenso bedenklich. Es führt zu Machtanbetung und Erfolgvergötterung. Die Beziehungen zum Materialismus sind offenkundig. Das Recht, der Rechtsgedanke hört damit auf, eine ideale Macht im Leben unseres Volkes zu sein.

Das paßt sehr schlecht zu irgendwelchen eigentümlichen Vorstellungen im Rechtsbewußtsein unseres deutschen Volkes. Hieß es doch im alten deutschen Recht: „Recht muß doch Recht bleiben“; „hundert Jahre Unrecht machen nicht einen Tag Recht“. Sollte nicht doch der Umsturz ein Unrecht sein, der das alte Recht nicht beseitigte?

Ist der **Richter nur ein Techniker** zur Auslegung von Gesetzestexten, die durch irgendwelche zufälligen Abstimmungsergebnisse in einem Parlament verbindliche Regelungen wurden, oder hat er nicht vielmehr eine erzieherische, eine **ethische Aufgabe** zu erfüllen, ist sein Spruch nicht der Ausdruck eines sittlichen Willens von ewiger Bedeutung?

Ist wirklich das Recht nur das Produkt der Macht, nach der jeder greifen kann? Oder wenn man ihrer nicht allein habhaft zu werden vermag, die man wenigstens teilweise in seinen Besitz zu bringen bestrebt sein muß, um im parlamentarischen Kuhhandel einen Teil des gewünschten Rechts zu erzwingen? Kann man, um eine bestimmte Rechtsanwendung zu erzielen, nicht einen Teil der Richterstellen mit Anhängern der eigenen Richtung besetzen?

Es ist keine Frage: die „Rechtsnot“ unserer Zeit kommt davon, daß man die hehre Göttin Justitia ihrer Binde entkleidete und sie sehend gemacht hat;

die Gerechtigkeit ist irgendwie käuflich und beeinflußbar geworden.

Sie bietet sich dem, der die Macht hat, sie zu beherrschen.

Der Garant dieses Zustandes ist der **Liberalismus**. Sein Kennzeichen ist die Neutralität gegenüber jeder Weltanschauung, jeder Idee, jedem subjektiven Wunsch. Sein Lebenszweck ist der Kompromiß auf jeden Fall, sein Götze das Begehren des einzelnen, seine staatsrechtliche Form der demokratische Staatsgedanke, seine Rechtslehre die Machtanbetung an sich und die Verherrlichung des Geschriebenen, der „Verfassung“, der „Gesetze“ und wenn sie sich änderten von Tag zu Tag.

Diese Lehre ist undeutsch im tiefsten Kerne.

Von höchster philosophischer und ungeheuerer sittlicher Bedeutung ist demgegenüber der alte deutsche und weiter zurück der germanische und **altnordische Rechtsidealismus**. Das „Recht“ war nach dieser Anschauung etwas Ewiges, über den Sternen Stehendes, eine Idee. „Ehe“, das Ewige hieß es, lag (law), das ein für allemal Feststehende; „Stetigkeit“ wurde es noch im späten Mittelalter genannt; „Gott ist selber Recht“, sagte der Sachsenspiegel. Deshalb war das willkürliche Gesetzesmachen dem germanischen Empfinden fremd.

Das Recht war vielmehr Gewohnheitsrecht, es war der „Brauch“, den die Altvorderen übten, „wie es von alters auch gewesen“ eine „uralt Gewohnheit“, und wie die Ausdrücke hießen. Die Erfahrenen wußten es, sie „wiesen“ es in „Weistümern“, sie schöpften es als „Schöffen“ aus dem angeborenen Wissen der Weisen, die es ablasen von den ewigen Sternen und es heraushörten aus dem moralischen Gesetz in ihrer Brust.

Ein solches Recht war freilich dem Zugriff menschlicher Willkür entzogen, trotzte der Macht als ethische Größe. Deshalb auch konnten Fürsten und Könige dem Urteilsspruch der Volksgerichte unterworfen werden, alle irdische Macht hatte sich dem Richterstuhl des Rechts zu beugen. Und dies Recht, geboren aus dem Volksgeiste, war einig mit dem Empfinden des Volkes, dem dies Recht angeboren war.

Man beachte, wie die Naturrechtslehren und die historische Rechtsschule (trotz Savignys Romanistik) doch einigermaßen noch mit dieser Auffassung in Einklang standen; wie diese alten Vorstellungen der Lehre von den „Menschenrechten“ verwandt sind, wie jede konservative Denkungsweise an sie anknüpft, wie sie auch heute noch nachwirken im Bewußtsein unseres Volkes. Erst die positive, liberale, materialistische Machtlehre der herrschenden Schule hat den Bruch vollzogen mit diesem uralten Kulturgut unseres Volkes und unserer Rasse.

In voller Erkenntnis der logischen Unhaltbarkeit, der sittlichen Minderwertigkeit und praktischen Unzulänglichkeit der herrschenden Lehre des Rechtsmaterialismus setzen wir dieser die Lehre des völkischen Rechtsidealismus gegenüber. Auf die Schulen des Naturrechtes, die historische Rechtsschule, die Schule des Rechtspositivismus wird die Schule der lebensgesetzlichen Rechtslehre folgen.

Diese Lehre entwickeln wir aus den Grundgedanken des deutschen Rechts, wie dies bis zur Rezeption des römisch-byzantinischen Rechts galt. Es ist vielleicht nötig, darauf hinzuweisen, daß es sich hierbei nicht um die falsche Romantik handelt, die einzelne deutsch-rechtliche Sätze wieder zu künstlichem Leben entwickeln möchte. Die Grundgedanken aber können wir ebenso in der geschichtlichen Vergangenheit des Rechtslebens unseres Volkes finden, wie wir sie jetzt logisch entwickeln und philosophisch als wahr und richtig zu erweisen vermögen.

Dies aber ist der Inhalt unserer Lehre:

Das Recht ist nicht das Ergebnis eines Machtspruches. **Das Recht ist vielmehr eine angeborene Eigenschaft der Menschen. Die Rechtsbildung ist eine lebensgesetzliche, biologische Veranlagung. Das Recht ist die natürliche Art und Weise, wie Menschen bestimmter Artung miteinander leben können. Die Rechtsentstehung ist ein biologischer Vorgang. Die Rechtsordnung ist eine Lebensvoraussetzung der Menschen, ohne die sie ebenso wenig zu leben vermögen, wie ohne Wasser und Nahrung, ohne Herz und Hirn.** Um ein Bild zu gebrauchen, ein Gleichnis: Die Bienen bauen ihre Waben, die Ameisen ihre Hügel nach einem inneren Lebensgesetz; ihr Dasein wird durchherrscht und bedingt von einer Ordnung bestimmter Art; und die Fähigkeit, diese Ordnung zu bilden, ohne dies besonders gelernt zu haben, ist eben angeboren.

Aber ist nun das Recht nach dieser Vorstellung nicht etwas höchst ungeistiges, lediglich noch eine Lebensfunktion? Wo bleibt die Heiligkeit des Rechtsgedankens?

Gerade diese wird hier erst begründet.

Wir Lebenden stammen ab von einer Kette unzähliger Vorfahren und haben von diesen die Fähigkeit und Notwendigkeit zur Rechtsbildung ererbt. Diese unsere Ahnen aber haben wieder eine ungezählte Zahl von Vorderen, und schließlich weist diese Reihe hin in das unfaßbare Reich der Unendlichkeit, dorthin, wo erhaben über Zeit und Raum das Göttliche wohnt, das wir nicht fassen können. Dorther aber kam uns das Recht.

Daher kam es aber nicht auf den einzelnen allein. Es kam auf alle, die seine Rechtsgenossen sind. Rechtsgenosse aber ist Blutsgenosse, Blutsgenosse aber ist Volksgenosse. **Das Recht ist nicht nur eine Eigenschaft des einzelnen, sondern der Gesamtheit.** Gleiches Blut zeugt gleiches Recht. Der einzelne ist in der Volksgemeinschaft verwurzelt durch tausendfache Bande des Blutes. Er kann sich nicht forterben, ohne wieder in der Volksgemeinschaft zu zeugen. Der einzelne ist zum Tode verurteilt ohne die Gesamtheit, die seines Lebens Erzeuger und Hüter ist. **Deshalb ist Erzeugerin des Rechts die Volksgemeinschaft**, und der einzelne hat nur teil an dieser wie am Recht. Die gleichen Bande des Blutes, die den einzelnen Rechtsgenossen verbinden mit der unendlichen Vergangenheit, binden ihn auch an die Gemeinschaft der Lebenden. Daher kommt der sittliche Anspruch der unbedingten Verbindlichkeit des Rechts.

Dies Recht ist Voraussetzung des Lebens der Gesamtheit, und nicht nur der lebenden, sondern auch der kommenden Geschlechter. Hätten die Toten nicht das Recht gehabt oder nicht die richtige Ordnung ihres Daseins als Voraussetzung des Lebens — wir wären nie geboren. Daher werden auch kommende deutsche Geschlechter nur sein, wenn wir das Recht zu wahren wissen als eine biologische Grundlage unseres Seins, wenn wir es so gestalten, daß es seiner lebensgesetzlichen Funktion gerecht wird.

Dazu bedarf es aber, daß wir das Recht als eine sittliche Macht begreifen, seinen Ewigkeitswert ermessen.

Wenn nun aber das Recht etwas Ewiges ist, geht es dann an, die Rechtsänderung zu erlauben? Ist dann nicht jeder überkommene Rechtssatz etwas Heiliges, Unantastbares?

Man könnte darauf hinweisen, daß das deutsche Recht an einer Überfülle vererbter Persönlichkeitsrechte krankte, die der Staatsallmacht entgegenstanden und diese unheilvoll schwächten. Savigny wurde vorgeworfen, daß seine Lehre, wonach der „Volksgeist“ und nicht der Staat die Quelle allen Rechtes sei, die Gesetzgebungsbefugnis der Fürsten antaste und die Staatsgewalt brachlege. Um diesen Schwierigkeiten zu entgehen, kam unsere herrschende Rechtslehre ja zu dem unheilvollen Schluß, dem Staate das Monopol zur Rechtsschaffung zu übertragen.

Gerade aber der Auffassung, daß sich alte Gesetze und Rechte als ewige Krankheit forterben sollen, tritt die richtig verstandene lebensgesetzliche Lehre entgegen. Man verstände sie völlig falsch, wollte sie alte, lästige, schädliche Zöpfe im Rechtsleben konservieren. Das wäre so lebensfeindlich, so unbiologisch gedacht, wie nur möglich. Im Rechtsleben, wie im Leben überhaupt, gilt das große Gesetz von dem „Stirb und Werde“. Gerade nach germanischer Anschauung steht dies im Mittelpunkt des Denkens: die Weltuntergangslehre der Edda beweist es. Die Geschichte zeigt ferner, daß das Recht sich fortwährend gewandelt hat, daß Altes verging und Neues kam, daß kein Staat und keine Herrschaft und keine Einrichtung von Dauer war. Wir könnten sonst heute noch den Untergang des römischen Reichs und die Ereignisse von 1866 als Unrecht ansehen.

Vielmehr:

Ist die Rechtsquelle die Gemeinschaft des Volkes, der Rechtsgenossen, das Volk, entsteht aus ihm, aus seiner Lebensgesetzlichkeit, aus der biologischen Gemeinschaft das Recht, so ist auch das Recht dem ewigen Wandel unterworfen; denn nichts, was da ist, ist beständig. Entsprechend dem natürlichen Wachsen und Vergehen des Volkskörpers wird und gestaltet und verändert sich das Recht, den jeweiligen Erfordernissen sich anpassend, den lebensgesetzlichen Notwendigkeiten Rechnung tragend.

(Schluß siehe Rückseite.)

Zum Geleit!

München, 9. Januar.

Die nunmehr voraussichtlich **im Monat zweimal** erscheinende juristische Beilage des „Völkischen Beobachters“ ist gleichzeitig Organ des Nationalsozialistischen Deutschen Juristenbundes und dem Rechte vorbehaltener Teil des größten Kampfblattes der Bewegung. Ihre Aufgabe ist klar: In ihrem Namen schon ist der ausschließlich aktive zukunftsfrohe Kampfcharakter der Unternehmung gefaßt.

Getreu der hehren großen Aufgabe unserer Bewegung, dem deutschen Menschentum in allen Lebenselementen wieder Inhalt und Form zu geben, treten auch wir nationalsozialistische Juristen als Abteilung des Heeres vom Hakenkreuz an zum Dienste an der Einigung und nachfolgenden Neugestaltung eines deutschen Staates.

Das Kennzeichen unseres Sieges ist die **Tat**. Unsere Bewegung scheut die Phrase wie Feuer das Wasser. Kompromißlos erfüllen wir, was das deutsche Volk von uns erwartet und fordert:

Schaffung des endlich wieder deutschen Rechts,

Beseitigung bzw. Bekämpfung eines un- und antideutschen Wirkens an Gerichten und Fakultäten. Hüte sich jeder, der das Heiligtum unseres aus reinen rassischen Quellen fließenden deutschen Rechtsempfindens mißbraucht!

Auf ans Werk!

Ein ganz großer bayerischer Jurist, der Rat am Obersten bayerischen Landesgericht, von der **Pfordten**, starb den Heldentod, dessen jeder Nationalsozialist jederzeit gewärtig sein muß, in unseren nationalsozialistischen Reihen im November 1923. Sein Ideal war das deutsch-völkische Recht. Wir wollen ihn ehren durch die Tat des nicht immer lohnvollen, meist stillen, aber immer opferreichen Wirkens: Der trockene Alltag des Juristen ist für den Nationalsozialisten geweiht durch die Zukunft.

Die **Rechtskrisis** ist Staatskrisis, Kulturkrisis, Rassenkrisis. Dem Nationalsozialismus ist die Lösung bestimmt.

Alle nationalsozialistischen Juristen müssen durch ihr Wirken vor sich und der Gemeinschaft ihrer Mitkämpfer rein bestehen. Sie müssen beruflich wie in ihrem sonstigen Leben herausragen aus der Niederung der Gegenwart.

Zeichen dessen seien die hier zu veröffentlichenden Aufsätze, in denen der **Wille zur Neugestaltung** sich mit erkennbarer Berufung paart. Das geistig Würdigste ist gerade gut genug für den Nationalsozialismus.

Ich bitte im Namen von Verlag und Schriftleitung des „Völk. Beobachters“ um freundliche Unterstützung der Beilage durch geeignete Aufsätze. Tausend Flammen bilden erst ein Feuer!

Liebenswürdigerweise hat mein verehrter Kollege, Herr Rechtsanwalt Dr. W. M. **Reiter**, München, Dachauer Str. 19/I, sich bereit erklärt, die für diese Rechtsbeilage bestimmte Aufsätze in Empfang zu nehmen. An ihn sind daher die weiteren Aufsätze zu schicken.

Heil!

Der Vorsitzende des Bundes N.S.D. Juristen
Dr. **Hans Frank II**, Rechtsanw., München.

Justizkrise

Deutsches Recht muß wieder an die Stelle des fremden Rechtes treten

Von Landgerichtsrat Engert, Amberg.

Wir leben in einer Zeit der Schlagwörter, mit einem einzigen Schlagwort glaubt man, sich über alle Schwierigkeiten einer die öffentliche Meinung beherrschenden Frage hinwegsetzen, glaubt man diese Frage lösen zu können. Ein vielbeliebtes Schlagwort ist „**Justizkrise**“. Es soll damit wohl angedeutet sein, daß die öffentliche Meinung ganz oder teilweise — oder sagen wir —, daß ein mehr oder weniger großer Teil des nachdenkenden Volkes

kein Vertrauen mehr zur Rechtspflege,

d. h. zu den die Rechtspflege ausübenden Behörden, also vorwiegend Richtern und Staatsanwälten, hat.

Nun ist es ja richtig, daß die Angriffe auf die Rechtspflege zunehmen; das ist noch an und für sich kein Beweis, daß die Rechtspflege sich verschlechtert hat; denn Angriffe erfolgen vielfach nicht aus sachlichen, sondern rein parteipolitischen Gründen. Wie nun eine rein parteipolitische oder parteipolitisch gefällte Kritik niemals geeignet sein wird, die Unzuverlässigkeit oder Mangelhaftigkeit irgendeiner menschlichen Einrichtung zu beweisen, so ergibt sich aus einer auf parteipolitischem Boden gewachsenen Kritik natürlich keineswegs noch eine etwa mangelhafte, unzuverlässige oder „ungerechte“ Urteilsfindung oder ungleiche Behandlung derjenigen, die mit den Organen der Justizverwaltung in Berührung kommen.

Die Angriffe dieser Art können daher für die folgende kurze Betrachtung außer acht gelassen werden; sie werten nicht viel. Ungleich schwerer wägen aber die Beanstandungen, bei denen nicht irgendeine parteipolitische Einstellung überwiegt, sondern die auf **sachlichen** Erwägungen aufgebaut sind; denn die Gerechtigkeit war einst nicht nur „fundamentum regnorum“, sondern sie ist auch und wird immer bleiben der Grundstein für den Bestand eines jeden Staates, also auch der deutschen Republik oder des deutschen Staatsverbandes — soweit wir von einem solchen, im Hinblick auf die derzeitigen inneren und äußeren Beschränkungen unserer Souveränität (Versailles! Youngplan!) überhaupt noch reden können.

Je mehr das Vertrauen des Volkes zur Rechtspflege schwindet, desto größer wird die Korruption werden,

und je größer die Korruption, desto mangelhafter — so kann man vielleicht schließen — ist die Rechtspflege in dem Sinne, daß die Erscheinungen der Korruption — zum mindesten teilweise — erst eine Folge der nicht mehr für vertrauenswürdig gehaltenen Rechtspflege sind.

Daß nun diese aus rein sachlichen Gründen erfolgenden Angriffe auf unsere Rechtspflege begründet sind, wird jetzt fast allgemein anerkannt. Sie sind schon um deswillen begründet, weil unser derzeit geltendes Recht „reformbedürftig“ ist; das ist auch die Auffassung des letzten deutschen Richtertages in Köln.

Es ist **dem Volke wesensfremd** gewesen, von jeher, denn es ist zum überwiegenden Teil nicht deutsches, sondern römisches Recht. Das taugt nicht in der Hand eines deutschen Richters, das eignet sich nicht für das deutschblütige Volk. Gebt einem Handwerker ein ungeeignetes Werkzeug, und er wird niemals etwas Brauchbares damit fertigbringen können.

Wir **Nationalsozialisten** fordern deshalb eine Abänderung unseres Rechtes, d. h. die Ausmerzung aller römisch-rechtlichen Bestimmungen, den

Ersatz eines uns fremden Rechtsgedankenkreises durch den deutschen Rechtsgedanken.

Diese Forderung hat sich sogar der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Högner im Bayerischen Landtag (in seinen Ausführungen zum Justizetat) zu eigen gemacht; er erklärte u. a.: „Die Quellen für die soziale Unzulänglichkeit des heutigen deutschen Rechtes liegen in der Einführung des römischen Rechtes in Deutschland; das römische Fürstenrecht siegte über das deutsche Volksrecht.“

Wir hoffen, daß der Abgeordnete Högner diese seine Auffassung aufrecht hält und immer mehr einsieht, daß die heutige **jüdische Rabulistik und Sophistik**, wie sie sich nicht nur in unserer bürgerlichen Rechtspflege, sondern auch im Strafrecht breitgemacht hat, — allerdings unter dem Einfluß eines wesensfremden Rechtes —, mit die **Hauptursache** für die Vertrauenskrise ist. Insoweit diese auf das fremde Recht zurückzuführen ist, soll in späteren Aufsätzen erörtert werden.

Doch nicht nur das Recht, auch mancher deutsche Richter, mancher deutsche Staatsanwalt steht dem Volke fremd gegenüber. Nebenbei bemerkt: Die Vorwürfe gegen Urteile der Gerichte zielen in der Regel auf den Berufsrichter ab, obwohl die Berufsrichter bei der Mehrzahl der Strafgerichte, z. B. gegenüber den Laienbeisitzern, in der Minderzahl sind. Das ist eine Tatsache, die meines Erachtens in der Öffentlichkeit viel zu wenig berücksichtigt wird.

Wenn ich eben sagte: mancher deutsche Richter usw. steht dem Volke fremd gegenüber, so meine ich damit: er zeigt kein Verständnis für die Nöte der Zeit, er hat kein Herz, oder zu wenig davon, oder er läßt den toten Buchstaben der Gesetze siegen über sein persönliches Empfinden.

Wir brauchen heute vor allem Richter, die erfüllt sind von sozialem Geist,

die die Not und das Elend des schaffenden Volkes verstehen und aus dieser Erkenntnis heraus ihr Urteil sich zu bilden suchen, die aber auch anderseits den Mut haben, bei den nun raffenden Schiebern und Blutsaugern entsprechend scharf zu urteilen.

Nicht der ist heute der beste Richter oder Staatsanwalt, der sich im Staatskonkurs eine vielleicht ausgezeichnete Note erschrieben hat, sondern derjenige, der sich mit freiem, offenem Blick umsehen kann, der nicht ängstlich an artfremden oder veralteten Paragraphen klebt, der kein Bürokrat ist, der — kurz gesagt — sozial und **deutsch** denkt und fühlt.

Der Richter soll daher in die Lage versetzt sein, **das Leben des schaffenden Volkes** nach Möglichkeit kennenzulernen, so, wie es sich abspielt „in den Zechen und Gruben“, so, wie es verläuft in den öden Mietskasernen und den traurigen Hütten des Wohnungselendes.

Wenn Ihr, Ihr deutschen Richter, Euch so dem Volke nähert, dann wird das Volk auch wieder zu Euch Vertrauen fassen; und wenn das Volk weiß, daß nicht der Richter, sondern ein fremdes Recht für ein dem gesunden Menschenverstand unbegreifliches Urteil verantwortlich ist, werden wir um so eher zu dem kommen, was wir Nationalsozialisten wollen:

ein deutsches Recht.

Das „Werk von Weimar“

Alles nur Papier – Die Webfehler in der Verfassung

Von Regierungsrat Dr. Fabricius, Berlin.

Die Stellungnahme des Nationalsozialisten zur Weimarer Verfassung kann sich in der Feststellung, daß der Jude Preuß ihr Vater sei, nicht erschöpfen. Preuß und seine Helfer können schwerlich auch nur für einen einzigen der in der Verfassung enthaltenen Gedanken die Vaterschaft beanspruchen; ihre Vaterschaft besteht nur darin, daß sie eine Fülle fremder Gedankenfäden zu einem Webstück eigener Art verwoben haben. Dieses Stück aber weist **Webfehler** auf, die es unmöglich machen, an ihm herumzubessern, aber eines Tages zu seiner natürlichen Auflösung führen müssen.

Wer ein neues, besseres Grundgesetz für das deutsche Volk erstrebt, wird sich klar machen müssen, wo die Webfehler bei der gegenwärtigen Verfassung liegen, zugleich aber auch, welche Gedankenfäden etwa bei der Herstellung eines fehlerfreien Gewebes wieder verwendet werden könnten.

I. Der Satz des Art. 1: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“ könnte auch an der Spitze einer nationalsozialistischen Verfassung stehen. Denn gerade wir erstreben weder einen dynastischen Staat noch einen Klassenstaat, sondern einen **Volksstaat**. Ein Volksstaat würde er auch dann bleiben, wenn wir seine Spitze mit monarchischer Würde bekleiden sollten. Der Monarch würde seine Rechte lediglich aus dem Volkswillen ableiten und sein Amt, wie einst Friedrich der Große, nur als „erster Diener seines Volkes“ ausfüllen dürfen.

II. Zahlreiche Gedanken, deren Verwirklichung gerade wir erstreben, finden sich in dem Teile der Verfassung, der die Überschrift: „**Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen**“ trägt und in buntem Gemisch individualistische und sozialistische Grundsätze durcheinandermengt.

Erstens: **Freiheit** der Person und der Wohnung (Art. 114, 115), Freizügigkeit, Gewerbe- und Handelsfreiheit (Artikel 111, 151 Abs. 2), Freiheit der Wirtschaft (Art. 151), Glaubens- und Gewissensfreiheit (Art. 135), Freiheit der Meinungsäußerung (Art. 118), der Kunst und Wissenschaft (Art. 142), und alle erdenklichen anderen Freiheiten erscheinen uns als höchst erstrebenswert. Wir werden sie gewähren, nicht, weil uns die Freiheit des einzelnen Selbstzweck erschiene, sondern, weil eine freie Entfaltung und Betätigung der Persönlichkeit Voraussetzung ist für das Gedeihen der Gesamtheit.

Mit dieser Begründung ist aber zugleich die notwendige **Grenze** für die Freiheit des einzelnen gezogen. Was die Weimarer Verfassung nur für gewisse Fälle (vergl. Artikel 124, 151, 153), meist noch in unzulänglicher Form ausspricht, fassen wir allgemein — als Schranke für jegliche Freiheit des einzelnen — in die Worte: „Gemeinnutz vor Eigennutz — **Volkswohl vor Eigenwohl**“.

Wir werden uns daher nicht der „Freizügigkeit“ zuliebe mit der Massenabwanderung vom Lande in die Großstadt abfinden. Wir werden die Wirtschafts- und Gewerbefreiheit“ nicht dahin mißbrauchen lassen, daß in Deutschland über der Herstellung von Ausfuhrartikeln die Erzeugung der für das eigene Volk lebensnotwendigen Güter vergessen wird.

Wir werden der „freien Meinungsäußerung“ nicht gestatten, **Schund, Schmutz und Gift** in das Volk zu streuen, auch dann nicht, wenn diese Stoffe „wissenschaftlich“ zurechtgelegt oder „künstlerisch“ geformt werden.

Zweitens: Die „**Gleichheit** aller Deutschen vor dem Gesetz“ (Art. 109) werden auch wir verkünden, nur daß wir unter „Deutschen“ bekanntlich etwas anderes verstehen als Hugo Preuß. „Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes“ wird es bei uns nicht geben.

Nur die **Leistung** (oder Unterlassung), am Gesamtwohl gemessen, wird Vorrechte oder Nachteile begründen dürfen. Daß auch die **Frau** nicht Staatsbürger minderen Rechtes sein darf, versteht sich von selbst. Ihre staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten müssen denen des Mannes gleichwertig sein. Daß sie nicht **durchwegs** dieselben sein können, folgt aus der seelischen und körperlichen Verschiedenheit der Geschlechter und tritt am handgreiflichsten in Kriegszeiten zutage.

Drittens: Über das **Gemeinschaftsleben** bringt die Verfassung eine Reihe von Sätzen, für die sich der Nationalsozialist geradezu begeistern könnte.

„Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutze der Verfassung. ... Die Reinerhaltung, Gesundung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates ...“ (Art. 119.)

„Den unehelichen Kindern sind ... die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen, wie den ehelichen“ (Artikel 121) — eine für den Nationalsozialisten selbstverständliche Forderung, die auch vom volkserzieherischen Standpunkt aus alles Bedenkliche verliert, sobald andererseits mit dem Schutz der Ehe und der sittlichen Erziehung des Volkes Ernst gemacht wird.

„Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen ... Verwahrlosung zu schützen“ (Art. 122.).

„**Die Beamten sind Diener der Gesamtheit**, nicht einer Partei“ (Art. 130). — Steuerpflicht aller Staatsbürger „im Verhältnis ihrer Mittel“ (Art. 134).

„In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben“ (Artikel 148); wobei nur nicht vergessen werden darf, zu lehren, daß die Erhaltung und Pflege des eigenen Volkstums dem Gedanken der Völkerversöhnung **übergeordnet** ist. Den kläglichen Zusatz, daß beim Unterricht „die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden“ dürfen, müssen wir in dieser Allgemeinheit freilich ablehnen; staats- und volksgefährliche „Empfindungen“, wie Klassenhaß, Standesdünkel, Feigheit werden wir keinesfalls schonen.

„Der **selbständige Mittelstand** ... ist ... zu fördern und gegen Überlastung und Aufsaugung zu schützen“ (Art. 164).

Alle diese Sätze könnten — mit den im Einzelfällen gemachten Vorbehalten — auch in einer nationalsozialistischen Verfassung stehen.

Drittens: Wer diese vor zehn Jahren in der Verfassung niedergelegten Verheißungen mit den Zuständen der Gegenwart vergleicht, fühlt sich zu der Frage gezwungen: Wie ist es möglich, **daß fast alles Papier geblieben ist**; daß trotz des Verfassungsschutzes Ehe und Familie sich mehr und mehr lockert, die Kindererzeugung abnimmt, die Jugend sittlich verwahrlost; daß Beamte sich als Parteidiener fühlen oder nicht zu sagen und zu tun wagen, was sie als „Diener der Gesamtheit“ sagen und tun müßten; daß die Steuerlast keineswegs auf die einzelnen „im Verhältnis ihrer Mittel“ gerecht verteilt ist; daß der Schulunterricht in der Pflege deutschen Volkstums nur zu viel zu wünschen übrig läßt, nationale Willensäußerungen Studierender niedergeknüppelt werden und sogar die Wissenschaft geknebelt wird, wenn sie sich für Deutschlands Recht und geschichtliche Wahrheit einsetzen will; daß das Eigentum mißbraucht wird, der Wucher blüht, Großbanken und Warenhäuser noch immer nicht „in Gemeineigentum überführt“ sind; daß der Mittelstand bis auf traurige Reste vernichtet und ein Millionenheer von Erwerbslosen außerstande ist, die vom Reiche geschützte „Arbeitskraft“ zu nutzen?

Die Schuld hieran tragen letzten Endes die eingangs erwähnten Webfehler in der Verfassung.

Es sind deren **zwei**. Der eine macht die Erfüllung aller Verheißungen objektiv, der andere macht sie subjektiv unmöglich.

Erstens. Artikel 178, Abs. 2, Satz 2 lautet: „Die Bestimmungen des am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichneten Friedensvertrages werden durch die Verfassung nicht berührt.“ Der Inhalt von Versailles läßt sich für das deutsche Volk in zwei Worte fassen: **Wehrlosigkeit und Tributpflicht.**

Eine Verfassung, die diese beiden Tatsachen „unberührt läßt“, macht damit selbst alle Versprechungen, die sie dem einzelnen oder dem Ganzen auf wirtschaftlichem, sozialem oder kulturellem Gebiete macht, unerfüllbar. Um ihren Versprechungen eine Grundlage zu geben, hätte die Verfassung bestimmen müssen: Jeder Deutsche ist verpflichtet, sich mit allen seinen Kräften für die Beseitigung der Kriegsschuldlüge, der Wehrlosigkeit und der Tributverpflichtung Deutschlands einzusetzen.“

Die Zusammensetzung des Reichstags bestimmt sich nach den (obendrein künstlich erzeugten) **Mehrheitsverhältnissen**, die die Volksmasse im Augenblick der Wahl aufweist. (Art. 22.) Ein Beschluß des Reichstags kommt zustande, wenn die Mehrheit der Abgeordneten einverstanden ist. (Art. 32.) Kanzler und Minister sind vom Vertrauen des Reichstags, d. h. der Mehrheit der Abgeordneten abhängig. (Artikel 54). Dieser Abhängigkeit unterliegt mittelbar auch der Reichspräsident, da alle seine „Anordnungen und Verfügungen“ ohne die Gegenzeichnung des von der Reichstagsmehrheit abhängigen Kanzlers ungültig sind. (Art. 50.) Präsident, Kanzler und Minister haben bei ihren Entschlüssen nicht zu fragen: was frommt dem Volke? sondern: **was gefällt der Reichstagsmehrheit?**

Diese Art der Willensbildung bedeutet, daß nicht der Volkswille, sondern bestenfalls der Wille einzelner Klassen den Staat lenkt,

daß mithin die dem Gemeinwohl entsprechenden Forderungen der Verfassung zugunsten dieser Klassen oder der hinter ihnen stehenden dunklen Mächte ewig unerfüllt bleiben müssen.

Auf den Einwand, daß es einen geschlossenen „Volkswillen“ doch nicht gebe und darum wohl oder übel der Mehrheitswille als Gesamtwille gelten müsse, antworten wir: Der **Volkswille** ist nicht gleichbedeutend mit den Augenblickswünschen einer urteilslosen Masse. Volkswille ist vielmehr der zielbewußte Wille derer, in deren Geist und Gemüt die ewigen, im Volke schlummernden Sehnsüchte Gestalt gewonnen haben.

Das unbewußte Wollen eines Volkes offenbart sich in dem bewußten Wollen seiner Besten.

Die staatliche Willensbildung soweit dies Menschen möglich ist, so zu regeln, daß die Besten des Volkes für die staatlichen Lebensäußerungen bestimmend werden, ist die **heiligste Aufgabe** des kommenden Dritten Reiches.

Die Bodenrente / Ihr wirkliches Wesen / Ihre Entstehung

Von Arnfried Kalawitz.

Unter allen den Lügen, die an Deutschlands Versklavung und Bedrückung schuld sind, ist eine die allerschlimmste — die Bodenrente. Sie stammt allerdings nicht erst aus dem Vertrage von Versailles, sondern sie ist viel älter, aber auch viel, viel wirksamer. Und das Schlimmste an ihr ist: das deutsche Volk ist ihr gegenüber blind geworden.

Seit langem hat diese größte aller Lügen sogar ihre wissenschaftliche Anerkennung als Wirtschaftsgesetz gefunden, und die Volkswirtschaftslehre sorgt dafür, daß sie allen Deutschen, die doch bekanntlich gern an Autoritäten glauben, als Selbstverständlichkeit erscheint.

Nach Riccardo entsteht die Bodenrente dadurch, daß es **guten und schlechten Boden** gibt. Guten Boden nimmt man zuerst unter den Pflug, weil dieser große Erträgnisse bei geringster Anstrengung hervorbringt. Zunehmende Bevölkerung zwingt aber dazu, auch minderwertigen Boden unter den Pflug zu nehmen, dessen Bearbeitung mit Mehrarbeit verbunden ist. Dieses Mehr an Arbeit nun, das der schlechtere Boden verlangt, komme beim guten Boden als Bodenrente dem Besitzer zugute, weil der Arbeitsaufwand für den schlechten Boden die Grundlage für den Erzeugungspreis und den Marktpreis der Lebensmittel abgebe.

(Schluß siehe Rückseite.)

Erdrutsch im Golf von Neapel

Über Sardinien heftiges Unwetter

Rom, 9. Januar.

Über Sardinien hat sich ein heftiges Unwetter entladen, das schweren Schaden verursachte. Besonders schwer betroffen ist die Umgebung von Uta, wo weite Strecken überschwemmt sind. Zwei Dörfer sind von der Umwelt völlig abgeschnitten. Von einem Wasserdamm wurden 70 Meter abgeschwemmt. Soviel bisher bekannt ist, sind jedoch keine Menschenopfer zu beklagen. In Serramanna und Uta sind infolge der Überschwemmungen mehrere Häuser eingestürzt. Die Spitzen der Provinz haben sich sofort an den Ort der Überschwemmung begeben, um die Hilfeleistungen zu leiten.

Bei Sorrent am Golf von Neapel wurden mehrere Häuser von einem Erdrutsch niedergerissen. Zufälligerweise befand sich nur eine einzige Frau während des Unglücks auf dem betreffenden Grundstück. Sie wurde als Leiche geborgen. Aus den Tälern der Provinz Piemont wurde heftiger Schneefall gemeldet.

Jeßner geht als Generalintendant

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 9. Januar.

Der Streit um den Generalintendanten Jeßner ist gestern beigelegt worden. Der Kultusminister Becker, der, wie ja bekannt ist, stets ein treuer Förderer des Juden Jeßner war, hat veranlaßt, daß Jeßner zwar auf die ihm in seinem bisherigen Vertrage eingeräumten Rechte als Intendant verzichtet, aber sich an den Staatstheatern als Regisseur weiter betätigen wird.

Über die neue Bezahlungsart Jeßners verlautet zur Stunde noch nichts, und doch wäre dies am Wesentlichsten gewesen zu wissen. Bekanntlich hat Jeßner trotz seiner Unfähigkeit zur Theaterführung noch im vergangenen Herbst einen neuen Vertrag auf 5 Jahre erhalten. Es wäre interessant gewesen, zu erfahren, ob der Steuerzahler nun trotz der erwiesenen Ungeeignetheit des Herrn Jeßner für sein Amt mit den hohen Kosten dieses Vertrages belastet bleibt.

Das Feuer in Oderfurt eingedämmt

Prag, 9. Januar.

Der Feuerwehr ist es am Mittwoch vormittag gelungen, das Großfeuer in den Oderfurter Mineralölwerken einzudämmen. Das Maschinenhaus konnte gerettet werden. Fünf Fabrikgebäude sind völlig zerstört worden. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, den Brand der innerhalb der Mauern befindlichen Paraffinmassen zu überwachen und mit Sand langsam einzudämmen. Die Oderfurter Werke beschäftigen gegen 400 Arbeiter. Sie erzeugen Petroleum, Schmieröle, Eisenbahnöle und Pech.

Schließung der Pariser Theater wegen zu hoher Besteuerung?

In einer Versammlung der Pariser Theaterdirektoren am Montag wurde beschlossen, sämtliche Theater zum Protest gegen die mißbräuchliche Besteuerung an einem noch festzulegenden Tag zu schließen.

Ehe durch's Telephon.

In Texas wurde vor einigen Tagen die erste Ehe auf telephonischem Wege geschlossen. Die Braut hielt sich in Texas auf, und der Bräutigam war in Cleveland. Der Standesbeamte und die Zeugen hörten an verschiedenen Telephonen zugleich das Jawort, und damit war die Ehe geschlossen.

Zwecklose Millionen

Im Jahre 1851, als St. Louis in Missouri erst ein elendes Nest war, von dem die Goldsucher ausgingen, hat ein gewisser Byron Mustaphi eine Summe Geldes für diejenigen seiner Gefährten hinterlassen, die ins Elend gerieten. Durch die Zinsen ist die Summe jetzt auf eine Million Dollar angewachsen, aber da es dort längst keine Goldsucher mehr gibt, kann niemand das Geld beanspruchen. Nach dem amerikanischen Gesetz darf das Geld auch nicht zu anderen Zwecken verwendet werden. Beinahe wäre es mit der Stiftung Thomson ebenso gegangen. Diese war für die Waisen der auf einer gewissen Strecke der Pennsylvanischen Eisenbahn verunglückten Angestellten bestimmt, und es bedurfte langer Nachforschungen und vieler Bekanntmachungen, um zwei solcher Waisen ausfindig zu machen, die nun mit einem Schlage Millionäre wurden.

Die Hochzeit in Rom

Mit feierlichem Zeremoniell vollzogen

Rom, 9. Januar.

Die Trauung des italienischen Kronprinzen mit der Prinzessin Marie Josée von Belgien wurde am Mittwochvormittag in der Paulinischen Kapelle des Quirinals von dem päpstlichen Legaten Kardinal Maffi, Erzbischof von Pisa, mit besonders feierlichem Zeremoniell vollzogen.

Der Trauung wohnten außer den Eltern sämtliche geladenen Fürstlichkeiten, Mussolini, die Chefs der ausländischen Missionen, die Ritter und Damen des Annunziaten-Ordens, eine Vertretung des Maltheserordens, ferner Bürgermeister Max von Brüssel, General Pétain als Vertreter des Präsidenten der französischen Republik, ferner Vertreter der Könige von Albanien und Ägypten, sowie die obersten Hofchargen in Galauniform bei. Die Kapelle war für die Hochzeit mit dunkelrotem Samt ausgeschlagen und mit kostbaren Gobelins geschmückt.

Gegen 10 Uhr näherte sich der Hochzeitszug der Paulinischen Kapelle. Voran der Zeremonienmeister des italienischen Königspaares und das Gefolge sämtlicher fürstlicher Gäste. Dann folgten die Ritter des Annunziaten-Ordens und der Palastpräfekt des Quirinals. Die Braut wurde von ihrem Vater geführt. Der Kronprinz hatte seinen Arm der italienischen Königin geboten. König Victor Emanuel führte die Königin von Belgien. Dann folgten die übrigen Fürstlichkeiten und zum Schluß die Hofdamen.

Kardinal Maffi erwartete den Hochzeitszug in der Kapelle,

umgeben von seinem geistlichen Gefolge. Nachdem die Hochzeitsteilnehmer ihre Plätze eingenommen hatten, kniete das Brautpaar vor dem Altar nieder. Die Trauzeugen, zwei italienische und zwei belgische Prinzen, hielten während der Zeremonie über das Brautpaar einen Schleier.

Als der Kardinal die Frage an das Brautpaar richtete, ob sie einander angehören wollen, wandten sich beide dem Protokoll gemäß zunächst an ihre Eltern und gaben erst nach deren Zustimmung ihr Jawort. Darauf verlas der Kardinal die Artikel des italienischen Ehegesetzes.

Eine stille Messe folgte. Nach dem Evangelium wurde das Meßbuch dem König zum Kuß gereicht.

Nach der Unterzeichnung des Eheschließungsaktes führte der Kronprinz seine junge Frau aus der Kapelle, gefolgt vom König von Belgien mit der italienischen Königin und dem König von Italien mit der belgischen Königin.

Das Kronprinzenpaar trat auf den Balkon heraus,

während eine unzählbare Menschenmenge ihnen große Kundgebungen darbrachte. Die Braut trug ein kostbares Gewand aus weißem Spiegelsamt und einen hermelinbesetzten Umhang mit einer sieben Meter langen Schleppe. Im Diadem war ein langer Spitzenschleier befestigt.

Prinz Humbert stellt dem Papst seine Frau vor

Rom, 9. Januar.

Unmittelbar nach Schluß der Trauungsfeierlichkeiten in der Paulinischen Kapelle des Quirinals begab sich das Kronprinzenpaar um 12 Uhr 20 zur Vatikanstadt, wo Prinz Humbert dem Papst seine junge Frau in offizieller Audienz vorstellte. Das Kronprinzenpaar war von den sieben höchsten Würdenträgern ihres neuen Hofes begleitet.

Der Vertreter einer deutschen Firma in Moskau verhaftet

Der Wirtschaftssabotage bezichtigt

Kowno, 9. Januar.

Wie erst jetzt bekannt wird, hat die O.G.P.U. in Moskau Ende Dezember den Vertreter einer deutschen Firma, Hessen, verhaftet. Über die Gründe seiner Verhaftung ist von amtlicher Stelle nichts zu erfahren. Hessen gehörte weder einer politischen Partei an, noch befand er sich in einer amtlichen Stellung der Sowjetunion. Sein Verhalten sei stets loyal gegenüber der Sowjetunion gewesen.

Die Verhaftung Hessens wird nach einer weiteren Meldung mit den Haussuchungen bei Lena-Golfild in Verbindung gebracht, da die Sowjetregierung an einer Vernichtung der Konzessionäre in Rußland interessiert sei.

Hessen wird beschuldigt, Wirtschaftssabotage gegen die Sowjetregierung betrieben zu haben. Die Verhaftung Hessens hat in Moskau großes Aufsehen erregt.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist der in Moskau verhaftete Firmenvertreter Hessen ein Vetter des bekannten Chefredakteurs der in Berlin erscheinenden russischen Emigrantenzeitung „Rul“, Dr. Hessen. Der Verhaftete war früher in Rußland u. a. Direktor der Versicherungsgesellschaft „Wolga“ und der Dampfschiffahrtsgesellschaft „Kawkas Merkurij“. 1922 wanderte er von Rußland aus und ließ sich in Paris nieder, wo er kurze Zeit Mitglied des russischen Industriellen-Ausschusses war, aus dem er wegen Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrußland ausgeschlossen wurde.

Vor längerer Zeit sollte ihm die Transport-Konzession der Wolgaschiffahrt übertragen werden; dann führte er schwierige Verhandlungen über die Wolga-Don-Kanalbau-Konzession, zu welchem Zweck er deutsches Kapital heranziehen wollte.

Eine der interessierten deutschen Firmen war die Tiefbau-A.-G. Julius Berger. Hessen ist Sowjetstaatsangehöriger und hat bereits annähernd zehn Reisen nach Moskau unternommen, wohin er zuletzt auch seine Frau mitgenommen hatte, da er sich dort ansiedeln wollte.

Teßners Opfer ermittelt?

Ein Schriftsetzer aus Regensburg?

Berlin, 9. Januar.

Wie Berliner Blätter aus Regensburg melden, gibt die Polizei bekannt, daß der zuletzt in der Straubinger Straße in Regensburg wohnhafte Schriftsetzer Georg Bleier, der zuletzt als Reisender für Nähmaschinen arbeitete, seit dem 26. November 1929 vermißt wird. An diesem Tage habe Bleier an seine Wirtin von Kelheim aus geschrieben, daß er am 30. November in Regensburg eintreffen werde.

Nach Ansicht der Polizei ist die Annahme berechtigt, daß das auffällige Verschwinden des Bleier mit der Mordsache Teßner in Zusammenhang steht. Unter anderem spricht dafür, daß der Mord von Teßner in der Nacht vom 26. auf den 27. November verübt wurde und der Tatort sich in nächster Nähe von Regensburg befindet.

Überführter Raubmörder

Stade, 9. Januar.

Wie die Staatsanwaltschaft in Stade mitteilt, ist es den Kriminalsekretären Jessen und Blohm von der Wesermünder Kriminalpolizei gelungen, den in der Raubmordsache an dem Eierhändler Steffens aus Moisburg verhafteten Arbeiter Wilhelm Müller aus Hamburg zu überführen und zu einem Geständnis zu veranlassen.

Die Bodenrente

(Schluß des Aufsatzes von der vorhergehenden Seite).

Von **Arnfried Kalawitz.**

Richtig an dieser Lehre ist die Erkenntnis, daß der Preis der Lebensmittel sich jeweils nach den ungünstigsten Gestehungskosten richtet,

wenn der Nahrungsbedarf einer Bevölkerung so groß geworden ist, daß alle Quellen angespannt werden müssen, um ihn zu befriedigen. Man kann auch den Satz aufstellen, daß eine bestimmte Bodenfläche unter allen Umständen die Menschen ernähren muß, die auf ihr wohnen. Ob der Boden nun landwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringt oder Bodenschätze, oder ob seine Wasserkräfte oder sonstige Umstände eine Industrie ermöglichen, deren Erzeugnisse gegen Lebensmittel aus anderen Gegenden eingetauscht werden, ist an sich gleichgültig.

Ist ein bestimmtes Gebiet rein landwirtschaftlich ausgenutzt und wird auf ihm eine größere Nahrungsmenge erzeugt, als verwertet werden kann, so muß dieser Überschuß ungenutzt bleiben. Das ist ein Kernstück des Gesetzes von der gleichbleibenden Bodenrente, wonach übertriebene Intensität der Bearbeitung die Bodenrente sogar verringern kann.

Auch Riccardo erkennt indirekt an, daß die Bodenrente mit zunehmender Bevölkerung steigen muß.

Diese Zunahme kann durch natürliche Vermehrung eines Volkes und durch Zuwanderung geschehen. Klarheit halber untersuchen wir nur den letzteren Fall, indem wir von Verhältnissen ausgehen, wie sie bei der Besiedelung des Westens von Nordamerika bestanden haben. Man kann diese Landnahme nicht anders als anarchisch bezeichnen. Ungeordnet, rein dem Zufall unterworfen, strömten die Einwanderer in das Land.

Jeder nahm sich, was er für gut hielt, und die Nachkommenden hatten mit dem Übrigbleibenden vorliebzunehmen. Je mehr Ansiedler in die Gebiete einrückten, desto mehr trieb die Nachfrage nach Boden die Grundstückpreise in die Höhe, so daß die Nachkommen der Erstansiedler ein immer größeres und dabei völlig unverdientes Geschenk in der steigenden Bodenrente bekamen.

Das Problem der Bodenrente bzw. des Bodenhungers würde nicht bestehen, wenn es unendlich viel Boden gäbe. Aber die Menge des Bodens ist beschränkt und ein für allemal gegeben, während die Zahl der Bevölkerung in weiten Grenzen veränderlich ist und an sich unbegrenzt wachsen könnte. Sie wird nur beschränkt durch die Folgen der Erscheinungen, die wir hier untersuchen wollen. Ohne weiteres erkennen wir daraus, daß

die Bodenrente eine Zahl des Druckes ist, hervorgerufen durch wachsende Bevölkerungsdichte auf gleichbleibender Bodenfläche.

Denken wir uns nun gegenüber der anarchischen Landnahme der Besiedelung des amerikanischen Westens und der modernen Kolonialgebiete die Grundsätze einer wirklich geregelten Landnahme, wie sie seit Urzeiten von den Auswandererschwärmen des „Heiligen Frühlings“ gehandhabt wurde. Da zog nicht jeder einzelne auf eigene Faust nach Land aus, der Zuerstgekommene griff nicht ohne Rücksicht auf seine Volksgenossen nach den besten Stücken und beschlagnahmte diese für sich, ob er sie nun unbedingt brauchte oder nicht, sondern das ganze Volk nahm das Land gemeinsam in Besitz und verteilte es unter seine Glieder so, daß auf jeden Volksgenossen das gleiche Losteil entfiel.

Der Tatsache, daß es guten und minderen Boden gibt, wurde von vornherein dadurch Rechnung getragen, daß die einzelnen Lose verschieden groß gestaltet wurden. Von schlechterem Boden gab es größere Stücke als von gutem, so daß die Erträgnisse der einzelnen Lose bei gleichem Arbeitsaufwande annähernd gleiche waren. Dem Landbedarf der kommenden Generation trug man durch Schaffung der Allmende und der Marken Rechnung, und wir möchten schon jetzt hervorhebend vorwegnehmen, daß es Karl der Große war, der die Marken, die Sicherheitsventile gegen Bodenwucher und Bodenverslavung einzog und damit durch deren Verschenkung an seine Feudalherren deren Machtgrundlagen schuf.

Wenn alle Leute gleich reich sind, dann sind auch alle gleich arm.

Eine Bodenrente konnte bei dieser geregelten Landnahme trotz Riccardo nicht entstehen, und doch hatte jeder Volksgenosse die Möglichkeit, durch fleißige Arbeit sich und seine Familie zu erhalten. Damals war Deutschland frei.

Es wird von römischen Schriftstellern und anderen berichtet, daß es die germanischen Stämme als Ehrensache betrachteten, ihre Marken so weit wie möglich nach außen hin auszudehnen. Schulweisheit glaubt daraus auf besondere Wildheit und Unzivilisiertheit unserer Vorfahren schließen zu müssen, was in Wahrheit höchste Lebensklugheit und Weitsicht war.

Die Bodenrente in ihrer heutigen Form hat danach keine Berechtigung.

Trotzdem müssen wir unter den gegenwärtigen Wirtschaftsgesetzen noch mit ihr rechnen. Sie ist eine Zahl des Drucks und wird durch einen Bruch bestimmt, dessen Zähler die Bevölkerungszahl und dessen Nummer die verfügbare Bodenfläche ist. Sie ist infolgedessen proportional der Bevölkerungsdichte. Der Druck, durch den sie wirksam wird, kann ein innerer oder ein äußerer sein.

Der innere Druck entsteht durch natürliche Bevölkerungszunahme, der äußere wird durch die umliegenden Staaten hervorgebracht, die durch Machtmittel das verfügbare Gebiet beschneiden können. Innerer und äußerer Druck wirken wie die Backen einer Zange gegeneinander, und als Ergebnis dieses Zusammenwirkens treten die Erscheinungen zu Tage, die wir in weiterem Sinne unter Bodenrente zusammenfassen, nämlich Einschränkung der Lebensgrundlage jedes einzelnen, Preissteigerung des Bodens, wenn er in festen Händen ist, usw.

Auf zweierlei Weise kann ein Volk diesem Druck entgegenwirken.

Einmal durch Genügsamkeit bei steigender Arbeitsleistung, was am vollkommensten der chinesische Kuli fertigbringt. Die Grundlage dieser Einstellung ist materialistische Mißachtung eigenen und fremden Menschenwertes, selbst des Lebens, und diese passive Rolle kann sogar bis zum völkischen Selbstmord gehen.

Das zweite Mittel ist Sprengung des äußeren Drucks durch Gewalt. Stützt sich diese Einstellung aber nicht auf Recht und überschreitet sie ihre Grenzen, so erschöpft sie sich in sinnlosem Erobererdrang. Der Ring darf niemals soweit auseinander gedrückt werden, daß der innere Druck erschlafft, sonst verliert das Volk seinen inneren Halt und geht rassisch zugrunde. Als Eroberer werden die einzelnen Volksbestandteile dann Kulturdünger für fremde Nationen.

Damit haben wir das wirkliche Wesen der Bodenrente aufgedeckt.

Es ist die von Zeit zu Zeit durch die Vorsehung an jedes Volk gestellte Frage, ob es noch spannkräftig und lebensfähig ist, und zugleich, welchen Schicksalsweg es sich erwählt. Es hat zu wählen zwischen Blut und Schweiß, zwischen Selbstbehauptung und Sklaverei. Aber jede Übertreibung ist vom Übel und nur der goldene Mittelweg führt zum Ziele.

Wenn heute Deutschland unter schwerer Tributlast zusammenbricht, so ist dies nur eine logische Folge seiner Wahl in der Schicksalsstunde von 1918/19. Es hat sich geweigert, weiterhin sein Blut einzusetzen bzw. seine Bereitschaft dazu unzweideutig zu erkennen zu geben. Wenn es heute blutigen Schweiß in der Frohn seiner Unterdrücker vergießen muß, so ist das nur folgerichtig. Das Gegenbeispiel ist die Türkei, die sich durch mannhaftes Verhalten durchsetzte.

Man muß sich also entweder den Boden als Existenzgrundlage erkämpfen oder aber für diese Voraussetzung der Lebensmöglichkeit die Rente bezahlen, die der Herr über den Boden anzusetzen für gut findet. Verlangt man aber von seinen Volksgenossen Kampf, so darf man ihnen auch den Kampfpreis nicht vorenthalten. Im Innern des Volkes muß Gerechtigkeit herrschen, muß die Bodenrente aufhören, Wirtschaftsgrundsatz zu sein, denn sonst darf man sich nicht wundern, wenn deutsche Arbeiter nicht einsehen können, warum sie sich zusammenschießen lassen sollen.

Um nun zu zeigen, wie innerhalb des deutschen Volkes die Bodenrente überwunden werden kann, müssen wir in der Geschichte dort anknüpfen, wo es eine Bodenrente in Deutschland noch nicht gab, und untersuchen, wie sie entstanden ist. Die Beschlagnahme der Marken durch Karl dem Großen ist ein Schritt auf dem Wege zu ihr hin gewesen. Gewiß läßt sich dies nicht mehr rückgängig machen, aber wir haben ja bis zum Weltkriege über unsere Kolonien verfügt, die wir als solche Marken betrachten konnten.

Man muß das Bild der freien germanischen Markgenossenschaft noch dahin ergänzen, daß das gemeinsame Wirken eines solchen landnehmenden Volkes nicht mit der Landnahme beendigt war, sondern dann eigentlich erst begann.

Das seßhaft gewordene Volk gründete einen Staat, der, nach den Grundsätzen der altgermanischen Gauverfassung aufgebaut, das feste Gefüge einer auf Gedeih und Verderb zusammengeschlossenen Genossenschaft zeigte.

Der Gemeinschaft blieben dabei alle die Aufgaben vorbehalten, die nur gemeinsam zu lösen waren, z. B. die Abwehr von Angriffen. Dazu mußte die Gemeinschaft selbstverständlich in der Lage sein, deshalb hatte jeder Gemeinfreie regelmäßige Abgaben an das Stammesheiligtum zu entrichten und im Falle der Not Heeresfolge zu leisten. Dadurch verdiente er sich seinen Anspruch auf Bodenbenutzung und Schutz durch die Gemeinschaft.

Die damals ausschließliche Wirtschaftsform der Landwirtschaft brachte es mit sich, daß diese Steuern und Leistungen mit dem Bodenbesitz eng verknüpft wurden. Die Leistungen ruhten auf dem Boden, der jeweilige Besitzer hatte sie zu leisten, weil er den Boden in Benutzung hatte. Im übrigen hatte der Boden keinen Preis, da die Bodenrente ja noch nicht existierte.

Der Boden war Gemeineigentum,

da er als Gottesgeschenk von der Gemeinschaft bei der Landnahme zu eigen genommen wurde. Der einzelne hatte ihn nur von der Allgemeinheit zu Lehen, er hatte das Nutzungsrecht, das er sich durch die auf dem Boden ruhenden Leistungen in Kraft erhalten mußte. Der Anspruch auf dieses Nutzungsrecht konnte allerdings nur durch Erbgang oder Einverständnis aller Gemeindemitglieder erworben werden, es wurde durch die Nutzung selbst und die Leistung der Abgaben aufrechterhalten. Noch im Mittelalter war es Gewohnheitsrecht, daß Boden wieder an die Gemeinde zurückfiel, wenn er sich soweit mit Buschwerk bedeckte, daß ein Hirsch sich darin bergen konnte.

Die Eigenheiten der altgermanischen Gauverfassung brachten es mit sich, daß eine direkte Leistung von Steuern an den Staatsverband seitens des einzelnen nicht erfolgte.

Der Gemeinfreie war nur seiner Gemeinde gegenüber verpflichtet,

diese trat als Einheit, als juristische Person dem Gau gegenüber auf, und der Führer des Gaues, der Gaugraf, war wieder dem König gegenüber leistungspflichtig, wobei seine Leistung der des ganzen von ihm vertretenen Gaues entsprach, dessen Einzelbestandteile ihm gegenüber wieder leistungspflichtig waren. Freiherren, Grafen usw. waren ursprünglich Beamte nur auf Lebenszeit, die Erblichkeit der Feudalherren wurde erst durch das Eindringen des römischen Rechts begründet, das die Steuerpflicht der Gemeinfreien in einen Vermögensanspruch der Grundherren umfälschte.

Das Mittel dazu waren die Immunitäten. In der heidnischen Vorzeit wurden die Abgaben, die zu den Zwecken der Gemeinschaftsaufgaben zu leisten waren, hauptsächlich an die Heiligtümer entrichtet. An diesen Heilstätten setzte sich die Romkirche fest, um dort Kirchen und Klöster zu errichten, und die sich natürlich auch die Einkünfte sicherten, die an den alten Heilstätten von alters her hafteten.

Zuerst waren die Diener der Kirche auch gehorsame Diener des Staates, ja die herrschenden Gewalten des Frankenreiches hielten die Diener der Kirche meist für zuverlässiger als die weltlichen Ministralen und übertrugen ihnen in immer größerem Umfange deren Aufgaben. So wurden die Bischöfe große Grundherren und übten die Ämter von Gaugrafen aus, sie hatten infolgedessen auch Anspruch auf die Leistungen der Gemeinfreien in den von ihnen verwalteten Gebieten, die sie aber wiederum an die Kirche abzuführen hatten.

Aus ihrer Doppeleigenschaft als Diener der Kirche und Diener des Staates leiteten aber die Bischöfe und sonstigen kirchlichen Würdenträger bald Sonderrechte ab, die von schwachen Königen anerkannt wurden.

Sie wurden davon befreit, die bei ihnen eingehenden Steuern an die Krone abzuführen. Je schwächer die Zentralgewalt wurde, desto mehr rissen diese Immunitäten ein; auch weltliche Grundherren verstanden es, sie sich zu erringen.

Die Folge war, daß die Krone bald ohne Mittel war. Energische Könige erkannten dies als einen unhaltbaren Zustand, und sie führten mit den Grundherren jahrelange Kriege, um sie zur Aufgabe der Immunitäten und Leistung der Steuerpflicht an die Krone zu zwingen. Das Ergebnis dieser Kriege war ein Kompromiß, das auf dem Rücken der Gemeinfreien ausgetragen wurde und den Anfang bildete zur Versklavung der Bauern.

Dadurch hatte der Grundherr eine ewige Rente und arbeitsloses Einkommen aus dem Grundbesitz errungen,

die Bodenrente war geboren.

Zwar gab es sicherlich noch Gebiete, die dieser doppelten Besteuerung nicht unterworfen waren, aber auch diese wurden durch die neue Entwicklung beeinflußt. Infolge der vermehrten Besteuerung der meisten Gebiete, stieg der Preis der Nahrungsmittel; nach dem Gesetz, wonach der Boden die auf ihm wohnende Bevölkerung ernähren muß, und infolge des Einflusses von Angebot und Nachfrage. So erhielten die Besitzer der nicht durch Immunitäten belasteten Gebiete ein höheres Erträgnis, ihnen fiel daher die Bodenrente zu, die in den anderen Gebieten der Grundherr schluckte.

Es dauerte nicht lange, so wurde die Bodenrente als etwas vollkommen Selbstverständliches betrachtet, als persönliches Eigentum des Nutzungsberechtigten, der diese Rente verkaufen oder verpfänden konnte.

Daraus wieder ergab sich trotz aller Kirchenverbote das Zinsennehmen.

Auch im Geldhandel wirkte sich daraufhin Angebot und Nachfrage aus, und das Kapitalangebot zog sich selbstverständlich dahin, wo ihm die größten Vorteile geboten wurden, es kaufte vor allen Dingen die, wie oben geschildert, entstandene Bodenrente. Andere Geldbedürftige mußten diesen Verhältnissen dadurch Rechnung tragen, daß sie ihrerseits Zinsen anboten, auch wenn sie keine Renten zu verpfänden hatten.

Bald wurde das Geld so übermächtig, daß es sich nicht mit den vorhandenen Renten zufrieden gab, sondern seinerseits Forderungen stellte. Die Bodenrente wurde dadurch in die Höhe getrieben, weil der Grundherr oftmals durch die Not gezwungen wurde, aus seinen Grundholden herauszuholen, was er konnte.

Aller Boden gehörte nach den neuen Rechtsbegriffen dem Grundherrn, der in der Form des Lehens das Nutzungsrecht an seine Bauern vergab. Nicht mehr zureichende Nahrung für jedermann war die Richtschnur des Handelns, sondern größtmögliche Rente für die wirtschaftlich Starken. Alle weitere Entwicklung war nur logische Folge dieser neuen, auf römischem Recht beruhenden Einstellung.

Nach diesen Ausführungen ist es leicht einzusehen, daß zwischen Steuern, Zinsen, Bodenrente, Abgaben jeder Art kein prinzipieller Unterschied besteht, sie sind zum größten Teil Tribut, den innere und äußere Feinde dem deutschen Volke auferlegt haben. Ob dabei auch deutsche Volksgenossen die Einzieher sind, ist an sich gleichgültig.

Gewiß, ein Staat kann ohne Steuern nicht bestehen, und ganz kann der Druck, der sich aus dem Mißverhältnis von Bodenmenge und Bevölkerungszahl ergibt, nicht beseitigt werden, weil das Volk seinen inneren Halt verlieren würde. Aber dieser Druck darf vernünftige Grenzen nicht überschreiten, und es ist Aufgabe einer weisen Regierung, das rechte Maß zu halten und gegebenenfalls zu erzwingen.

Es macht in der Wirkung keinen Unterschied, ob der äußere Feind seinem Volke Tribut auferlegt, oder ob es im Innern seinen Schuldherren fröhnen muß.

Sowohl Tribut als auch Zinsen sind nur Anspruch von dem der erste durch Gewalt, der zweite durch falsches Recht begründet wird.

Es ist lehrreich, zu beobachten, wie die Nutznießer des Versailler Vertrages systematisch darauf hinarbeiten, die Begründung ihrer Ansprüche von der Gewalt auf das Recht zu verschieben, und wie gerade die Kreise der deutschen Nation ihnen hierbei in die Hände arbeiten, die hauptsächlich die Nutznießer der inneren Schuldverstrickung sind. Das sollte zu denken geben.

[illegible]

Zusammenstöße zwischen Verteidigung und Vorsitzendem im Tscherwonzenprozeß

Ist das Gericht noch unabhängig? – Briefwechsel zwischen Sowjetregierung und Auswärtigem Amt? – Vernehmung Dr. Beckers

Berlin, 9. Januar.

Im Prozeß gegen die Tscherwonzenfälscher stellte zu Beginn des dritten Verhandlungstages der Verteidiger der beiden Angeklagten Georgier, Rechtsanwalt Dr. Beer, München, den Antrag, den Angeklagten Sadathieraschwili, der sich seit 27 Monaten in Haft befindet, aus der Haft zu entlassen. (Die Barmats laufen frei herum!)

Im Anschluß daran kam es zu lebhaften Zusammenstößen zwischen dem Verteidiger des Angeklagten Weber, Rechtsanwalt Dr. Menz, und dem Vorsitzenden. Dr. Menz sprach Zweifel darüber aus, ob die Unabhängigkeit des Gerichtes auch genügend gewahrt sei, zumal am Dienstag der Angeklagte Weber gerade in dem Augenblick, in dem er politisch auspacken wollte, vom Vorsitzenden am Weitersprechen verhindert worden sei.

Weiter habe er die Mitteilung erhalten, daß

zwischen dem Auswärtigen Amt und der Sowjetregierung ein lebhafter Briefwechsel

darüber stattgefunden hätte, welche Strafen in diesem Prozeß verhängt werden sollten. Vorsitzender (unterbrechend): Das Gericht ist durchaus unabhängig. Ich weiß nicht, was Ihre Ausführungen sollen!

Verteidiger: Ich will erreichen, daß sich das Gericht fern hält von Besprechungen mit Vertretern von Ministerien, des Auswärtigen Amtes usw. Vorsitzender (erneut unterbrechend): Das Gericht weiß von selber, was seine Pflicht ist.

Dr. Menz betonte noch, die Verteidigung würde sich unter Umständen gezwungen sehen, Ablehnungsanträge zu stellen. Der Generalstaatsanwalt erklärte zu dem Antrag des Verteidigers Dr. Beer, daß er die lange Untersuchungshaft für Sadathieraschwili bedauere, aber es sei keineswegs ungesetzlich verfahren worden.

Dann begann die

Vernehmung des Angeklagten Ingenieur Dr. Becker, München,

der der Verbreitung gefälschter Noten angeschuldigt wird und durch dessen Verhaftung in Berlin im August 1927 die Fälschungen ans Tageslicht gekommen sind.

Er schilderte seine mehrfach in München und Berlin unternommenen Versuche, die Tscherwonzennoten zu verkaufen oder wenigstens lombardieren zu lassen. Diese Versuche sind zumeist gescheitert. Dr. Becker betonte wiederholt, es sei ihm nie der Verdacht gekommen, daß es sich bei den Noten um falsche Stücke handeln könne.

Nach der Mittagspause verkündete das Gericht die

Ablehnung des Haftentlassungsantrages

für Sadathieraschwili, da der Fluchtverdacht nicht beseitigt sei.

Der Angeklagte Böhle aus Frankfurt a. M. machte dann Angaben über seinen Kampf gegen den Bolschewismus und über die Ereignisse, die ihn in Zusammenhang mit der Fälschungsangelegenheit in Frankfurt a. M. brachten. Er habe nie gewußt, daß die bei ihm im Keller unterstellten Kisten Wasserzeichenpapier zur Herstellung von falschen Tscherwonzennoten verwendet werden sollten.

Grundlehre der lebensgesetzlichen Rechtslehre

(Schluß des Aufsatzes von der vorhergehenden Seite).

Demgemäß entstand das Recht in Urzeiten als Gewohnheitsrecht, gebildet aus dem natürlichen Instinkt des Menschen. Mit dem Verlust der Rassenreinheit und den immer verwickelter werdenden äußeren Verhältnissen wurde es dann nötig, die Formgebung des Rechts in einem geregelten Verfahren zu suchen. Der Staat entstand als ein Rechtsgebilde und übernahm die Aufgabe der Rechtswahrung und Rechtsetzung als Richter und Gesetzgeber.

Das ist etwas Grundverschiedenes von der heute herrschenden Lehre; nach dieser ist der Staat willkürlicher Herr über jedes Recht; er kann anordnen, was er will und mag, ob es dem Volke lebensgesetzlich zuträglich oder schädlich ist. Keine Grenzen sind gesteckt.

Wir aber sehen im Staate nicht den Herrn, sondern den Diener des Rechts. Er verwaltet das Recht im Namen des Volkes. Und dazu gehört, daß er die Form, den Ausdruck, die Sprache des gesetzten Rechts findet und ausspricht.

Damit wird die Grenze bestimmt, bei der die Gesetzesmacherei in Willkür ausartet. Und ferner begeht man nicht den Fehler — wie m. E. der „Bund für deutsches Recht“ (Wagemann) — sich der Illusion hinzugeben, als ob der Staat als Gesetzgeber einfach ausgeschaltet werden könne, oder daß die Gesetzesschaffung überhaupt möglichst zu vermeiden sei, wie dies einige Naturrechtler und Savigny annehmen.

Auf der angegebenen Grundlage wird die Rechtssetzung reibungslos vonstatten gehen. Ein Staat, der selbst auf dem Gedanken biologischer Weltanschauung aufgebaut ist, wird die Gesetzgebung so handhaben, wie es der Erkenntnis völkischer Lebensgesetzlichkeit entspricht. Er wird jedes Gesetzgebungswerk daran messen, ob es dem biologisch richtigen Leben unseres Volkes dient oder etwa einer fremden „Idee“.

Dieser Gedanke — in Anlehnung an Stammler könnte man vielleicht sagen, das Ideal der sozialen Gemeinschaft frei wollender deutscher Menschen — ist aber zugleich Prüfstein der Gerechtigkeit. Denn der Begriff der Gerechtigkeit ist an sich nichts, sofern er nicht in Beziehung gesetzt ist zu einem anderen, wenn wir nicht wissen, wem etwas gerecht zu werden hat.

Das führt uns zur Rechtsprechung. Der Richter soll Gerechtigkeit üben. Dieser Satz ist ein Gemeinplatz ohne Inhalt, sofern nicht feststeht, wonach die Gerechtigkeit zu ermessen ist. Es wird heute garnicht erkannt, daß uns dies allgemein gültige Ideal fehlt, und welche Folgen dies für unsere Rechtsprechung hat. Jedes Gesetzeswort läßt sich schließlich irgendwie drehen und wenden, wie man es mag, die Begriffe lassen sich wandeln; schon die Römer kannten ja jenes berüchtigte „circumvenire sanctam rationem legis verbis eius“; denken wir in der Gegenwart an die verschiedenen Auslegungen, die man den Verfassungsparagraphen geben kann. In Hunderten von Fällen aber verweist das Gesetz selbst den Richter auf ethische Erwägungen. So, wenn von „Treu und Glauben“, von „Billigkeit“, von den „guten Sitten“ gesprochen wird. Die Ehrengerichte der Anwälte, Ärzte, Apotheker, die Disziplinargerichte der Beamten, die Schiedsgerichte der verschiedensten Art urteilen nicht nach festgelegten, begrifflich umrissenen Rechtsnormen, sondern nach einem aus der Natur der Sache zu entnehmenden Maßstab für sittliches und berechtigtes Verhalten. Endlich ist das gesamte Strafrecht so gestaltet, daß dem Richter freieste Hand gelassen wird für die Bemessung der Strafhöhe.

Überall hier besteht nach geltendem Rechte und herrschender Rechtslehre ein fühlbarer Mangel: es fehlt die zentrale Idee, nach der das Recht zu messen ist. Bis zur Revolution ergab sich das noch halbwegs aus den überkommenen Anschauungen von Anstand und Ehre. Die heutige „Rechtsnot“, die „Vertrauenskrise“ der Justiz ergibt sich naturgemäß daraus, daß nach dem Umsturz verschiedene Weltanschauungen miteinander im Streite liegen, und je nachdem der Richter deutschnational, zentrümlich, marxistisch, kommunistisch oder liberal eingestellt ist, wird verschieden geurteilt, und selbst die formale Gerechtigkeit entschwindet.

Diese Grundanschauung, dies allgemein gültige Rechtsideal, diesen Prüfstein der Gerechtigkeit aber schenken wir unserem Volke. Fern von jeder Liberalität, abgekehrt dem Relativismus der Zeit, erklären wir das Ideal lebensgesetzlich richtigen Rechts, der blutmäßig gebundenen völkisch-sozialen Gemeinschaft als allgemein verpflichtende Rechtsidee und stellen sie mitten hinein in das Bewußtsein unseres Volkes als ein unverrückbares Fundament seines Daseins und seiner Zukunft.

Aus der Bewegung

40 Versammlungen in 24 Stunden im Bezirk Rhein-Lahneck

Am Samstag, den 25. Januar, abends, am Sonntag, den 26. Januar, nachmittags und abends, finden innerhalb des Bezirks Rhein-Lahneck in folgenden Ortsgruppenverbänden 40 Versammlungen statt:

Braubach: 3 Versammlungen; Redner: Pg. Zimpelmann.

Holzhausen: 6 Versammlungen; Redner: Pg. Habicht, Pg. Dr. Wolff.

Caub a. Rh.: 3 Versammlungen; Redner: Pg. Bender.

Nassau/L.: 3 Versammlungen; Redner: Pg. Rausch.

Bad Ems: 3 Versammlungen; Redner: Pg. Trez.

Nastätten: 12 Versammlungen; Redner: Pg. Bang, Pg. Lange, Pg. Mühle, Pg. Staebe.

Freiendiez: 3 Versammlungen; Redner: Pg. Linder.

Oberlahnstein: 3 Versammlungen; Redner: Pg. Heyse.

Miehlen: 4 Versammlungen; Redner: Pg. Kramer.

Gau Sachsen

An alle Ortsgruppenführer und Gemeindeverordneten!

Unter Mitwirkung unseres Reichstagsabgeordneten Pg. Gregor Straßer findet am Sonntag, den 19. Januar, vormittags 10 Uhr, in „Zweinigers-Ballhaus-Saal" zu Chemnitz, Jakobstraße 8/12, eine Tagung statt, zu der alle Ortsgruppenführer und Gemeindevertreter zu erscheinen haben.

Gegenstand der Tagesordnung: Unsere organisatorische, propagandistische und kommunalpolitische Tätigkeit im Jahre 1930.

M. Mutschmann, Gauleiter.

Gau Groß-München

Ortsgruppe Au-Giesing

Freitag, den 10. Januar, abends 8 Uhr, Ortsgruppenabend im Franziskanerkeller, Hochstraße. Erscheinen ist Pflicht.

Ortsgruppe Mitte

Der nächste Sprechabend findet am Montag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, im Restaurant „Gärtnerplatz", am Gärtnerplatz 5, statt. Zur Behandlung stehen dringende Organisationsfragen, wozu die Anwesenheit aller Mitglieder notwendig ist.

Ortsgruppe Haidhausen

Donnerstag, den 9. Januar, abends 8 Uhr, öffentlicher Sprechabend im Hofbräuhauskeller.

Ortsgruppe Gern

Freitag, den 10. Januar, abends 8 Uhr, öffentlicher Sprechabend bei Semmelmann, Gerner Straße 20. Von nun ab finden die Sprechabende wieder alle Freitag statt.

Ortsgruppe Westend

Donnerstag, den 9. Januar, Versammlung des 9. Stadtbezirkes im „Goldenen Lamm", Zweistraße.

Freitag, den 10. Januar, Versammlung des 20. und 25. Stadtbezirkes im „Friedensheimer Garten". Redner: Pg. Klein.

Die Geschäftsstelle der Ortsgruppe Westend befindet sich Schommerstr. 1/1 Rückgb. Sprechstunden von 6—8 Uhr, Samstag 4—7 Uhr.

Freiheitskundgebung in Fürstenfeldbruck

am 11. und 12. Januar.

Samstag, den 11. Januar, 7.30 Uhr, Fackelzug der Standarte 10 mit Kapelle und Spielmannszug durch Fürstenfeldbruck. — 8.30 Uhr am Abend Vorführung des Films „Reichsparteitag 1929". Sprecher: Pg. D. Heines. Anschließend Lichtbildervortrag „Die Rekordfahrt der Bremen und das Blaue Band des Ozeans".

Sonntag, den 12. Januar, 7 Uhr am Vormittag Weckruf durch M.Z. und S.Z. — 9 Uhr am Vormittag Kirchgang in der protestantischen und katholischen Kirche. — 10.30 Uhr am Vormittag Freiheitskundgebung mit Totenehrung vor dem Kriegerdenkmal am Marktplatz. Redner: Gauleiter Reinhardt. Anschließend Propagandamarsch der gesamten S.A. durch Fürstenfeldbruck. — 4 Uhr am Nachmittag Massenversammlung im Bichlerbräusaal in Fürstenfeldbruck. Redner: Gauleiter Reinhardt.

Die tägliche Versammlung

Freitag, den 10. Januar:

Lübben (Spreewald): abends 8 Uhr öffentlicher Sprechabend im „Gesellschaftshaus". Redner: Pg. Klinkmüller.

*

Samstag, den 11. Januar:

Berlin, Sektion Friedenau: abends 8.30 Uhr Generalmitgliederversammlung.

Berlin, Sektion Weidmannslust: abends 8.30 Uhr öffentl. Sprechabend im „Bergschloß". Redner: Pg. Kronauer.

Beesenlaublingen (Saalekreis): abends 8 Uhr öffentl. Versammlg. Redner: Pg. Krämer.

Brätz (Ostmark): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. v. Boetticher.

Bauchwitz (Ostmark): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Kögel.

Buckow (Ostmark): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Wiemer.

Euskirchen (Rheinland): abends 8 Uhr „Deutscher Abend". Redner: Pg. Kayser.

Eschweiler (Rheinland): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Dr. Schöneck.

Elstra (Bezirk Kamenz): abends 8 Uhr öffentliche Versammlg. Redner: Pg. Hartwig.

Gehrde (Bezirk Osnabrück): abends 8 Uhr öffentl. Sprechabend. Redner: Pg. Gronewald.

Großdorf (Ostmark): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Dr. Liegau.

Hillersleben (Bezirk Magdeburg): abends 8.15 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Krause.

Hilter (Bezirk Osnabrück): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Aßling.

Hainchen (Siegerland): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Burgmann.

Heimbach (Rheinland): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Pieperbeck.

Jehser (Ostmark): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Schmuck.

Kalzig (Ostmark): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Noerenberg.

Liebenau (Ostmark): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Jacobsen.

Monschau (Rheinland): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Schmeer.

Marktbreit (Bayern): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Dr. Buttmann, M. d. L.

Mühlbock (Ostmark): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Stumpf.

Möstchen (Ostmark): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Alter.

Neu-Benthen (Ostmark): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Rosenberg.

Oberpleis (Rheinland): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Gerling und Pg. Hoffstätter.

Oberstaufen (Schwaben): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Roth, M. d. L.

Rentschen (Ostmark): abends 8 Uhr öffentliche Versammlg. Redner: Pg. Kindermann.

Rietschütz (Ostmark): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Krause.

Rositz (Halle-Merseburg): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Pape.

Rackau (Ostmark): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Kasche.

Stentsch (Ostmark): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Heuer.

Schmarse (Ostmark): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Bernhard.

Stampe (Ostmark): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Richter.

Tschicherzig (Ostmark): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Mücke.

Walmersdorf (Ostmark): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Wigand.

Wohringen (Schwaben): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Wahl, M. d. L., und Pg. Schwarz.

Pg. Marschler zum 2. Vizepräsidenten im Thüringer Landtag gewählt

Der nationalsozialistische Einfluß

Es ist die politische Hauptaufgabe der Nationalsozialisten, ständig neue Machtpositionen zu gewinnen. Von diesem Gesichtspunkte allein sind sämtliche künftigen Schritte und sämtliche von uns gewählten politischen Mittel, die nun einmal durch die Verfassung und das Parlament im Augenblick gegeben sind, zu beurteilen. Der Nationalsozialismus muß sich Gehör verschaffen und die Bezirke seiner Wirkungskraft und seines ihm innewohnenden Aktivismus ständig zu erweitern trachten. Dabei wird es immer notwendig sein, daß er sich auch sog. „Belastungsproben" zutraut, die jede andere Partei oder Bewegung für sich fürchten müßte.

Die vom obersten Führer Adolf Hitler selbst dieser Tage erscheinende Erklärung zur Thüringer Regierungsfrage gibt den letzten Aufschluß über unsere politischen Ziele und die Wege, auf denen wir in zähestem Vorwärtsdringen zu ihnen gelangen.

Die Landtagseröffnung.

Gleich der erste Tag bringt eine entscheidende Änderung in den bisherigen parlamentarischen Gepflogenheiten, die der Initiative der neuen nationalsozialistischen Fraktion zu verdanken ist.

Wenn es bisher üblich war, daß die stärkste Fraktion des Landtages, die SPD., den Landtagspräsidenten stellte, so ist es jetzt an der Zeit, mit dieser Gewohnheit aufzuräumen. Es müßte auch diesmal die SPD. (mit 18 Sitzen) das Präsidium besetzen. Nach Anschauung der Nationalsozialisten kann aber, wenn sich einmal die Wählerschaft des Landes für einen nationalen Kurs entschieden hat, die Gewalt im Parlament und die Leitung der Verhandlungen nicht in der Hand eines Marxisten liegen.

So entschlossen sich die anderen Parteien (Nationalsozialisten, Deutschnationale, Landbund, Wirtschaftspartei, Volkspartei), den Landbundabgeordneten von Thümmel vorzuschlagen, worüber die SPD. in sichtliche Verlegenheit geriet. Sie dürfte schon bei dieser Wahl-Handlung gemerkt haben, daß in dieser Landtagsperiode ein neuer, frischerer und für die Marxisten empfindlich scharfer Wind weht. So erklärt sich die Wut der Leute um Herrn Fröhlich.

Nach kurzen Eröffnungsworten durch den Vorsitzenden des bisherigen geschäftsführenden Ministeriums, Dr. Paulssen, übernimmt als Alterspräsident der Sozialdemokrat Leber die Verhandlungsleitung.

Er kann sich einer Kritik an dem für die Linke ungünstigen Ausfall der Wahl nicht enthalten. Er regt sich darüber auf, daß anscheinend die künftige Politik in Thüringen durch Zentralen in Berlin und München bestimmt würde.

Diese Pflaumereien aus dem Munde eines Internationalen, dessen Politik noch nie durch Heimat und Volk, sondern allein durch das internationale Leihkapital bestimmt worden ist, wirken reichlich lächerlich. Die Parolen des Herrn Severing und Grzesinski, nach denen Thüringen aufgeschluckt werden soll, sind jedenfalls nicht die Parolen der nationalen Parteien, die unter allen Umständen bemüht sind, Thüringens Selbständigkeit zu erhalten und vor der Ausraubung durch das marxistische Leihkapital zu schützen.

Die Wahl des Landtagspräsidenten

geht ziemlich schnell vor sich. Allgemeine Heiterkeit erregt es, als der Kommunist Heilmann seinen Genossen Zimmermann vorschlägt. Abg. Fröhlich (Soz.) beschimpft den Wirtschaftsparteiler Krause, daß er jetzt, entgegen früheren Zusagen, den Sozialdemokraten das Anrecht auf das Präsidium verweigere und für die Wahl des Landbündlers von Thümmel eintrete. **Der Gauleiter der Nationalsozialisten, Fritz Sauckel, der die neue Fraktion führt, gibt nun eine kurze markante Erklärung ab:**

„Wir haben kein rotes Thüringen mehr. Die Wahl hat den Willen der Bevölkerung zu einer nationalen Staatsführung kundgetan. Es ist daher ausgeschlossen, daß wir einem Vertreter der Linken weiterhin die Macht und Gewalt im Parlament überlassen. Wir bestreiten der Linken als Arbeiterpartei ganz entschieden, daß sie sich noch fernerhin als Vertretung der Arbeiterschaft ansieht, da sie für all das Elend der Massen in Deutschland verantwortlich ist. Wir erklären hiermit, daß wir die marxistischen Parteien mit aller Energie weiterhin bekämpfen werden. Sie sollen sich darüber klar sein, daß es sich um einen Kampf bis aufs Messer handelt."

Der Abgeordnete Fröhlich will sich über diese Erklärung entrüsten, wird aber von dem Abg. Marschler (Nationalsozialist) darüber belehrt, daß es die S.P.D.-Presse zuerst gewesen ist, die uns im Wahlkampf den „Kampf bis aufs Messer" angesagt hat. Abg. Heilmann (Komm.) glaubt zu dem Vorwurf Veranlassung zu haben, daß sich die NSDAP. jetzt mit den bürgerl. Rechtsparteien, ja sogar mit der Volkspartei, die den Youngplan unterstütze, verbündet hätte. Ebenso gut, wie er weiß, daß es sich hier um kein Bündnis handelt, ebenso gut wie er weiß, daß wir den Youngplan ebenso radikal bekämpfen wie einst den Dawesplan, genau so gut weiß der Herr Heilmann, daß die K.P.D. das Volksbegehren und den Volksentscheid gegen den Youngplan sabotiert hat und damit in einer Front mit den anderen Youngparteien steht.

Der Abg. v. Thümmel wird nunmehr mit 28 Stimmen gegen 24 gewählt. Ein Zettel bleibt unbeschrieben. Verblüfft durch die unerwartete Situation beantragen nunmehr die die Sozialdemokraten Aussetzung der Sitzung auf eine halbe Stunde, um über die Besetzung der Vizepräsidenten neue Verabredungen zu treffen.

Nach der Wiedereröffnung der Sitzung erklärt Fröhlich, daß die Sozialdemokraten nicht gewillt seien, irgend eine Position kampflos aufzugeben und schlagen für den ersten Vize ihren Genossen Leber vor. Heilmann nennt wieder den Genossen Zimmermann. Leber wird mit 40 Stimmen bei 12 Stimmenenthaltungen (Nationalsozialisten und Kommunisten) zum ersten Vizepräsidenten gewählt.

Zum zweiten Vizepräsidenten wird sodann der Nationalsozialist Marschler mit 28 Stimmen bei Stimmenthaltung der Sozis gewählt. Er nimmt die Wahl an, „um die so mühsam eroberte Position der Sozen dadurch auszugleichen."

Sein Amt ist insofern von Bedeutung, als die nationalsozialistische Fraktion auf diese Weise eine Stimme mehr im Ältestenrat erhält, in dem bekanntlich außer den Fraktionsführern die drei Präsidenten sitzen.

Nach zwei ausgesprochenen Agitationsanträgen der Linken, die sich zum Schluß noch künstlich über die Verschleppung der Regierungsbildung aufregen zu müssen glaubt, wird die Sitzung auf Mittwoch, 10 Uhr, vertagt.

Aller Voraussicht nach wird die Regierungsbildung schon morgen zustandekommen, da die Verhandlungen, (im Gegensatz zu der Ansicht der Linken) diesmal besonders schnell und zielbewußt von statten gegangen sind. Nicht zuletzt durch die gerade Haltung und den eindeutigen Willen der Nationalsozialisten.

Die deutsche Wirtschaft 1929

Steigerung der Arbeitsleistung — Massenkonkurse — Versklavte Bauernarbeit
Unser Wille zum Kampf

Ein Rückblick in wirtschaftlicher Hinsicht auf das Jahr 1929 zeigt uns deutlich, wo die Ursachen der schweren Störungen liegen, unter denen das ganze deutsche Volk zu leiden hat.

Mit Stolz können wir feststellen, und gerade uns Nationalsozialisten liegt viel daran, das zu tun, **daß Arbeitsleistung und Gewerbefleiß auch nach Ausschaltung so vieler wertvoller Kräfte summarisch genommen keineswegs nachgelassen hat,** daß auch die deutsche Tatkraft trotz der fürchterlichen Inflation und vielem anderen keineswegs erloschen ist, sondern nicht nachgelassen hat, wacker allen Widerständen zum Trotz sich kräftig durchzusetzen — wenn auch letzten Endes zu Nutz und Frommen anderer.

Wir wollen ganz davon absehen, daß die deutsche Industrie einen Zeppelin gebaut hat, dem es gelang, nicht nur den Atlantischen Ozean, sondern die ganze Welt zu umfliegen, daß wir das größte Flugzeug, das 1½ hundert Menschen befördern kann, und die „Bremen", den schnellsten Ozeandampfer der Welt dem Verkehr übergeben konnten und sonst vielfach qualitativ führend in der Welt geworden sind.

Nein, wir wollen einmal die Arbeitsleistung selbst, einen Teil davon wenigstens, betrachten.

Da ist die **Montanindustrie. Ungeheure Steigerung in der Arbeitsleistung ist da zu verzeichnen. Nicht nur gegenüber 1928, sondern auch gegenüber 1913!**

Der Monatsdurchschnitt in der Produktion in Rohstahl zeigt ein Aufsteigen von 0,99 Millionen Tonnen auf 1,31 1928 und 1,37 (!) im Jahre 1929. Nicht ganz so stark ist die Gewinnung von Roheisen gestiegen, hält aber die gleiche Kurve. Die Steinkohlenerzeugung kam von 11,89 Mill. Tonnen 1913 auf 12,69 1928 und 13,56 Mill. Tonnen 1929 im Monatsdurchschnitt (!).

Die Braunkohlenerzeugung hat sich seit 1913 nahezu verdoppelt!

Und das alles, trotz des Ruhrkampfes mit seinen ungeheuren Folgen für einen Teil der Montanindustrie, trotz der immensen Arbeitslosenzahl.

Der Güterverkehr der Reichsbahn hat sich seit 1928 um 20 Prozent gehoben, während der Personenverkehr zurückblieb.

Ein Beweis dafür, daß eben mehr produziert worden ist, ohne daß Handel und Verkehr der breiten Massen Schritt gehalten haben. **Die Nutznießer dieser grandios gesteigerten Arbeitsleistung, unseres einzigen Aktivums, sind eben nicht der kleine und mittlere Handel und das Gewerbe, von den Arbeitern, den Hauptbeteiligten an der Mehrerzeugung, ganz zu schweigen, sondern die Konzerne, ausländische Kapitalisten und — die Sieger des Krieges, denen die deutsche Regierung die Früchte all dieses Fleißes mit lächelnder Selbstverständlichkeit in den Schoß wirft. Diese Früchte und ganze Brocken aus der Substanz.**

Die Konkurse haben von 1928 nicht abgenommen, sondern sind von 8290 im Jahre 1928 auf 10 303 gestiegen. Sogar der Weihnachtsmonat weist 935 gegenüber 866 Konkursen im November auf.

Die Vergleichsverfahren weisen noch eine heftigere Aufwärtsbewegung auf: von 3341 i. J. 1928 auf 5257 i. J. 1929.

Fürwahr eine nette Bilanz: Arbeitssteigerung und gleichzeitig massenhafte Existenzzusammenbrüche.

Man sage nicht, das sei eine rohe Gegenüberstellung. Das ist so!

Betrachten wir einmal ein anderes großes Feld der Arbeit, in dem andere Faktoren eine kleinere Rolle spielen. **Die Ernte des Jahres 1929** liegt ebenso wie die von 1928 über dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Grund genug, daß **die Preise schon seit zwei Jahren, vielleicht auch noch 1930, stark zurückgehen.** So ist der Durchschnittspreis für den Doppelzentner Roggen 1927 24.50 M. gewesen. Er sank 1928 auf 21.50 und 1929 auf 18.50 M. (!); der Hafer ebenso von 22.70 auf 20.70 und 18.20 (!), der Weizen von 25.— auf 22.— und 22.50, die Gerste von 28.— auf 25.— und 22.— M. im Jahre 1929 (!).

Das alles, trotzdem der Lebenshaltungsindex dauernd gestiegen ist, trotzdem für Milliarden Goldmark Lebensmittel eingeführt werden mußten, trotzdem die Landwirtschaft ungeheuer verschuldet ist, trotzdem Hunderte von Landwirten Haus und Hof verlassen mußten.

Gibt es einen größeren Hohn auf die Arbeit als alle diese Tatsachen? Muß man sich nicht wirklich wundern, daß all die so verhöhnten Menschen noch nicht die Fahne des Aufruhrs aufgepflanzt haben?

Die deutsche Arbeit ist versklavt. Das, was die Regierung nicht an Steuern herausquetscht, wird abgeschöpft von den Fremdlingen und ihren geistigen Sklaven. An Zins, von dem, der Geld braucht, an Dividenden von Aktiengesellschaften, an Gewinnen an den Börsen, dem Zwischenhandel in allen Produkten der Landwirtschaft, den sie beherrschen, sowohl Getreide wie Vieh, Häute wie Leder, und letzten Endes von den breiten Massen durch die Warenhäuser mit ihren Riesengewinnen.

Das ist die Bilanz: Wir können arbeiten in Stadt und Land, wir können produzieren, organisieren, erfinden, wir können alles, um leben, gut leben zu können — aber wir sind geknechtet, sind gefesselt, sichtbar und unsichtbar, die deutsche Arbeit ist versklavt.

Auch diesen Wirtschaftsrückblick wollen wir nicht vorübergehen lassen, ohne uns bei all diesem Unrecht, bei diesen brutalen Zahlen, die es beweisen, zu geloben, daß wir im neuen Jahre mit doppelter Energie, mit doppelter Begeisterung kämpfen wollen, um der deutschen Arbeit den Weg zur Freiheit zu bahnen.

Denn wir brauchen ja nur die Entrechteten zu sammeln hinter unserer eisernen Phalanx, hinter unserem Willen und Wollen, um frei zu werden, wie die Vöglein sind.

Es kommt die Zeit. Role.

Briefkasten

H. L., in N. Die Verquickung der S.P.D. mit Freimaurern ist in personeller Hinsicht schwer nachweisbar. Wir können Ihnen keine genauen Angaben machen. Fest steht nur, daß der Reichstagsabgeordnete Oscar Cohn Mitglied des jüdischen Ordens B'nai B'rith ist.

Erkenntnisse bei den anderen

Mit dem Eindringen der nationalsozialistischen Ideenwelt in immer weitere Kreise unseres Volkes und dem unverminderten Anwachsen der nationalsozialistischen Kämpfer wächst auch in den Reihen der ehrlichen und wahrheitsliebenden Presse die Erkenntnis der Richtigkeit unseres Kampfes. So schreibt u. a.:

Die Grünen Briefe
10. Dezember 1929

„... Da auch bei den jüngsten Wahlen — in Bayern und Thüringen — **ungewöhnliche Fortschritte des Nationalsozialismus** zu beobachten waren, so kann diese Erscheinung niemanden gleichgültig lassen. Sie ist am ehesten als Ausdruck der schärfsten Protestkundgebung nationaler Volkskreise gegen die Gleichgültigkeit des **schlafenden Bürgertums** aufzufassen. Ganz falsch wäre es, wenn man glauben wollte, daß die Hitlersiege lediglich auf das Konto des Bolschewismus zu setzen wären.

Man wird in der Deutung dieses auffallenden Phänomens nicht fehlgehen, wenn man sagt, daß der Nationalsozialismus erntet, was das denkfaule Spießertum gesät hat.

Wie weit das gehen soll, weiß niemand abzuschätzen. Man nenne es Massenpsychose, man nenne es sonstwie. Der scharfe Wind des Nationalsozialismus ist in seinen Wirkungen — etwa bei künftigen Wahlen — unwägbar. **Hier ist eine Lawine ins Rollen gekommen, von der man den Anfang, aber nicht das Ende zu sehen bekommt. Sie wird nicht vor der Schwelle der Linken haltmachen. (Der Angstschweiß perlt ihr vom Gesicht.) Auch anderen Parteien droht Zertrümmerung, weil sie die Zeichen der Zeit verkannt haben. Nationalsozialismus ist Mode, Trumpf geworden. Im nächsten Anlauf könnte er manche Hürde überrennen. Warnungstafeln sind weggerissen ..."**

Die Braunschweigische Landesleitung
1. Januar 1930

„... Den nationalen Führern des deutschen Volkes gab im Zusammenhang mit dem Sklarekskandal die Wahrheit über die Geschäftsmethoden regierender deutscher Sozialdemokraten eine schneidende Waffe im Kampfe gegen den Marxismus in die Hand.

Und wenn sich auch in dieser ein wenig überstürzten Entwicklung erneut der Fieberzustand der deutschen Volksgemeinschaft andeuten mag, **so ist der wachsende Erfolg des werbenden Nationalsozialismus doch wohl als ein erstes Anzeichen der Gesundung in Deutschland zu werten.**

Einige hunderttausend und möglicherweise auch mehr deutsche Staatsbürger beginnen nämlich, sich die Augen zu reiben. Sie empfinden das Unwürdige und Schmachvolle des Zustandes, der sich unter dem Regime eines Haufens jener politischen Freibeuter eingebürgert hat, die sich noch hier und da in Europa als sogenannte Sozialdemokraten behaupten.

Und indes sich die Vernunft gegen den Aberwitz dieser Irrlehre empört, ballen sich auch die Fäuste. In der ganzen Welt und nun auch in Deutschland verliert der internationale Marxismus langsam, aber sicher, an Boden ..."

Werbepakete

„V.B." und „J.B." wieder vorrätig. Versand nur gegen Voreinsendung des Spesenanteils von Mark 1.- pro 5-Kilo-Paket. Bestellt sofort. Erledigung der Bestellungen der Reihenfolge des Eingangs nach.

Verlag Frz. Eher Nachf., G.m.b.H.,
München 2, N.O. Thierschstraße 11/15
Postscheckkonto 11346 Amt München.

Feuerschein

Ein Roman deutscher Sehnsucht und deutschen Glaubens von

Friedrich Schulze-Langendorff 18

Nachdruck verboten — Alle Rechte vorbehalten

Es war ein Schlag, der ihr Leben traf. Sie streckte die Arme aus und rief mit heiserer Stimme: „Unser Großvater! Unser Großvater! Mein Gott, er verbrennt!" Die Angst schüttelte ihren Körper. Es mußte etwas geschehen; der alte Mann mußte gerettet werden, und wäre es durch ein Wunder.

Die Flammen prasselten und schlugen zum Dache hinaus. Die Frau sah in den dicken Rauch, der aus den Fensterhöhlen quoll, als erwartete sie, daß dort der Großvater kommen müßte. Doch er kam nicht.

„Mein Gott und Herr! Will ihn denn keiner herunterholen?! Am lebendigen Leibe verbrennen! So helft doch!"

„Es ist rein unmöglich, das ganze Haus ist Rauch und Feuer."

Das Gesicht der Frau wurde marmorbleich, das Beben, das noch eben durch ihren Körper ging, hörte auf. Sie preßte die Lippen aufeinander und biß sie mit ihren scharfen Zähnen fast blutig. Ein Stöhnen rang sich aus ihrer Brust. Sie sah nicht mehr, was um sie her vorging; ihr Denken war nur auf das eine gerichtet. Mit wilder Entschlossenheit ging sie nach dem Hauseingang und betrat die Schwelle, aber ein paar Männerfäuste hielten sie zurück.

„Ist ganz unmöglich, hier zu retten! Die Glut verzehrt dich und fordert zwei Opfer!"

Sie kämpfte mit den Männern. „Ich will hinauf! Ich will ihn holen und nicht den schrecklichen Tod sterben lassen."

Die Frau schwankte, taumelte und sank ohnmächtig zusammen.

„Wer weiß, wo die Kammer des Großvaters ist?"

Die neugierigen Menschen sahen sich nach dem Fragenden um. Es war Dierk Wohlers, der die Frage gestellt hatte.

„Wenn man die Treppe hinaufkommt, geradeaus die Tür mit dem kleinen Fenster", antwortete jemand. „Eine Rettung ist hier unmöglich!" sagte ein anderer, und die Stimmen schwirrten durcheinander: „Vor zehn Minuten mochte es noch sein." „Wohlers wird's auch nicht wagen, was ein anderer nicht wagt." „Man kann von niemandem verlangen, daß er sein Leben wegwirft wie einen Zigarrenstummel."

Auch Gerd Wohlers stand da und hörte das alles, und er sah, wie sein Junge, noch ehe er ihn recht verstanden hatte, in dem Rauche, der aus dem Hauseingange kam, verschwand.

Ein glühender Luftzug kam Dierk entgegen und drohte, ihn zu ersticken. Die Augen brannten ihm in dem fressenden Rauch, über seinem Kopfe prasselten und leckten die Flammen. Dicker Qualm wälzte sich vom Boden herab, und in dem roten, unsicheren Lichte war es, als wenn die Treppe schwankte.

Dierk hielt den Atem an. Ja, es war unmöglich, hinaufzukommen. Nicht einmal atmen konnte er hier unten auf der Treppe. Wie mußte es erst oben sein, wo die Flammen ihren Herd hatten! Und er mußte doch atmen! — — Das Herz klopfte, als wollte es die enge Brust zersprengen; alles wirbelte ihm durcheinander. Was sollte er tun? Den alten Mann umkommen lassen? Die Gedanken kamen ihm blitzartig. Er fühlte das Treppengeländer in seiner Hand — mit ein paar Sätzen war er oben.

Es knackte und zischte und rauschte in der Glut. Die glühende Luft kroch heiß in Dierks Lunge und machte das Atmen fast unmöglich. Das Gesicht schmerzte, wie von Millionen feinster Nadeln beworfen. Doch der junge Wohlers biß die Zähne aufeinander und stürzte mit halbgeschlossenen Augen durch den höllenhaften Rauch, der die Kammertür verdeckte. Er riß die Tür auf. Die Flammen leckten an der Seitenwand hinauf. Vor dem Bette lag der Greis und stöhnte im Kampfe mit dem Tode. Dierk raffte ihn auf, nahm ihn auf den Rücken und keuchte mit der schweren Last nach der Treppe.

Und er brachte den Mann ins Freie.

Auf dem Hofe brach er zusammen. Das Knistern des Feuers, das Krachen der stürzenden Balken, die Rufe der Menschen, alles erschien ihm fern und leise.

Die umstehenden Bauern sahen ihn voller Achtung an. „Der Dierk, das ist einer! — Das ist ja wohl ganz was anderes mit dem Kerl!"

Auch Gerd Wohlers staunte seinen Jungen an. „Das macht dir in ganz Schwarme keiner nach", sagte er. „Ich habe doch nur meine Pflicht getan", der Sohn darauf.

Vater Wohlers dachte lange über diese Antwort nach. Es war ihm ein Rätsel, wie ein Ungläubiger so die Menschenpflicht auffassen konnte. Wohlersbur hatte gelernt, daß der Geist Gottes und die Kraft des Gebetes Wunder vollbrachten; daß gläubige Menschen für ihren Heiland in den Tod gingen. Aber niemals hörte er, daß ein Abtrünniger für einen Fremden sich in Lebensgefahr begab. Oder sollte es bei seinem Jungen nur die Ruhmsucht gewesen sein? Er konnte sich hier nicht zurechtfinden.

„Du kannst Gott danken, daß du gesund aus dem Feuer gekommen bist", sagte er am andern Tage zu Dierk. „Ohne Gottes Hilfe wäre das nicht gegangen."

„Durch meine Kraft und Unerschrockenheit, die mir der Schöpfer verliehen hat, war es mir möglich, aber nicht durch ein übersinnliches Eingreifen Gottes."

„Wenn du das glaubst, so hast du Gott versucht!" Wohlersbur wieder.

„Wenn dein Gott allwissend ist, wie du behauptest, so kann ihn niemand versuchen, auch ich nicht", Dierk darauf.

Vater Wohlers sah ihn starr an, dann erwiderte er: „Du bist verloren. Weiß der Himmel, weshalb ein Wohlers ein Heidenmensch sein muß!"

Der Alte konnte über diese Feststellung nicht hinwegkommen. Wochenlang trug er sich mit dem schweren Gedanken. Er hatte seine Kinder erzogen, so gut er es vermochte, nach der Weltanschauung, mit der er geboren und in der er erzogen war. Und nun stellte sich als Summe seiner Arbeit und seines Lebens ein Gottesleugner dar. Welche Sünde hatte Wohlersbur begangen, daß ein solches furchtbares Strafgericht über ihn kam? Er hatte allen Menschen und seinem Herrgott gegeben, was er zu geben schuldig war. Im Kriege gegen Frankreich hatte er sich dem Vaterlande geopfert. Er war kein Trinker und hatte nie einen Prozeß geführt. Mit seiner Frau lebte er recht und schlicht, wie es sich in einer ordentlichen Ehe gehörte. Welches war nun der verderbenbringende Schritt, den er getan hatte? Wo war der Anfang des Unglücks, das das Verderben nach sich zog? Vater Wohlers sann und sann, aber er kam nicht zu der Erkenntnis, daß er der geistigen Entwicklung seines Jungen eine Richtung gegeben hatte, die er selbst als ungesund bezeichnete.

In diesen Tagen, als Vater Wohlers so über sich und seinen Dierk nachdachte, kam Isidor Schmulewitz zu dem Entschluß, Wohlersbur den Kauf des Gutes Alt-Steinborn eindringlich ans Herz zu legen. Sollte der Bauer darauf eingehen, so mußte sich für Isidor durch den Verkauf des Schwarmer Hofes ein nennenswerter Vorteil ergeben.

An einem schönen Tage fuhr der Händler nach Schwarme.

Vor dem Wohlersschen Hof stieg er vom Wagen. Ein Mädchen, das nebenan mit Kartoffelsortieren beschäftigt war, antwortete auf des Händlers Fragen, während Schmulewitz mit spürendem Blicke die Gestalt betrachtete. Er scherzte mit dem Mädchen, das, vor Scham rot, von der Arbeit aufhörte und ins Haus ging. Der Mann mit der karierten Hose folgte wie ein Schweißhund.

Er ging über den Hof und trat durch die offene Dielentür ins Haus. Auf dem Flur traf er die Bäuerin, die er mit zuvorkommender Höflichkeit begrüßte und sie nach ihrem Manne fragte, der, verspätet nach Hause gekommen, in der großen Stube Kaffee trank.

Schmulewitz trat ein und bat den Bauer, sich nicht stören zu lassen; er, Isidor Schmulewitz, komme nicht, um Geschäfte zu machen, sondern nur, um guten Tag und guten Weg zu wünschen. Man sprach, während Wohlers gemächlich seinen Kaffee trank, vom Wetter und vom Vieh. Schmulewitz erkundigte sich nach verschiedenen Personen im Orte und nach ihren Verhältnissen. Der Makler lauschte mit vorgebogenem Hals und ernsten Mienen oder verbindlichem Lächeln auf die Worte des Berichterstatters, der auffallend wortkarg und, wie es Schmulewitz dünkte, schlechter Laune war. Um so demütiger und vorsichtiger ging der Händler vor. Als er glaubte, genug Weisheit geschöpft zu haben, rückte er mit seinem Anliegen heraus.

„Ja, ja, Herr Wohlers!" rief er mit gutgeheuchelter Anteilnahme, „die armen Teufel tun einem wahrhaftig leid! Wie wohl wird einem dagegen, wenn man Ihre Wirtschaftsweise sieht!"

Er sah sich nickend in der Stube um und schien sich in ehrlicher Freude zu sonnen.

„Sie nehmen's mir nicht übel, lieber Herr Wohlers", sagte er mit unterwürfigem Augenzwinkern, „wenn ich behaupte, daß Sie zu schade sind für so ein kleines Bauerngut."

Wohlers brummte etwas Unverständliches.

(Fortsetzung folgt.)

872 Millionen Mark Jahresgewinn!

Die Absichten der Weltbank

In der Schrift von Dr. Pfaff „Der Talmud der Wirtschaft" (M. —.30, zu bez. d. Fr. Eher Nachf., Mchn., Thierschstr. 11) lesen wir:

Mit welchen Gewinnen für die Bank der Young-Plan selbst rechnet, ist zwar nicht gesagt, ergibt sich aber mittelbar — wie alles im Young-Plan — aus einer Bestimmung, gemäß welcher ein Teil der Bankgewinne angesammelt werden soll, um „Deutschland die Entrichtung der 22 letzten Jahresraten zu erleichtern" (S. 82—84). Wenn diese Bestimmung überhaupt einen Sinn haben soll, so muß man doch annehmen, daß hierdurch etwa die Hälfte der 22 Jahresraten, das ist 17 211 Millionen M. (S. 112/113), gedeckt werden kann. Nehmen wir an, daß der zur Verteilung gelangende Reingewinn der Bank Jahr für Jahr der gleiche ist, und daß der im Young-Plan für die Erleichterung vorgesehene Teil dieses Gewinnes jeweils sofort zu 5 Prozent auf Zinseszinsen angelegt wird, so werden die erforderlichen 17 211 Millionen nur dann angesammelt werden können, wenn

der jährliche Reingewinn der Bank 872 Millionen, in Worten: achthundertzweiundsiebzig Millionen Mark

beträgt. Man glaube nicht, daß hier ein Irrtum vorliegen könnte, jeder Rechenlehrer, ja jeder Sekundaner, der die Zinsrechnung erlernt hat, wird, wenn er die Berechnung gemäß der Vorschrift des Young-Planes (S. 82 bis 84) ausführt, zu dem gleichen Ergebnis kommen. Diese Summe muß der Bank Jahr für Jahr als Netto-Reingewinn verbleiben, wenn am 1. April 1966, dem Beginn der letzten 22 Jahre, 17 211 Millionen für die Erleichterung dieser Jahre zur Verfügung stehen sollen. Wenn diese Bestimmungen des Young-Planes nicht sinnlos sind, d. h. wenn sie nicht nur ein auf die Dummheit der Deutschen spekulierender Betrugsversuch sind, so ist hiermit der Beweis erbracht, daß die Väter des Young-Planes auf einen jährlichen Gewinn „ihrer" Bank von 800—900 Millionen rechnen.

Aber England und Frankreich sind nicht nur bessere Rechner als Deutschland, sondern sie wissen auch besser als der Deutsche das Ergebnis ihrer Berechnungen praktisch zu verwerten. Sie sagten sich nicht etwa, alle diese Bestimmungen werden später doch wieder geändert werden, sondern sie sagten sich ganz nüchtern, wenn die Bank derart wahnsinnig hohe Summen erbeuten will, und Deutschland ist wirklich so verblendet, sich zur Zahlung zu verpflichten, so kann uns das gleichgültig oder recht sein, unser Anteil darf hierdurch aber nicht geschmälert, sondern die Bankgewinne müssen dann eben zu unseren Forderungen hinzugeschlagen werden, um die Höhe der von Deutschland zu zahlenden Gesamttribute zu bestimmen.

So wurden die von Deutschland zu zahlenden Tribute um Hunderte von Millionen jährlich erhöht, nicht um sog. Gläubiger zu befriedigen, sondern um der internationalen Bank Gewinne in gleicher Höhe zu sichern.

Man kann im Zweifel darüber sein, ob es sich hierbei wirklich um 800 oder vielleicht doch nur um 300 Millionen jährlich handelt, aber die Tatsache, daß Deutschland nach dem Young-Plan außer Kriegstributen auch noch Banktribute in dieser Höhe zahlen muß, steht unbestreitbar fest. Ebenso unbestreitbar ist es, daß das ganze deutsche Volk sich gegen diese ungeheuerliche Zumutung auflehnen würde, wenn die deutsche Regierung ihre Richtigkeit amtlich zugeben wollte. Deshalb weigert sie sich, die Gutachten der Sachverständigen bekanntzugeben, denn sie will — niemand weiß warum —, daß der Young-Plan Tatsache werde.

Nun kann man unseren Ausführungen entgegenhalten, es sei richtig, daß Bankgewinne in der nachgewiesenen Höhe zu erwarten stehen, aber diese müßten nicht unbedingt ausschließlich aus deutschen Tributzahlungen erübrigt werden. Das ist richtig und trotzdem auch wieder falsch, richtig, denn der unausgesprochene Wunsch der Väter des Young-Planes ist es ja gerade, ihr während des Krieges ins Ungemessene gesteigertes und jetzt als Goldbarren brachliegendes Milliardenkapital mit Hilfe „ihrer" Bank arbeiten und ohne Risiko sich vervielfachen zu lassen. Hierzu ist aber nur eine Bank, wie die im Young-Plan vorgesehene, geeignet, eine Bank, deren Gewinne, wie wir gesehen haben, von vornherein durch Deutschland garantiert sind, und die mit fremden „Anlagen" nach eigenem Ermessen wirtschaften kann, wobei sie die Gewinne daraus einzieht, etwaige Verluste jedoch den eigentlich rechtmäßigen Besitzern aufbürdet. Falsch ist diese Behauptung jedoch deshalb, weil der Young-Plan in unzähligen, wiederum über den ganzen Plan verborgen verteilten Bestimmungen dafür vorgesorgt hat, daß letzten Endes alle Gewinne doch wieder aus Deutschland herausgeholt werden.

Verfolgen wir nur ein Beispiel: Deutschland verpflichtet sich im Young-Plan an nicht weniger als drei Stellen, alle Guthaben der Bank in Reichsmark jederzeit auf Wunsch in Gold einzulösen (S. 31, S. 74 und S. 88). Die Bank kann also ganz nach Belieben, und ohne daß Deutschland es verhindern könnte, jederzeit den gesamten Goldbestand der Reichsbank beschlagnahmen, oder

die Bank kann gewissermaßen telegraphisch eine katastrophale Inflation über Deutschland verhängen.

Die Bank verfügt demnach durch die Reichsbank über 2000 bis 3000 Millionen Goldmark, und diese unangreifbare Reserve ermöglicht es den Vätern des Young-Planes, bei voller Sicherheit und ohne jedes Risiko ebensoviel in Devisen bei der Bank als „langfristige Einlage" (S. 20, S. 65) zu hinterlegen. Die Bank stellt diese Devisen Deutschland zur Verfügung, ohne sie natürlich auszuhändigen, und erhält dafür den Tribut in Reichsmark (S. 77). Die Bank arbeitet nach Belieben mit den Devisen und erwirbt gegen Reichsmark notleidende deutsche Anlagen (S. 68). Diese Anlagen bleiben „als Mittel und Anlagen der Bank steuerfrei" (S. 20). Nach längerer Zeit gibt die Bank Schuldverschreibungen heraus, deren Verzinsung durch die betreffenden Anlagen sichergestellt ist (S. 68). Die Schuldverschreibungen werden seitens der Bank an Privatleute verkauft (S. 69), worauf der Erlös hierauf nach Abzug „aller sonstigen Lasten des Planes" und unter „gebührender Rücksicht auf die Vergütung der Dienste der Bank" in „solchen Beträgen, wie die Bank sie den Gläubigerländern zuerkennt", verteilt werden (S. 77). Obwohl die Schuldverschreibungen jetzt in ausländischem Privatbesitz sind, bleibt die Bank nach wie vor Scheinbesitzer der Anlagen, sie führt die Verwaltung gegen Vergütung, sie vermittelt den Rohstoffeinkauf gegen Provision, und sie besorgt den Warenverkauf gegen Provision, während die Anlage selbst rechnerisch niemals größere Gewinne abwerfen wird, als zur Verzinsung der Schuldverschreibungen nötig ist. Die Väter des Young-Planes aber, die ohne jedes Risiko durch irgendeine Zentralbank Devisen zur Verfügung gestellt haben, erhalten einen Gewinnanteil von der dreifachen Höhe des obenerwähnten, zur Erleichterung der letzten 22 Jahre vorgesehenen (S. 83); in dem obengewählten Beispiel also 52 000 Millionen in 37 Jahren!

Menschenexport nach Frankreich

Kaiserslautern, 6. Januar. Wie haben die Young-Regierung und die Young-Plänler Zeter und Mordio geschrien, als ihnen vorgehalten wurde, daß die Annahme des Youngplanes durch die Versklavung des deutschen Volkes und die Auslieferung der letzten Reste des deutschen Volksvermögens an die internationale jüdische Hochfinanz zwangsläufig zum Menschenexport führen müsse. **Wie kleinlaut sind sie geworden, nachdem ihnen nachgewiesen wurde, daß deutsche Arbeitsämter mit Wissen und Zustimmung der Youngregierung bereits diesen Menschenexport durch Vermittlung deutscher Arbeiter nach Frankreich betreiben**, und daß sich dabei vorallem das Arbeitsamt Mannheim hervortut. Jetzt kommt von der pfälzisch-französischen Grenze die Bestätigung dafür, welch furchtbare Folgen dieser Menschenexport bereits gezeitigt hat.

Die sog. bürgerliche Presse in Kaiserslautern veröffentlicht eine Zuschrift, in der es heißt:

„Es ist nicht sonderlich notwendig, darüber noch ein Wort zu verlieren, wie besonders im pfälzischen Grenzland die Arbeitslosigkeit auf die Bevölkerung drückt. Die nahegelegenen Städte sind nicht mehr aufnahmefähig, im Hinterland selbst haben sich bis jetzt kaum Industrien angesiedelt, obwohl man alle Hebel in Bewegung setzte. Da kamen die Lockungen von „drüben" aus dem Elsaß, und es sind nicht wenige, die ihnen unterlegen sind und um geringen Frankenlohn für die Franzosen gearbeitet haben.

Wir wissen, daß die deutschen Arbeitsämter angewiesen sind, oder daß es ihnen jedenfalls freigestellt ist, den Nachfragen elsäßischen Unternehmungen nach deutschen Arbeitskräften Vorschub zu leisten.

Wenn es sich um einen einigermaßen auskömmlichen Lohn und auch sonst um erträgliche Arbeits- und Lebensbedingungen handelte, könnte man sich daran erinnern, daß selbst der Teufel in der Not Fliegen frißt. Weniger zu verstehen, ja unbedingt zu verurteilen ist es aber, was man neuerdings zu hören bekommt. Kam da dieser Tage ein junger, etwa 22 Jahre alter Bursche über die Grenze herüber in die Pfalz, aller Mittel bar und auch sonst in recht heruntergekommenem Zustande. Man erfuhr von ihm, daß er eben aus Mühlhausen komme, wo er in einem Bauunternehmen als Maurer gegen einen schändlichen Hungerlohn gearbeitet hat. Und schließlich stellte es sich heraus,

daß ein deutsches Arbeitsamt ihn nach diesem französisch-nationalistischen Brandherd verfrachtet hat.

Und zwar auf Grund einer Anfrage von dort. Man suchte deutsche Arbeiter. Wir wollen den Mühlhausern dieses Verlangen nicht übel nehmen. Es paßt zu ihrem Ruf, und wenn die Deutschen schon so einfältig sind, ihnen eilfertigst dienlich zu sein, warum sollen sie solche Wünsche nicht laut werden lassen! Der deutsche Arbeiter ist ja gut und willig. **Er wird in Frankreich schlimmer wie ein chinesischer Kuli behandelt. Er muß schuften von morgens früh bis abends spät, man würdigt ihn keines Blickes und dreht ihm auf eine Frage in deutscher Sprache den Rücken.** Und das alles für kaum mehr als ein Taschengeld! Man soll auch nicht vergessen, daß die Pfälzer nur eine Art Lückenbüßer sind. Im Sommer und Herbst hat man drüben die verfügbaren einheimischen Arbeitskräfte dazu verwendet, die Grenzen gegen Deutschland wehrhaft zu machen, die Straßen zu unterminieren, Unterstände- und Feldbefestigungen zu errichten. Alles um des lieben, hochgepriesenen Friedens willen. Um diese Zeit wurden in den Werken und in der Landwirtschaft Stellen frei, die von den herüberkommenden Deutschen besetzt wurden. Jetzt aber, da die Festungsarbeiten den Winter über eingestellt sind, hat man unsere Leute zum größten Teil wieder über die Grenze geschickt. **Daß ein deutsches Arbeitsamt Stellen nach Mühlhausen vermittelt, wo man dem deutschen Arbeiter am liebsten ins Gesicht spucken möchte, abgesehen von der Gefahr, die diesen jungen Leuten durch die Lockung der Fremdenlegion erwächst, das ist nicht nur eine Unklugheit, sondern auch eine Würdelosigkeit."**

Unklugheit und Würdelosigkeit! Ganz recht! Warum zieht dann aber die Young-Presse aus dieser Erkenntnis nicht die einzig mögliche Konsequenz, daß der ganze Youngplan eine politische Unklugheit und Würdelosigkeit ist, da er notgedrungen und zwangsläufig zum Menschenexport in riesigen Ausmaßen führt, dessen Folgen in der Zuschrift von der pfälzisch-französischen Grenze so deutlich geschildert sind, daß sie keines weiteren Kommentars mehr bedürfen.

Der „Spar"-Brief

Von Dr. Herbert Albrecht.

Die Schröpfköpfe des Kapitalismus, wie sie sich die Großbanken in ihren Depositenkassen schufen, haben ein neues Opfer gepackt. Diesmal kommen die ganz Kleinen dran. Die sollen ihre Ersparnisse, so um 40—90 Mark herum, zu den Banken bringen und sollen zur Belohnung dafür mit einem „Spar"-Brief ausgerüstet werden.

Der Bankkapitalismus hat nämlich einen neuen Dreh gefunden, um die „Kapitalneubildung" anzuregen. Motto: Kleinvieh gibt auch Mist! Ganz selbstlos natürlich, wie immer! (Um Irrtümern vorzubeugen: Die Selbstlosigkeit bezieht sich natürlich auf die Banken.) Man glaubt gar nicht, zu welchen Opfern solch ein Institut bereit ist. Und zwar z. B. auf folgender Grundlage: Der Scheuerfrau Kulicke wird durch Annoncen, Aushang an den Depositenkassen usw. klar gemacht, daß keine der bisherigen Sparmöglichkeiten so schnell zu sündhaftem Reichtum führe, wie die neue Kampforganisation der D.D.-Bank gegen die Sparkassen. Passen Sie auf, Frau Kulicke: Sie haben gegen 40 Mark, die geben Sie uns, dafür geben wir Ihnen ein entzückend schön bedrucktes Papier. Die faksimilierten Unterschriften darauf besagen, daß dieser „Spar"-Brief, für den Sie gegen 40 Mark zahlen, nicht nur über 50 Mark lautet, sondern Ihnen dieselben auch bar in Reichsmark ausgezahlt werden. Nicht morgen oder nächste Woche, sondern in zwei oder drei Jahren, versteht sich. Zahlen Sie gegen 90 Mark, verehrte Frau, so lautet der „Spar"-Brief natürlich über 100 deutsche Reichsmark. — — Übertragungen an dritte Personen? — — Leider nein; denn wir haben es hier nicht mit einem Wertpapier für den Handels- oder gar Zahlungsverkehr zu tun, sondern Betrag, Anlage, Zeit und „Spar"-Brief sind standartisiert. Die Rückzahlung erfolgt in der Höhe des aufgedruckten Betrages am Fälligkeitstage, aber nur an den ursprünglichen Erwerber oder seine Erben.

Wir haben es hier also gewissermaßen mit einem illegalen Versuch der Banken zu tun, den legalen Sparverkehr der Sparkassen an sich zu ziehen. Während die Sparkassen verpflichtet sind, die Sparsummen werteschaffend in ihrem Bereich zur Verfügung zu stellen, benutzt die neue Mammut-D.D.-Bank die von ihr aus bisher für sie unzugänglichen Bevölkerungsschichten herausgeholten „Spar"-Briefbeträge, um weitere werteschaffende Produktionsstätten an sich zu raffen.

Daß wir Nationalsozialisten hiergegen anzurennen haben, bedarf keiner Erwähnung oder Begründung.

Das eine sei zum Schluß noch gesagt: Fällt Frau Kulicke, Herr Müller oder Schulze usw. auf diesen „Spar"-Betrieb herein, so steht hundert gegen eins fest, daß sein Geld verloren ist. Nicht etwa, daß ihn die Bank betrügt, Jehova soll schützen, das sind doch keine Sklareks oder Barmats. Er wird am Fälligkeitstermin — — **wohlgemerkt, früher kann er keinen Pfennig erhalten, weder von der Bank noch durch Verkauf an Dritte, der ja laut Sparvertrag unmöglich ist** — — seine Reichsmark bekommen, voll und ganz. Welcher Sachverständige aber würde, nach der Kaufkraft der sogenannten Reichsmark in zwei oder drei Jahren befragt, nicht mit einem allessagenden Schmunzeln antworten?

Sparkassengläubiger, die ihr Geld wieder bekommen

Wir lesen in den „Leipz. Neuesten Nachr." folgende Notiz, die wir zur Unterrichtung unserer Parteigenossen wiedergeben:

„Wir bekommen ja doch nichts wieder", ist eine Redensart, die man von Inflationsgeschädigten täglich jahraus, jahrein zu hören bekommt. Die Ausdrucksweise der oft ins radikale Lager übergegangenen Geschädigten ist meist um so schärfer, je weniger sie selbst zur Rückerlangung getan, je weniger sie sich um ihren einstigen Besitz gekümmert haben.

So ist es gekommen, daß in der einjährigen Anmeldefrist von 30 000 erloschen gewesenen, wiederauflebenden Sparkonten bei der Sparkasse Leipzig nur 6000 Anmeldungen erfolgt sind. Bei der Sparkasse in einer sächsischen Mittelstadt erfolgten überhaupt keine Wiederanmeldungen, so daß sich der betreffende Sparkassendirektor veranlaßt sah, an die Berechtigten, soweit sie überhaupt zu ermitteln waren, heranzutreten und sie zur Anmeldung aufzufordern. Die Leute waren sprachlos, daß sie wieder aufwertungsberechtigt geworden waren. Bei den großen Sparkassen und den meisten kleinen erfolgen derartige Benachrichtigungen nicht, es bleibt vielmehr dem Nachdenken und Erinnerungsvermögen der ehemaligen Sparbuchinhaber überlassen, ob ihre Berücksichtigung bei der Spargelderaufwertung erfolgen kann.

Das Wiederaufleben erloschener sächsischer Sparkonten hängt mit der teilweisen Abschaffung des „Wilhelmshavener Systems" in Sachsen zusammen. Jeder, dessen Sparkonto durch Abhebung in der Zeit vom 14. 6. 1922 bis Inflationsende erloschen ist, der also sein Buch der Sparkasse zurückgegeben hat, nimmt an der Aufwertung teil, wenn er seine Ansprüche bei der zuständigen Sparkasse anmeldet. Das gilt auch für die Erben ehemaliger derartiger Sparkontoinhaber. Ein Beispiel möge das Nähere darlegen:

Ein Leipziger Geschäftsmann hatte vor dem Kriege auf verschiedenen Büchern der Sparkasse Leipzig 30 000 Mark stehen, im Herbst 1922 hob er das Geld entwertet ab und gab die Bücher der Sparkasse als erledigt zurück. Nachdem ihm zuerst an behördlicher Stelle die Auskunft gegeben worden war, daß er nichts mehr zu fordern habe, wandte er sich doch noch vorsichtshalber an die Geschäftsstelle des Sparerbundes, die ihm die erfreuliche Auskunft geben konnte, daß er nach Wiederanmeldung an der Aufwertung teilnehmen und zirka 8000 **Reichsmark zurückerhalten wird.**

Voraussetzung ist: Die Wiederanmeldung bei der zuständigen Sparkasse muß bis spätestens 15. Januar 1930 erfolgen. Versäumen die Berechtigten diese letzte Frist, haben sie keine Aussicht, von ihrem einstigen Sparguthaben einen Bruchteil wiederzuerhalten.

Wie der „Vorwärts" lügt

Man vergleiche zu unseren unwiderleglichen Feststellungen folgende „Meldung" des „Vorwärts"-Vertreters im Haag (des Juden Viktor Schiff, Nr. 7, 1930):

„Die Reichsregierung geht von dem gewiß sehr richtigen Gedanken aus, daß **im Youngplan kein Raum für militärische oder sonstige Sanktionen vorhanden ist. Darüber herrscht auch allseitiges Einverständnis. Das wird übrigens im Youngplan eindeutig ausgeführt.** Die Reparationskommission wird abgeschafft, infolgedessen kann sie auch keine Feststellungen mehr über böswillige Zahlungsverweigerung treffen. Bei dem ungeschützten Teil würde eine solche Zahlungsverweigerung gleichbedeutend mit Staatsbankerott sein, beim geschützten Teil soll ein Schiedsgericht über etwaige deutsche Moratoriumsgesuche entscheiden. Darüber hinaus soll nun erreicht werden, daß die Gegenseite ausdrücklich **der Feststellung zustimmt, daß der Versailler Sanktionsartikel 430 gegenstandslos geworden sei. Ob eine solche feierliche Erklärung erreicht werden kann, bleibe dahingestellt.** Es wird dabei anerkannt, **daß es sich um eine rein theoretische Auseinandersetzung handelt, gewissermaßen um die Beseitigung eines juristischen Schönheitsfehlers ohne jegliche praktische Bedeutung.** Aber die Nationalisten in beiden Lagern haben sofort erkannt, daß dieser Punkt ihnen eine letzte Möglichkeit bietet, die Völker gegeneinander zu hetzen und die Konferenzatmosphäre zu vergiften."

Diese „rein theoretische" Auseinandersetzung ist vom Genossen Müller in Versailles aber unterschrieben worden, auf Grund dieser Bestimmungen wurden wir vergewaltigt. Und sie sind **nicht** annulliert worden. Was der galizische „Vorwärts" auch gar nicht anstrebt!

Deutscher Bezugsquellen-Anzeiger

Stempel-Bock
München
Sendlingerstr. 54
Gravieranstalt mit Kraftbetr.
Metall- und Gummistempel-Fabrik
Email-Schilder
Datum- Nummeriermaschinen- Stahl- u. Messingstempel Schablonen
Klischees Siegel u. Petschafte
Messingtürschilder
Stempelkissen u. Farben
Versand nach Auswärts — Preisblatt gratis

Fachgeschäft für Optik
Dr. Fr. Trefflich
(früher Optiker Böhm)
Augengläser Feldstecher Reißzeuge usw.
Photo
Färbergraben 32 gegenüber Knagge & Peitz

Damenkonfektion
Cinks
Damenkonfektion
ist die billigste!
Cink
Gärtnerplatz

Schmidtner
Möbel
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Küchen
Einzelmöbel
Handwerkliche Arbeit, niedrige Preise
Teilzahlung
nur
Augustenstr. 59

Musikalien
Marsch-Juwelen
30 erfolgreichste Märsche, Klavier M. 3.50
Verdi
Klavieralbum I, enthält Rigoletto, Trovatore Traviata, Klavier . . . . . . M. 2.50
Album II Maskenball Aida, Othello M. 2.50
Singendes klingendes Wien
28 Wiener Lieder, Klavier . . . M. 4.—
Dieselben für Gitarre . . . . M. 2.50
für Violine . . . . . M. 2.—
Versand nach auswärts gegen Voreinsendung des Betrages oder Nachnahme. Katalog gratis.
Musikalienhandlung
Chr. Werner, München
Marienplatz 29, Eingang Rosenstraße

Schuhhaus H. Hoeken
Theresienstr. 35 Ecke Türkenstr.
Haltestelle der Linie 2
Auch im neuen Jahre finden Sie die denkbar größte Auswahl in
Schuhwaren
aller Art
in
besten Qualitäten
zu
niedrigsten Preisen

Herren-Hemden
weiß und farbig
Socken
Taschentücher
Sportstrümpfe
Unterhosen
Hosenträger
Manschettenknöpfe
Kragen
Krawatten
gut und billig
H. Kerndler
München
Augustenstraße 70
Tel. Nr. 57519

Dr. Stephani
Chirurg u. Frauenarzt
Keuslinstraße 16 — Täglich 4—7
Ecke Schleißheimerstraße — Samstag 8—10
von der Reise zurück

Prima Schleswig-Holst.
Molkerei-Butter
mit vielen Ehrenpreisen, versendet täglich frisch, in 5,- 6- u. 9-Pfd.-Paket. zum jeweilig. Tagespreis, heute 9 Pfund franko M. 17.90. Pg. SA.-Mann H. Dittmann, Dampfmolkerei, Damlos bei Lensahn (Ostholstein).

„Der Erwerbslose"
Ortsgruppen, vertreibt zur Erfassung dortiger Arbeitsloser obiges Kampfblatt, ab 50 Stück 12 Pf., ab 100 Stück 10 Pf. portofrei. Postscheck Hamburg 48723
Verleger: Adolf Ingwersen (Sekt. u. Bez. F.) Hamburg 3 Krayenkamp

Zigarren-Fabrik
Pg., sucht für seine Fabrikate Zigarren und Zigarillos solvente Abnehmer. Vorteilhafte Bezugsquelle für Grossisten und Detaillisten. Gleichgesinnte, tüchtige Vertreter noch erwünscht. Anfragen unter Nr. 10184 an den Verlag des „V. B."

Landwirtstochter, 20 J., sucht eine Stelle als
Haustochter
bei vollst. Familienanschl. u. Gehalt. Grete Jops, Burhave, Oldenburg.

Modistin
Pg., arbeitsl., fertigt eleg. Hüte und Kleider billigst. Friedel Michaelis, Berlin-Südende, Parkstraße 4.

SA.-Mann sucht
400 M.
auf 6 Monate, guter Zins; Suchender besitzt Zementwarenfabrikation, Sicherheit vorhanden. Angebote unter „10158" an den „V. B."

Briefmarken!
je 25 verschied. Marken von: Afrika, Amerika, Asien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Finnland, Norwegen, Österreich, Saargebiet, Schweden, Tschechoslowakei, Ungarn. Jede Mischung 20 Pfennig. Alle 13 Mischungen M. 2.50 portofrei. Betrag auf Postscheck Stuttgart Nr. 27507. Nachnahme 30 Pfennig mehr. Schwerkriegsbeschädigter Bruno Bermanseder Neresheim-Dossingen Württemberg.

Briefmarken
Welche Parteigenossen in allen Ländern wünschen Briefmarkentausch? Basis Michel- oder Senf 1930. J. Berg, München 39, Lampadiusstraße 12.

Säuglingsschwester
staatlich geprüft, 22 Jahre, ev., sucht Stelle in Klinik, Heim oder Privat.
Waltraut Major
Schwarzenberg in Sa.
Bermsgrünerstraße 12

Metzger
18½ J., S.A.-Mann, m. allen Arbeiten vertr., sucht Stelle. Nh. Hans Sturm, Rothenburg o. T., Mfr.

Arzt
(Nationalsozialist) zur Übernahme einer alten Praxis in Hessen-Nassau (etwa 12 000 Mark Jahreseinnahmen), ohne Abfindung, für Mitte Januar gesucht. Wohnung vorhanden. Sofort. Angebote unter 10180 an die Anzeigen-Abteilung des „Völk. Beob."

Pg.
gel. Schlosser, m. Führerschein 3b u. Kenntn. i. d. elektr. Install.-Geschäft, sucht Stellung. Off. erb. an Karl Ruhl, Schlosser, Grebenhain, Oberhessen.

Setzer
mit Mittelschulbild. und umfangr. Kenntn. i. Fach und guten Zeugn. sucht Stellung. Ang. u. 10172 an den „V. B."

Dringende Bitte!
Pg. sucht
300 M.
auf ein Vierteljahr gegen Zins u. Sicherheit zu leih. Ang. u. 10174 a. d. „V. B."

Pg., dem sein Häuschen versteigert werden soll, bittet um ein Darlehen v.
1500 M.
geg. hypothek. Sicherheit. Zuschr. u. 10184 an den „V. B."

Kaufmann
Pg., Nordd., 34 J., 10 J. ein eigenes, größeres Geschäft (Schuhbranche) geführt, sucht, da durch Zeitverhältnisse Umstellung erforderlich, Stellung. Branche gleich, am liebsten f. Lager und Reise. Ansprech. Erscheinung, an ernsthafte Arbeit und gutes Auftreten gewöhnt. Führerschein. Gefl. Zuschr. unter 10182 an den „V. B."

Anwaltsgehilfe
19 J., seit 5 Jahren im Beruf tätig, sucht für sofort Stellung. Gute Zeugnisse vorhanden. Zuschriften unt. „10162" an den V. B.

Betriebsleiter (Pg.)
größerer elektrotechnischer Porzellanfabrik mit langjähriger Praxis sucht gleiche oder ähnliche Stellung. Angebote erbeten u. Nr. 101.9 an den „Völkischen Beobachter".

Suche
Lichtspiel-Theater
zu pachten, eventuell Kauf. Möglichst Süddeutschland. Angebote erbitte ich u. Nr. 10181 an den „Völkischen Beobachter".

Suche für meinen Freund, Pg., 28 J. alt., ev., Stelle auf größerem Gut als
Kutscher
Erstklassig. Pferdepfleger. Lohn 50-60 RM. monatlich bei freier Station. Oldenburg. Gegend wird bevorzugt. Angebote unt. „10148" an den V. B.

Pg.
(S.A. bevorzugt) zum Sammeln von Samenaufträgen gegen hohe Provision von leistungsfähiger Samengroßhdlg. (Pg.) gesucht. Off. u. 10177 an den „V. B."

Junger
Chauffeur
Autoschlosser, 20 Jahre alt, Führerschein 2 und 3b, sucht feste Stellung bei bescheiden. Ansprüchen. Carl Sartis, Oetelsheim (Oberweser)

Herzliche Bitte!
Bäckergeselle
Nat.-Soz., 18 J., wegen seiner Gesinnung Stelle verloren, sucht sof. Arbeit. Zuschr. a. Ortsgr. F. J. Gärtner, Lindenfels im Odenwald.

Dringende Bitte!
Arbeitsl. S.A.-Mann sucht
Arbeit.
Hat 5 Jahre in der Landwirtschaft gearbeitet u. 2 Jahre am Schmelzofen.
Alfred Köhler, Gröditz-Reppis Nr. 1 bei Riesa (Sa.).

Chauffeur
gel. Autoschlosser, 30 J., ledig, mit guten Zeugn., sucht Stelle auf Personen- od. Lieferwagen. Versteht auch Gartenarbeit. Off. u. 10187 an den „V. B."

Empfehlenswerte Gaststätten

München

Gasthaus „Gartenlaube"
Blutenburgerstr. 106 (Straßenbahnlinie 1, 4, 11, Hindenburgplatz) — Spatenbräubier, vorzügliche bürgerliche Küche, schöner Garten. Lokal der S.A. Telephon 63615.

Weinhaus 's Klauserl Hochbrückenstraße 14
Tel. 28768. Nähe Hofbräuhaus. Mittwoch u. Samstag großer Faschingsrummel. U-Boot-Klauserl mit Polizeistundenverlängerung und Tanz. Eintritt frei. Inh.: Hans Sachsenhauser

„Konditorei-Café Fischer"
Adalbertstr. 41a (nächst Ecke Barerstr.), Trambahn-L. 10 u. 20, Tel. 27972. Gemütliches Familien-Café. Bestbekannte, eigene Bäckereien! Spezialität: Lebkuchen. Gut bürgerlicher Mittagstisch. Gepflegte Weine und Biere. Bis nachts 1 Uhr geöffnet. Parteiblätter liegen auf.

Nürnberg

„Batzenhäus'l" Altdeutsche Wein- u. Bierstube - Jakobstraße 50 (hinter der Jakobskirche). Telephon 25893. Spez. Tiroler Weine sowie Pfälzer Weine. Bier von der Stadtbrauerei Roth - Champagner-Weizenbier - Jeden Dienstag Metzelsuppe
Georg Steichele

Wild-West Völkische Gaststätte, Rosengasse 20 - Bes. Zacharias Wenze - Tel. 27424 - Guten bürgerlichen Mittagtisch. Reichhaltige Abendkarte, ff. Biere, gut gepflegte Weine, Tee und Kaffee mit ff. Gebäck. Treffpunkt aller Nat.-Soz. in Nürnberg.

Lia Teufel „Georgi-Ritter", Hummelsteinerweg 88 - Speiserestaurant - Vom Hauptbahnhof, Südausgang, in 5 Min. erreichbar - Treffpunkt aller Nationalsozialisten - ff. Biere, Weine, Kaffee usw. - Jeden Freitag Metzelsuppe - Samstag und Sonntag Konzert - Aufmerksame Bedienung.

Augsburg

Gaststätte Café Schachamayer
Restaurateur Leonhard Zach Vereinshaus des D.H.V. - Treffpunkt der N.S.D.A.P. - „V. B." liegt auf. Säle und Nebenzimmer im 1. und 2. Stock.

Bad Kreuznach

Schwarz-weiß-rot Hotel Fetzner, Steingasse 6. Zentralheizung, fließend Wasser, Parteilokal d. Nationalsozialisten

Besuchen Sie diese Gaststätten!